

# Der Grundstein

Offizielles Organ des Central-Verbandes der Maurer Deutschlands

vorher der

Central-Frankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.  
Abonnementpreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Beitragsgeld),  
bei Zustellung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgeber: Joh. Stanningh, verantw. Redakteur: Aug. Winnig,  
beide in Hamburg.  
Redaktion und Expedition: Hamburg 1, Besenbinderhof 56.

Schluss der Redaktion: Dienstag Morgen 8 Uhr.  
Vereins-Anzeigen  
für die dreigesetzte Zeitseite oder deren Raum 30.-.

Inhalt: Zum Jubiläum des Zimmerer-Verbandes. — Ein merkwürdiges Urteil gegen die §§ 152 und 153 der Gesetzesordnung. — Politische Umstöße. — Maurerbewegung, Streiks, Ausschreitungen, Maßregelungen, Differenzen. Die Bautätigkeit im ersten Halbjahr 1908. Bekanntmachung des Verbandsvorstandes. Berichte. — Central-Kantinenkasse. — Von Bau: Insasse, Arbeitserlöse, Subventionen. — Aus anderen Berufen. — Gewerbeleute, Nachschlag und Arbeiterversicherung. — Polizei und Gerichte. — Verschlechtertes. — Eingegangene Schriften. — Briefsäulen. — Mitteilungen. — Feuilleton.

Organisationsstätigkeit mit vier Wochen Gefängnis büßen. Der Verein bestand zwar weiter, doch hat er es zu größerer Bedeutung nicht bringen können. Nach der Statistik von Geiß, die bekanntlich das einzige urkundliche Zeugnis über die damalige Stärke der Gewerkschaftsorganisationen ist, hatte der „Deutsche Zimmererverein“ im Jahre 1877 in 88 Orten 3300 Mitglieder. Die Mitgliedschaft konnte durch ein Eintrittsgeld von 25 Pf. erworben werden. Der monatliche Beitrag betrug 40 Pf. Am 28. Oktober 1878 endete das Sozialistengesetz, das schwache Dasein des deutschen Zimmerervereins, und nun herrschte einige Jahre Ruhe; nur die Polizei wachte.

Zum Jubiläum des Zimmerer-Verbandes.  
Am 19. August sind fünfundzwanzig Jahre verflossen, seit der erste „Handwerkertag“ der deutschen Zimmerleute in Berlin zusammentrat, der dann die Gründung des Verbandes deutscher Zimmerleute beschloss und auch zugleich das Statut für die neue Organisation schuf.

Die Zimmerer bilden eine wichtige Gruppe des Baugewerbes und die Geschichte ihrer Organisation ist vielfach mit der der Maurerorganisation verflochten. Viele ihrer Kämpfe waren auch unsere Kämpfe, ihre Siege waren oft auch unsere Siege und ihre Niederlagen auch unsere Niederlagen. Das Auf und Ab der Bautätigkeit traf sie wie uns, und das bewirkte eine in ihrer Hauptzüge ziemlich gleichartige Entwicklung der Organisationen. Das sind Gründe genug für uns, an diesem Tage, wo sich ein Vierteljahrhundert eifriger Gewerkschaftsarbeit vollendet, der Zwischenstufe unserer Brüderorganisation zu gedenken. Sie führen uns durch Seiten eines fast hoffnungslosen Kampfes gegen eine feindselige staatliche Bürokratie, durch Seiten dumpfer Teilnahmslosigkeit der Massen, für deren Wohl man alles tat, aber auch durch Seiten, wo der Geist des Erwachens durch die proletarischen Massen brauste und sie gleichsam im Sturme in die Organisation hineintrat, in die Organisation und in dem Kampf gegen verknöcherte und zäh ihre angemachten Vorrechte verteidigende Herrschaft. Und dann wandelt sich wieder durch Seiten, wo die durch günstige wirtschaftliche Verhältnisse angefachte Kampfslust erlischt, wo der Vorwärtszug stockt und viele, viele abtrünnig werden. Aber der unabzweigbare Geist der Arbeitersolidarität übersteht auch diese Jahre der Unfruchtbarkeit und mit zäher, nie nachlassender Beharrlichkeit weiß er sich durchzuringen und sich durch das Gestüpp des Vorurteils, durch die untergründigen Sumpfe des Verleumdungswesens, durch die städtischen Zähne-brutalen Arbeitsherren, den Weg zu bahnen, den Weg des Aufstiegs, der weit und mühelig zu gehen ist, der uns aber immer mehr erblühen läßt und uns zum Ziele führt: zur Macht, zu Freiheit und Menschentum.

Der heutige Centralverband der Zimmerer Deutschlands hatte seine Vorfürer in vorsozialistengesetzlicher Zeit. Die beiden ersten Vorfürer waren die „Internationale Gewerkschaft“ der Maurer und Zimmerer“, deren Centralleitung in Dresden saß, und der „Allgemeine deutsche Zimmererverein“ mit dem Sitz in Berlin. Dieser Verein war auf dem ersten Kongreß der Zimmerer Deutschlands, der Ende Dezember 1868 in Braunschweig tagte, gegründet; der Vorsitzende Lübke war zugleich Vorsitzender des einzigen Wochen später gegründeten „Allgemeinen deutschen Maurervereins“. Nachdem dieser ausgewandert war, übernahmen die Brüder Otto und August Kapell die Leitung. Der Verein gründete auch in den folgenden Jahren ein eigenes Organ, den „Pionier“. Im Jahre 1874 wurde der Verein politisch geschlossen und Kapell gründete den „Zimmerverbund“, dem nach seiner ebenfalls bald erfolgten Unterdrückung der „Deutsche Zimmererverein“ folgte. Otto Kapell mußte seine

Führer lieben jedoch den Mut nicht sinken, sondern arbeiteten nun erst recht an der Ausbreitung des Vereins, der bald darauf vom Polizeipräsidium für politisch erklärt wurde. Das kam der Androhung der baldigen Auflösung gleich. Nun ebbte die Bewegung zurück. Doch im Laufe war man durch das Vorgehen der Berliner Kollegen etwas lebendig geworden, und so tauchte bei den Leitern des Berliner Vereins der Plan auf, jetzt eine alle deutschen Zimmerer umfassende Organisation zu gründen. Am 24. Juni 1883 beschloß der Berliner Verein die Einberufung eines Handwerkertages der Zimmerer.

Am 19. August 1883 trat der Handwerkertag in Berlin zusammen. An ihm nahmen 27 Delegierte teil, die 41 Städte vertraten. Bei der gräflikeren Verfolgungswut der Polizei war es ein Gebot der Klugheit, alles zu vermeiden, was der Polizei als ein Vorwand zur Vernichtung der Organisation dienen könnte, um den Kern des Unternehmens, die Vertretung der wirtschaftlichen Interessen, zu retten. Die Leiter des Handwerkertages gingen noch weiter: sie verbrannten die Tagung mit allerlei zünftlerischen und sogar patriotischem Beinwerk, über das man in der Arbeiterchaft schon damals den Kopf schüttelte. In einem feierlichen Umzug trug man die alten Handwerksembleme durch die Stadt und bei der Eröffnung erlangte sogar ein Kaiserhoch. Bei manchem war es ernst gemeint, andere aber, und wohl die meisten, ließen es hingehen, um nicht solch wunderlicher Dinge wegen das Ganze zu gefährden. Sie vertrauten darauf, daß die harte Wirklichkeit der Zukunft die Sache schon wieder eintreten würde. Die Gründung des „Verbandes Deutscher Zimmerleute“ wurde beschlossen; der Statutenberatung lag ein Entwurf von Marzian zu grunde. Als der Zweck des Verbandes wurde bezeichnet: Die Wahrung der Ehre, die Erhaltung und der Schutz der Interessen der deutschen Zimmerleute auf gewerkschaftlicher Grundlage. Politisch sollte der Verband in keiner Hinsicht sein. Von seinen besondern Aufgaben seien genannt: Möglichst Lohnaufbesserung, Regelung der Arbeitszeit, Vertretung der Gesellen im Meisterat, Schutz für Werkzeug gegen Diebstahl und Feuer, fachtechnische Belehrung, Rechtschutz in Unfallsachen und Lohnstreitigkeiten. Das Eintrittsgeld sollte 50 Pf. betragen, die monatliche Beitrag 30 Pf. betragen. Die Meister lehnten die Forderung ab und erklärten sich nur bereit, einen Mindestlohn von 30 Pf. anzuerkennen. Man rüstete nun zum Kampfe, aber die Bewegung war noch viel zu schwach, um einen Streik tatsächlich erscheinen zu lassen.

Auch das folgende Jahr verstrich, ohne daß die Bewegung wesentlich weiterkam. Inzwischen war jedoch der Zimmerer Marzian zum Vorsitzenden gewählt worden, ein Mann mit Organisationstalent, dem es gelang, mit der Hirsch-Dunkerchen Zimmererorganisation und einigen noch harmlosen Vereinen eine gemeinsame Lohnkommission zu bilden, die wieder an die Meister herantrat. Man forderte wieder den Lohnzak von M. 4 für den zehnstündigen Arbeitstag. Diesmal antworteten die Meister entgegenkommend; aber nur, um die Gesellen so lange hinzuhalten, bis die beste Zeit vorüber war. Die Zimmerer durchbrachen jedoch den Plan, und lebten auch ein hinterhältiges Vermittlungsangebot der Meister ab; sie beschlossen vielmehr am 18. März 1885, wenn die Forderung nicht bewilligt würde, am 1. Mai die Arbeit niederrzulegen. Die Bewegung hatte indessen immer weitere Kreise erfaßt, und an manchen Plätzen wartete man mit der Arbeitsaufstellung gar nicht bis zu dem beschlossenen Termin. Dadurch wurde natürlich die Einheitlichkeit der Bewegung beeinträchtigt, und als dann wirklich der 1. Mai und mit ihm der Zeitpunkt des Loschlags kam, blieben manche Erwartungen unerfüllt. Am 27. Mai hob man den Streik auf, nachdem manche Meister die Forderung anerkannt, andere wieder genügend „Arbeitswillige“ gefunden hatten. In Unterstützungen waren ungefähr M. 10.000 ausgegeben worden.

Im Jahre 1884 streikten die Berliner Zimmerer abermals; aber wieder war der Ausgang nicht glücklich. Die junge Organisation war ohne Geld. Der unglückliche Streik führte zur Amtsenthebung und weiterhin zum Ausschluß des Vorsitzenden Marzian aus dem Verbande. Der zu Pfingsten zusammentretende zweite Handwerkertag wählte für ihn Schönstein zum Vorsitzenden. Bei dieser Gelegenheit trat zum ersten Male der Regierungsbaumeister a. D. Kehler in der Zimmererbewegung auf. In Mitgliedern zählte der Verband in 34 Städten 3637; vereinnahmt hatte er M. 267, dazu hatte er aber M. 4685 als Darlehen aufnehmen müssen. Unter diesen ungünstigen Verhältnissen war der Verband nicht im Stande, viel zur Unterstützung der ziemlich zahlreichen Streiks in diesem Jahre (es wurde getreift in Berlin, Hamburg, Breslau, Magdeburg, Kiel, Düsseldorf, Brandenburg, Bremen, Dortmund u. a.) beizutragen, obwohl der Handwerkertag den Beitrag ohne Unterschied auf 10 Pf. wöchentlich

festgesetzt hatte. Auch der nächste (dritte) Handwerkerstag, der 1885 in Magdeburg tagte, zeigte noch keine Erstärkung des Verbandes. Wohl war die Zahl der Zahlstellen auf 76 angewachsen, aber die Mitglieder hatten sich nur um 165, auf 3802, vermehrt. Dagegen war im Verbande eine ziemliche Unzufriedenheit über die Haltung des Vorstandes entstanden, der vielen, besonders Magdeburger und Berliner Mitgliedern, zu lau, zu "reaktionär" war. Man beschloß, den Zahlstellen einen größeren Anteil von den Einnahmen (40 p. ct.) zu lassen und außerdem ein Streitbegleiter, daß die Unterstützung des Streits in das Ermeessen des Verbandsvorstandes stelle.

Zu den mangelhaften Erfolgen kamen nun noch verstärkte polizeiliche Repressionen, die dem Verbande das Leben sauer machen. In Sachsen hatte die Polizei die dortigen Zahlstellen geschlossen, die sich gegen die §§ 24 und 25 des "Juwels" vergangen haben sollten. Damit war dem Verbande ganz Sachsen verperrt. In Preußen brauchte man die Zahlstellen nur für politische Vereine zu erklären, um sie zur Auflösung reif zu machen. Dazu kam im Jahre 1886 noch der Puttlamerische Streitfall, der wieder neue Gefahren und Anspannungen schuf. Innerhalb zeigten sich auf dem vierten Handwerkerstag im Jahre 1886 zu Breslau schon einige Fehlschüsse. Die Rahmenverhältnisse hatten sich gebeffert und in 84 Zahlstellen hatte man 4342 Mitglieder. Auf diesem Tage lebte man die auf Einführung von Unterstützungen abzielenden Anträge ab, weil man davon mit Recht die Anwendung des Sicherungsgesetzes auf den Verband befürchtete. Nebenwegen wurde auch die Streitunterstützung nicht aus der Verbandskasse gezahlt, sondern man verfügte, die dazu erforderlichen Gelder durch vom Vorstand herausgegebene Sammellisten aufzubringen. Natürlich bot das viele Schwierigkeiten.

Eine Gefahr zog für den Verband heraus, als der Vorstand den Antrag der Magdeburger Zahlstelle auf Streitunterstützung ablehnte. Dort hatte die Opposition gegen die Verbandsleitung nie aufgehört zu glimmen; jetzt schlug sie hoch in helle Flammen empor. Das Vorgehen des Verbandsvorstandes war von der Bevölkerung abwertet, der Polizei Gelegenheit zu einem vernichtenden Schlag gegen den Verband zu geben, wenn er die Magdeburger Zahlstelle in ihrem Lohnkampf unterstützen sollte, da diese längst als einer politischer Verein erklärt worden war. Auf die nun folgenden Angriffe der Magdeburger löste der Vorstand die dortige Zahlstelle auf. Die Antwort darauf war ein Aufruf zur Beschädigung einer deutschen Zimmererlungen, zu dem sich die Magdeburger Zimmerer mit den Leipziger verbanden; die Aufgabe des Kongresses sollte die Gründung einer Gegenorganisation sein. Der Kongress fand am 28. April 1887 auch wirklich in Magdeburg statt; er war aber nur von Leipzig, Magdeburg und Berlin besichtigt worden. Man gründete dort eine Organisation, oder schuf doch den Rahmen zu einer solchen, nach den ziemlich komplizierten und nur durch die damaligen unsicheren Rechtsverhältnisse erklären Organisationsgrundsätzen der Fachvereinsbewegung.

Der Verband hielt zu Pfingsten desselben Jahres seinen fünften Handwerkerstag in Lübeck ab, dessen hauptsächlichster Beschluß der war, den Sitz des Vorstandes von Berlin nach Hamburg zu verlegen. Damit war zugleich ein Wechsel der leitenden Personen verbunden. Zum Vorstand wurde Quast, zum Kassierer Müllerstein gewählt. Die Mitgliederzahl war inzwischen auf 6000 gestiegen. Mit der Sonderorganisation befaßte man sich nur informiert, daß man ein Zusammensetzen mit ihr ablehnte. Diese machte nur wenig Fortschritte. Sie hielt im Jahre 1888 ihren zweiten Kongress in Chemnitz ab und rief dort die Errichtung des Generalsonds. Im Ergebnis hatte man jetzt endlich den Kassierer bestellt und damit eine Person ganz für die Wahrnehmung der Verbandsgeschäfte gewonnen. Da wurde das Ansehen des Verbandes durch die Entwicklung erschüttert, daß der Rektor der "Zimmerkunst", Mr. ein Polizeipolizist sei. Der Mann wagte gegen diese schwere Verdächtigung nicht einmal zu verteidigen, sondern trat noch vor dem nächsten Handwerkerstag, der im Jahre 1888 zu Hannover tagte, zurück. Der Verband zählte in 80 Orten 5948 Mitglieder und hatte an Beiträgen und Eintrittsgeldern eine Jahreserlöse von M. 21393, wovon freilich nicht viel übrig geblieben war.

Der siebte Handwerkerstag (1889 in Weimar) fand den Verband bedeutend geträumt. In 181 Vereinen waren 10500 Mitglieder und die reine Einnahme betrug M. 29360. Hier beschloß man, das Verhältnis mit der "Zimmerkunst" zu lösen und ein eigenes Organ, "Der Zimmerer", mit Müllerstein als Redakteur, herauszugeben. Ebenso wurde das alte Urteil gegen Marzian wieder gut gemacht, er wurde wieder als Mitglied aufgenommen. Neben dem Kassierer wurde nun auch der erste Vorstand fest angesetzt. So günstig der Verband nun auch stand, zur Bewältigung der ihm aufgetragenen Aufgabe reichten die Kräfte noch nicht aus. Die hereinkommende Hochzeit der Streitfalle war durch kein Reglement zu meistern, noch weniger waren die Unterstützungsansprüche zu befriedigen. Die Streitbewegung wuchs den Verband über den Kopf. Trotzdem wuchs die Mitgliederzahl gewaltig. Aber innerhalb des Verbandes regte sich die Opposition; in Berlin trat sogar eine Zahlstelle (in Berlin bestanden mehrere) der Sonderorganisation bei und in vielen anderen Orten verlangte man Reformen; das nahende Ende des Ausnahmengesetzes, die siegesgewisse Begeisterung in allen Kreisen der Arbeiterschaft wirkten nun auch hier.

Unter diesen Umständen geippte die Stimmung für einen Verständigungsvertrag auf beiden Seiten der feindlichen Brüder. Auf einer Konferenz der beiderseitigen leitenden Personen vereinbarte man einen gemeinsamen Kongress, der im Jahre 1890 in Gotha tagte, und dessen Ergebnis der Beschluß war, auf beiden Seiten auf eine Verschmelzung hinzuarbeiten. Auf dem bald danach tagenden achten Handwerkerstag in Frankfurt a. M. wurde dann unter hervorragender Mitwirkung Bringmanns, des Führers der Gegenorganisation, ein neues Statut entworfen, das den Forderungen nach Modernisierung, der alten, vielfach

von zünftlerischer Engherzigkeit erfüllten Bestimmungen entgegenkam. An Stelle Quasts wurde Schrader zum Vorstand gewählt, der dies Amt noch heute versieht. Eine Konferenz der "Freien Vereinigung" stimmte dem Anschluß an den Verband zu.

Zu Jahre 1890 hatte der Verband heftige Kämpfe zu führen, die fast alle ungünstig verließen. Von hervorragender Bedeutung war der Kampf in Hamburg, der von Mai bis zum Ende des Jahres dauerte und M. 124.570 an Unterstützungen erforderte, ohne daß die Forderungen durchgesetzt wurden. Damit begann eine Periode des Rückgangs der Organisation, die eigentlich nur der Widerschein des wirtschaftlichen Rückgangs war, der das gesamte Erwerbsleben ergreifte. Auf der nächsten Generalversammlung (Halle 1891), wie man nun die jährlichen Zusammensetzung nannte, hatte man in 208 Zahlstellen noch 10.600 Mitglieder. Dort wurde die Reiseunterstützung eingeführt und der Wobeitrag von 10 auf 15 % erhöht; außerdem beschloß man, die Generalversammlungen nur noch alle zwei Jahre stattfinden zu lassen. Nun ging man auch wieder in das so lange abgesparte Sachsen, wo man in den eingemeldigten Orten eine Form gefunden hatte, an die die Polizei nicht heran konnte. Trotzdem blieb es beim Rückgang der Mitgliederzahl. Auf der zehnten Generalversammlung 1893 in Bremen zählte man nur noch in 176 Zahlstellen 8171 Mitglieder. Diese Tagung war aber für den Verband imsofern von Bedeutung, als sie die Einheitsbeiträge aufhob und sie nach Abhollassen abstufte.

Noch einige Jahre wirtschaftlichen Rückgangs folgten, und ihnen entsprach die Bewegung der Mitgliederzahl, 1893: 8882; 1894: 8399. Dann aber stieg sie im Jahre 1895 auf 9304 und 1896 auf 13.931. Der lärmende Einfluß der Krise war überwunden, und nun ging es vorwärts, vorwärts auf allen Gebieten: Die Mitgliederzahl, die Finanzkraft und die Erfolge des Verbandes stiegen fast ohne jede Unterbrechung, und damit hielt Schritt der innere Ausbau der Organisation, von dem die seit einem Jahre eingeführte Arbeitslosenunterstützung nicht der Abbruch, wohl aber die wichtigste Maßnahme ist.

Zum Schluß mögen einige Zahlen aus der weiteren Entwicklung des Verbandes hier Platz finden. Der Verband hatte

Jahr	Zahlstellen	Mitglieder	Jahres- einnahme M.	Gesamt- vermögen M.
1897	814	17657	175703	84095
1898	424	22689	246804	103459
1899	491	24890	373492	194630
1900	512	26123	313110	361088
1901	482	24198	287938	448029
1902	476	25318	490092	419111
1903	513	30937	655134	558045
1904	555	39048	805712	706735
1905	608	43924	1098298	919168
1906	694	52977	1403983	1822308
1907	706	53272	2187705	1610232

Diese Zahlen finden ihre Ergänzung in den vom Zimmererverband geführten Kämpfen und in den abgeschlossenen Tarifverträgen. Im Jahre 1903 wurden

durch Träger oder Gurtbögen abhängen oder auf eine Tragewand stellen müssen.

Diese Errüttungen haben in letzter Zeit dazu geführt, freitragende Steinwände zu konstruieren, welche weder Träger noch Balkenlage belasten, sondern zwischen zwei Tragwänden aufgehängt werden. Man könnte also denartige Wände z. B. freitragend zwischen zwei Pfeilern herstellen, d. h. ohne Ausführung einer Balkenlage und ohne Verbindung mit Trägern. Zu Verständigungen sind dann auch von der Königl. Materialprüfungsanstalt in Berlin auf dem Berufsschierain beim Bahnhof. Groß-Lichterfelde-West derartige Wände ausgeführt worden. In der Praxis sind derartige Konstruktionen bereits in umfassender Weise von Baubehörden und Betriebsbaumeistern in Berlin angewendet worden, und zwar nicht nur zur Herstellung von Trennwänden in Wohn-, Geschäft- und Fabrikgebäuden, sondern auch für Giebelwände, Umwähnungsmauern usw.

Diese freitragenden Steinwände werden aus größerem porösen Ziegelsteinlochplatten zusammengefügt, damit nur ein geringer Luftwund von Hakenmörtel erforderlich wird. Die Porosität der Steine ermöglicht die Nagelung, und die Kante in den Platten bildet einerseits eine gute Stoßfuge und verringert andererseits das Gewicht der großen Platten, so daß sie ohne besondere Schwierigkeit von den Maurern gehandhabt werden können. Diese Platten, welche ich in Berlin mehrfach gesehen habe, sind 88 cm lang, 19,5 cm breit und 6,5 cm stark. Diese Größe soll sich nach vielfachen Versuchen als besonders praktisch erweisen haben. Es wäre aber nicht einzusehen, warum nicht schwierig auch noch andere Formate geeignet sein sollten, nur kleine Steine von Ziegelformat sind nicht zweckmäßig, weil dadurch die Maurerarbeit zu kostspielig wird.

Diese freitragenden Wände aus porösen Ziegelplatten werden in der Weise hergestellt, daß der obere Teil gleich einen von einer tragenden Mauer zur anderen gespannten Steinhalten darstellt, während der untere Teil der Wand an diesem Steinhalten hängt, also leichter

Stützen, Unterzüge oder vergleichende braucht. Selbstverständlich wird man in der Praxis die Wände dennoch auf die Balkenlage setzen, wo das die Möglichkeit gegeben ist, aber die Balken können ruhig abbrechen und führen, die freitragenden Steinwände würden dennoch zwischen den beiden Tragwänden hängen bleiben. Der obere Teil derartiger freitragender Wände greift beiderseitig etwa 5 cm in die tragenden Nachbarwände ein, mit denen sie rechts und links in Verbindung steht. Die Eisenbewehrung, die zugleichen den unteren hängenden Teil mit dem oberen, als Steinbalzen dienenden Teil der Wand verbindet, besteht aus Rundseisenstäben, welche waagerecht und senkrecht in die hierfür bestimmten Fugen eingelagert werden. In der Regel kommen die waagerechten Eisenstäbe in jede zweite oder dritte Fuge, und die Enden werden umgebogen, so daß sie in die angrenzende Wand beginnen, in die Türgasse eingreifen. Auch unter der leichten Schütt und über der obersten wird ein derartiger Rundseisenstab verpendelt. Die senkrechten Eisenstäbe ordnet man zu beiden Seiten der Türgasse und weitere Städte, je nach Erfordern, zwischen Türgasse und Stützwand an. In der Regel werden die versteinerten Stäbe in Entfernung von circa einem Meter verteilt.

Das Kgl. Materialprüfungsamt der Technischen Hochschule in Berlin veranstaltete auf Veranlassung eines Berliner Baubureaus verschiedene Versuche mit derartigen freitragenden Wänden. Bei dem ersten Versuch sollte festgestellt werden, in welchem Maße die Wand wirklich die Tragfähigkeit besitzt, sich freizutragen, und mit welcher Tragfähigkeit beginnt. Widerstandsfähigkeit gegen Erdbebenwirkung wurde ebenfalls bestimmt. Die Platten wurden in Betonmörtel verlegt; von etwa 2,50 m Höhe ab wurde die Wand in einem etwa 5 m tiefen Söhl der beiden Seitenpfeiler eingelassen. Die Ausführung erfolgte im übrigen, wie es bereits oben beschrieben wurde. Die Rundseisenstäbe von 7 mm Durchmesser lagen in jeder zweiten horizontalen Fuge, während die Rundseisenstäbe über der

## Freitragende Steinwände.

Von Fred Hood.

In der Hochbautechnik pflegte man bisher unbelastete Wände möglichst leicht zu konstruieren, da sie nur die Aufgabe leicht zu erfüllen hatten, Räume zu trennen, oder zu umschließen, ohne sonstige konstruktive Aufgaben zu erfüllen. Daraus kann schon eine geplante Betriebswand oder eine Drahtputzwand genügen; es kommt dann im wesentlichen darauf an, daß diese leichten Trennwände, namentlich hinsichtlich der Feuerfiderkeit, den hauptsächlichen Anforderungen genügen. Diese leichten Wandkonstruktionen, welche die Balkenlage sehr wenig belasten, bieten dann auch den Vorteil, daß man sie an beliebiger Stelle auf die Balken zu setzen vermag, also von den Maurern der tiefer liegenden Geschosse vollkommen unabhängig und in der Raumdisposition nicht behindert sind. Aber die leichten Trennwandkonstruktionen bergen andererseits doch manchen recht unangenehmen Fehler. Mit der Schallfassung dieser Wände, namentlich der Drahtputzwände, ist es außerordentlich schlecht bestellt; aber den Maurern sind diese Trennwände auf Spiegel oder Bildhauern in der Regel sofort größere Löcher oder Risse entstehen, und vielleicht ist es passiert, daß der Haken an der anderen Seite wieder herausfällt, eine Figur von einer Konsole herunterstürzt oder sonst einige Schäden anrichtet. Es sind dann "nagelbare" Trennwandkonstruktionen aufgetreten, die aber gleichfalls den Schall verbreiten, während andererseits die Feuerprobe schlecht bestanden haben. Wände konstruktionen sind sehr gut und zweckmäßig, aber fast so kostspielig als dicke Steinwände, denen man doch wohl mit Recht den Vorzug gibt, wo irgend die Mittel zur Verfügung stehen. Es kann nicht gelegnet werden, daß die Steinwand auch da, wo sie nicht als tragende Wand in Betracht kommt, die beste Trennwand darstellt, und daß eben nur darin ein Nebenstand zu erwidern ist, daß man sie nicht an beliebiger Stelle auf die Balkenlage setzen kann, sondern sie

vom Verband insgesamt 122 Lohnkämpfe geführt, an denen 4946 Mitglieder beteiligt waren; im Jahre 1904 waren es 156 Kämpfe mit 6180 Beteiligten, im Jahre 1905 199 Kämpfe mit 8862 Beteiligten und 1906 292 Kämpfe mit 8514 beteiligten Mitgliedern.

Die Zahl der abgeschlossenen Tarifverträge betrug im Jahre 1903 111, im Jahre 1904 vermehrten sie sich auf 163, im folgenden Jahre auf 219, im Jahre 1906 auf 356 und am Schlüsse des ersten Halbjahrs 1907 betrug ihre Zahl 331.

So hat sich aus dem schwachen Verbande der achtziger Jahre, der den gewerblichen Wohlständen fast ohnmächtig gegenüberstand und der von den Zeitströmungen hin und hergeworfen wurde, eine starke und mächtvolle Organisation entwickelt, die auf die Verhältnisse im Zimmergewerbe einen großen Einfluss ausübt. Die uns in dieser Entwicklung entgegentreten Arbeit ist umso höher zu veranschlagen, als gerade das Zimmergewerbe durch die technische Entwicklung des Baumes stark getroffen wurde und noch wird. Vor dieser Arbeit muss jeder Gewerkschafter Hochachtung empfinden, und nicht zuletzt die im Centralverband der Maurer Deutschlands organisierten Maurer, die mit ihren Genossen vom Zimmererverband so manchen harten Waffengang getan haben und noch zu tun haben werden.

### Ein merkwürdiges Urteil gegen die §§ 152 und 153 der Gewerbeordnung.

Die in Geestemünde herausgegebene "Arbeitgeberzeitung" für das Bauwesen veröffentlicht unter dem Titel: "Die Disziplin der Arbeitgeberverbände in der Rechtsprechung" folgenden Bericht:

Ein Maurermeister gehörte einem Arbeitgeberverband als Mitglied an, in dessen Statut der Generalversammlung das Recht verliehen war, in bestimmten Fällen eine allgemeine oder teilweise Kündigung der beschäftigten Arbeiter anzubringen. Für den Fall, dass ein Mitglied der Anordnung nicht Folge leistet, ist die Verhängung von Konventionalstrafe vorgesehen. Als nun die organisierten Arbeiter mit einer Forderung auf den Plan traten, den Stundenlohn von 30 auf 35 S. zu erhöhen, beschloss die Generalversammlung der Befreiung einer Stundenlohn von 32½ S. zu gestimmen, sonst aber die Forderung abzulehnen. Die Arbeiter bestanden aber darauf, dass ein Stundenlohn von 35 S. bestellt würde und legten die Arbeit nieder. Die Mitglieder des Arbeitgeberverbandes folgten die Anordnung der Generalversammlung, bis auf den oben erwähnten Maurermeister samt und sonders. Letzterer beschäftigte zu jüngste keine Arbeiter weiter, er hatte ihnen, demnach den Stundenlohn von 35 S. gewahrt. Obwohl infolge eines Beschlusses der außerordentlichen Generalversammlung des Maurermeisters nochmals aufgefordert wurde, seine Arbeiter zu entlassen, ließ er dieselben zu jüngste weiterarbeiten. Nunmehr setzte die Generalversammlung eine Konventionalstrafe von M. 500 fest. Dagegen wandte der Maurermeister ein, infolge der abgemachten zweiwöchentlichen Kündigungstritt sei er nicht in der Lage, eine Entlassung innerhalb acht Tagen vorzunehmen, da er andernfalls kontraktbrüchig werde.

Es kam zur Klage, die damit endete, dass das Landgericht den Maurermeister zur Zahlung der Konventionalstrafe verurteilte. Die Begründung des Urteils sieht ganz von dem erhöhten Stundenlohn ab, legt vielmehr das Hauptgewicht darauf, dass es sich darum gehandelt habe, einheitlich gegen die Gewerkschaften vorzugehen, damit

überhaupt der Zweck des Verbandes als einer Abwehrorganisation erreicht werden könne. Wenn der Maurermeister sich dem ordnungsgemäß gesuchten Beschluss nicht unterwerfen wollte, dann müsste er auch die Konsequenzen tragen. Die Begründung legt auch sein Gewicht darauf, dass der Maurermeister wegen Entlassung nach acht Tagen eine Klage wegen Kontraktbrüchigkeits zu gestortigen habe. Als Mitglied des Arbeitgeberverbandes habe er den Anordnungen desselben Folge zu leisten und in vorliegender Falle bei der bierverhältnisse Kündigung den betreffenden Arbeitern eine Entschädigung leisten müssen. Es liege auch kein Grund vor, die Konventionalstrafe nach den Bestimmungen des § 143 B. G. B. heranzuführen, da der Verklagte durch sein Verhalten die Geschlossenheit des Verbands gefährdet und die Zwecke des Verbandes durchsetzt habe. Es müsse ein Beispiel statuirt werden, um derartige Fälle in Zukunft verhindern zu können.

Die gegen das landgerichtliche Urteil eingegangene Berufung wurde vom Oberlandesgericht zurückgewiesen. Die Begründung des Oberlandesgerichtlichen Urteils geht davon aus, dass der Beschluss, wonach der Maurermeister gezwungen werden sei, zur Ausperrung zu greifen, durchaus nicht gegen die guten Sitten verstößt. An und für sich sei die plötzliche Kündigung von Arbeitern, mit denen vierzehntägige Kündigungstritt vereinbart sei, rechtswidrig, allein hier habe es sich um einen Fall gehandelt, in dem die Solidaritätsschulden überwunden werden sollten. Dann ist auch nicht im geringsten bewiesen, dass er aus der Ausperrung der Arbeiter einen großen wirtschaftlichen Nachteil hätte haben können, und darauf kommt es vor allem an. Es sei auch in Betracht zu ziehen, dass Streiks und Ausperrungen sowohl von der Rechtsprechung als auch nach dem allgemeinen Volksmeinung nicht als gegen die guten Sitten verstörend erachtet werden.

Die "Arbeitgeberzeitung" gibt nicht an, von welchen Gerichten diese Urteile gefällt sind, aber wir müssen wohl annehmen, dass es in Deutschland geschehen ist, dass etwa der ganze Bericht aus der Luft gefallen ist, um die Mitglieder der "Arbeitgeberverbände" zur Disziplin zu erziehen, kann man doch nicht annehmen. Immerhin bleibt die Begründung des Urteils so eigenartig, dass wir es kaum fassen können, ein Gericht habe solche Sätze ausgesprochen oder niedergeschrieben. Wenn Arbeiter einen sanften Druck ausüben auf ihre Kollegen, die sich nicht so ohne weiteres einem Streik anschließen oder sonstigen Beschlüssen der Organisation fügen wollen, dann wird nicht gegen die Widerstände eingehen, um Beispiel statuirt, um derartige Fälle im Gutun zu vermeiden, sondern gegen die Unreger und Förderer der Solidarität. Dann ist noch nie ein Gericht wegen der Solidarität über das geschilderte Recht gestellt worden. Dann heißt es gewöhnlich: die Arbeitsschaffenden müssen energisch gestraft, die "Terroristen" durch schwere Strafen von der Forderung nach Solidarität abgeschreckt werden. Noch bei keiner Aktion der Arbeiter gegen die Unternehmer hat ein Gericht anerkannt, dass es notwendig und erfreulich sei, einheitlich gegen die Forderungen der Unternehmer vorzugehen, damit überhaupt der Zweck der Arbeitgeberverbände, ihren Angehörigen ein menschliches Dasein zu schaffen, erreicht werde. Das alles finden wir aber jetzt für die Unternehmerverbände in dem Urteil ausgesprochen. Merkwürdig, höchst merkwürdig!

Höchst merkwürdig ist es auch, mit welcher Leichtigkeit sich das Gericht über den Zwang zum Kontraktbruch hinwegsetzt. Vor einigen Jahren — es war im Jahre 1906 — wurde ein Maurer mit M. 100 Geldstrafe verurteilt, weil er angeblich in einer Versammlung geahgt haben sollte: "Zögeln! Es bleibt uns nichts anderes übrig, als die Arbeit hinzunehmen; ich fordere Sie dazu auf, auch steigen, die Kündigung haben. Wir wollen und können nicht länger warten."

Das war nur ein Appell an die Solidarität, ohne jeden Druck, ohne Androhung von Konventionalstrafen oder sonstigen Sanktionen. Und doch wurde gegen den Maurer Anklage erhoben,

und das Gericht sprach aus, dass der Maurer zu bestrafen sei. Das Gericht stellte sich auf den Standpunkt, dass der Angeklagte zum Ungehorsam gegen das Gesetz aufgefordert habe, und dass es ganz gleich sei, ob sich dieser Ungehorsam gegen Straf- oder Befreiungsrecht richtet. In welch schärfstem Maße hat nun aber der "Arbeitgeberverband" zum Ungehorsam gegen das Gesetz aufgefordert. Nicht nur aufgefordert dazu hat er, sondern er wollte seine Mitglieder durch Androhung einer erheblichen Strafe dazu zwingen. Und diesen Zwang erkennt das Gericht für richtig an, indem es sagt, die Solidarität (die sich in diesem Falle gegen die Arbeiter richtete) steht höher als das geschilderte Gesetz. — Solidarität ist nicht außer Recht zu lassen, dass es sich hier um den Spruch einer Solidarness handelt, und das ist derart, dass die Geschäftsführer alle und immer so über das Vorrecht der Solidarität denken. Dann sollte man aber schlimmstens einmal mit der Befreiung der Gerichte wechseln: Fort mit den Strafstrafen in die Solidarness, damit sie dort die Bedeutung der Solidarität lernen und schlagen lernen, und hinein mit den Strafstrafen in die Solidarness, damit auch der Arbeiter, wenn er einmal, um die Solidarität zur Geltung zu bringen, mit dem geschilderten Recht solltieren, dort mit dem Recht kommt, das dem Unternehmerverband nach dem vorliegenden Urteil gesprochen worden ist.

Die Geestemünder "Arbeitgeberzeitung" stimmt der Entscheidung schallhaft zu. Sie spricht aus, dass die Unternehmerorganisationen eines besonderen Bindemittels bedürfen, das neben dem allgemeinen Solidaritätsgefühl die Gewalt für ein geschlossenes und einheitliches Vorgehen gegen die unbedeutigen Forderungen der Arbeiterorganisationen gibt. Ohne ein derartiges Bindemittel würde mancher Arbeitgeber in einer schwachen Stunde sich veranlassen sehen, fahnenflüchtig zu werden und Verwirrung und Unordnung in die abgeschlossenen Abwehrorganisationen seiner Kollegen zu bringen. Das muss aber unter allen Umständen verhindert werden; daher kann man sich nur freuen, wenn die Rechtsprechung dazu beitragen, dass die Konventionalstrafe in den Statuten der Arbeitgeberverbände erhalten bleiben können.

Wir kommen vom Standpunkt des geltenden Rechts, so in den §§ 152 und 153 der Reichsgewerbeordnung gegeben ist, allerdings nicht mit dem Urteil einverstanden sein, weil wir es nach den Urteilen gegen die Arbeiter für gerechtig halten müssen. Wie dem aber auch sei, das Urteil zeigt aus, dass die Rechtsbegriffe auch bei den Deutzen außerordentlich schwankend sind, die berufen sind, im Namen des Gesetzes Recht zu sprechen.

### Politische Umschau.

\* Die Reichsfinanzreform. Bedeutend ist es für die innere Reichspolitik keine brennende Frage, als die, wie die Einnahmen und Ausgaben im Reichshaushalt in Einklang gebracht werden können; denn der Drall ist zur Zeit erger als jemals vorher. Die Lösung dieses Rätsels ist nun äußerst schwierig. Ohne neue Steuern geht es dabei auf keinen Fall ab. Aber was soll besteuert werden? Das ist die große Frage, die den leitenden Politikern so viel Kopfschmerzen macht. Die Parteien im Stad sind zu verschiedentlich, um ihre Wünsche in Einklang allseitig zu befreidigen. Die Rechte, die Konseriativen und ihr Anhang ist zwar sehr schnell mit der Antwort bei der Hand: Verbrauchsgegenstände, Verbrauchsartikel der großen Massen. Also neue indirekte Steuern. Das kann die Stadlinie aber nicht so ohne weiteres mitmachen; denn die ihr angehörenden Parteien haben so manch liebes Recht mit ihrer Volksfreundlichkeit geprägt, und das sie nun schon mit der Zustimmung zum Reichsvereinigungswahl wichtige Freiheiten preisgegeben haben, so fällt es ihnen politisch schwer, nun auch noch in dieser rein materiellen Frage den Tum und Sturzgenossen zu folgen. Denn wenn sie das tun, was würde sie dann noch von der Rechten unterscheiden? Waren nicht die Wirtschaftsbeziehungen noch so halbwegs überlässig gelten können? Die theoretische Befordert der Liberalen ist, geht auf direkte Reichsteuern, als da sind Erbschaftsteuer, Vermögens-

verluststeuer, Gewerbesteuer, Einkommensteuer, aufzuführen. Man ist entweder auf ganz leichte Scheidewände, Drahtspulewände, Gipsdielenwände usw. angewiesen, die in vielen Fällen gar nicht in Betracht kommen können, oder man ist gezwungen, die Stein- oder Betonwände auf eiserne Träger zu legen, die bei größeren Spannweiten durch eiserne Träger oder Säulen abgefangen werden müssen. Hier ist die Wahl einer freitragenden, von einer Trägerwand zur anderen gespannten Steinwand am Platze. Eine derartige 88 cm starke freitragende Holzsteinwand von 18 m Spannweite liegt in der Magistrat Berlin über der Turnhalle der Gemeinde-Doppelschule, Dresdnerstrasse 22, auszuführen.

Die ursprünglich für Scheidewände geschaffene Konstruktion wird heut von großen Berliner Bautechniklängen zur Ausführung freitragender Giebelwände angewendet. Als Beispiel nenne ich das von den Architekten Cremer und Wolffstein in Berlin ausgeführte neue Geschäftsbürogebäude von Julius Pintsch, Andreasstrasse 71/72, und die Giebelwand im Maschinenraum für Gasmotoren in der Markthalle 10 in Berlin am Kämmenplatz. Bei den Giebelwänden sind ja alle günstigen Voraussetzungen für die Anwendung freitragender Steinwände vorhanden; denn die Frontwände der Straßen und Höfe werden stets als starke tragende Wände konstruiert, so dass man zwischen ihnen die Giebelwände, ebenfalls unter Anwendung stärkerer Mündungen, aufhängen kann.

Derartige Konstruktionen dürfen als ein wesentlicher Fortschritt in der modernen Bautechnik angesehen werden, und es ist klar, dass die Konstruktion auch sehr entwicklungsfähig ist. Man vermag sie überall angewandten, wo man eine Belastung der Außenlage, Gurtbögen, Gewölbe usw. vermeiden, oder doch wesentlich verringern will, und sein Hindernis besteht, die Last auf Hauptwände oder Pfeiler zu übertragen.

Die Bautechnik ist in der modernen Bautechnik angesehen werden, und es ist klar, dass die Konstruktion auch sehr entwicklungsfähig ist. Man vermag sie überall angewandten, wo man eine Belastung der Außenlage, Gurtbögen, Gewölbe usw. vermeiden, oder doch wesentlich verringern will, und sein Hindernis besteht, die Last auf Hauptwände oder Pfeiler zu übertragen.

Die Bautechnik ist in der modernen Bautechnik angesehen werden, und es ist klar, dass die Konstruktion auch sehr entwicklungsfähig ist. Man vermag sie überall angewandten, wo man eine Belastung der Außenlage, Gurtbögen, Gewölbe usw. vermeiden, oder doch wesentlich verringern will, und sein Hindernis besteht, die Last auf Hauptwände oder Pfeiler zu übertragen.

Die Bautechnik ist in der modernen Bautechnik angesehen werden, und es ist klar, dass die Konstruktion auch sehr entwicklungsfähig ist. Man vermag sie überall angewandten, wo man eine Belastung der Außenlage, Gurtbögen, Gewölbe usw. vermeiden, oder doch wesentlich verringern will, und sein Hindernis besteht, die Last auf Hauptwände oder Pfeiler zu übertragen.

Die Bautechnik ist in der modernen Bautechnik angesehen werden, und es ist klar, dass die Konstruktion auch sehr entwicklungsfähig ist. Man vermag sie überall angewandten, wo man eine Belastung der Außenlage, Gurtbögen, Gewölbe usw. vermeiden, oder doch wesentlich verringern will, und sein Hindernis besteht, die Last auf Hauptwände oder Pfeiler zu übertragen.

Die Bautechnik ist in der modernen Bautechnik angesehen werden, und es ist klar, dass die Konstruktion auch sehr entwicklungsfähig ist. Man vermag sie überall angewandten, wo man eine Belastung der Außenlage, Gurtbögen, Gewölbe usw. vermeiden, oder doch wesentlich verringern will, und sein Hindernis besteht, die Last auf Hauptwände oder Pfeiler zu übertragen.

Die Bautechnik ist in der modernen Bautechnik angesehen werden, und es ist klar, dass die Konstruktion auch sehr entwicklungsfähig ist. Man vermag sie überall angewandten, wo man eine Belastung der Außenlage, Gurtbögen, Gewölbe usw. vermeiden, oder doch wesentlich verringern will, und sein Hindernis besteht, die Last auf Hauptwände oder Pfeiler zu übertragen.

Die Bautechnik ist in der modernen Bautechnik angesehen werden, und es ist klar, dass die Konstruktion auch sehr entwicklungsfähig ist. Man vermag sie überall angewandten, wo man eine Belastung der Außenlage, Gurtbögen, Gewölbe usw. vermeiden, oder doch wesentlich verringern will, und sein Hindernis besteht, die Last auf Hauptwände oder Pfeiler zu übertragen.

Die Bautechnik ist in der modernen Bautechnik angesehen werden, und es ist klar, dass die Konstruktion auch sehr entwicklungsfähig ist. Man vermag sie überall angewandten, wo man eine Belastung der Außenlage, Gurtbögen, Gewölbe usw. vermeiden, oder doch wesentlich verringern will, und sein Hindernis besteht, die Last auf Hauptwände oder Pfeiler zu übertragen.

Die Bautechnik ist in der modernen Bautechnik angesehen werden, und es ist klar, dass die Konstruktion auch sehr entwicklungsfähig ist. Man vermag sie überall angewandten, wo man eine Belastung der Außenlage, Gurtbögen, Gewölbe usw. vermeiden, oder doch wesentlich verringern will, und sein Hindernis besteht, die Last auf Hauptwände oder Pfeiler zu übertragen.

Die Bautechnik ist in der modernen Bautechnik angesehen werden, und es ist klar, dass die Konstruktion auch sehr entwicklungsfähig ist. Man vermag sie überall angewandten, wo man eine Belastung der Außenlage, Gurtbögen, Gewölbe usw. vermeiden, oder doch wesentlich verringern will, und sein Hindernis besteht, die Last auf Hauptwände oder Pfeiler zu übertragen.

Die Bautechnik ist in der modernen Bautechnik angesehen werden, und es ist klar, dass die Konstruktion auch sehr entwicklungsfähig ist. Man vermag sie überall angewandten, wo man eine Belastung der Außenlage, Gurtbögen, Gewölbe usw. vermeiden, oder doch wesentlich verringern will, und sein Hindernis besteht, die Last auf Hauptwände oder Pfeiler zu übertragen.

Die Bautechnik ist in der modernen Bautechnik angesehen werden, und es ist klar, dass die Konstruktion auch sehr entwicklungsfähig ist. Man vermag sie überall angewandten, wo man eine Belastung der Außenlage, Gurtbögen, Gewölbe usw. vermeiden, oder doch wesentlich verringern will, und sein Hindernis besteht, die Last auf Hauptwände oder Pfeiler zu übertragen.

Die Bautechnik ist in der modernen Bautechnik angesehen werden, und es ist klar, dass die Konstruktion auch sehr entwicklungsfähig ist. Man vermag sie überall angewandten, wo man eine Belastung der Außenlage, Gurtbögen, Gewölbe usw. vermeiden, oder doch wesentlich verringern will, und sein Hindernis besteht, die Last auf Hauptwände oder Pfeiler zu übertragen.

Die Bautechnik ist in der modernen Bautechnik angesehen werden, und es ist klar, dass die Konstruktion auch sehr entwicklungsfähig ist. Man vermag sie überall angewandten, wo man eine Belastung der Außenlage, Gurtbögen, Gewölbe usw. vermeiden, oder doch wesentlich verringern will, und sein Hindernis besteht, die Last auf Hauptwände oder Pfeiler zu übertragen.

Die Bautechnik ist in der modernen Bautechnik angesehen werden, und es ist klar, dass die Konstruktion auch sehr entwicklungsfähig ist. Man vermag sie überall angewandten, wo man eine Belastung der Außenlage, Gurtbögen, Gewölbe usw. vermeiden, oder doch wesentlich verringern will, und sein Hindernis besteht, die Last auf Hauptwände oder Pfeiler zu übertragen.

Die Bautechnik ist in der modernen Bautechnik angesehen werden, und es ist klar, dass die Konstruktion auch sehr entwicklungsfähig ist. Man vermag sie überall angewandten, wo man eine Belastung der Außenlage, Gurtbögen, Gewölbe usw. vermeiden, oder doch wesentlich verringern will, und sein Hindernis besteht, die Last auf Hauptwände oder Pfeiler zu übertragen.

Die Bautechnik ist in der modernen Bautechnik angesehen werden, und es ist klar, dass die Konstruktion auch sehr entwicklungsfähig ist. Man vermag sie überall angewandten, wo man eine Belastung der Außenlage, Gurtbögen, Gewölbe usw. vermeiden, oder doch wesentlich verringern will, und sein Hindernis besteht, die Last auf Hauptwände oder Pfeiler zu übertragen.

Die Bautechnik ist in der modernen Bautechnik angesehen werden, und es ist klar, dass die Konstruktion auch sehr entwicklungsfähig ist. Man vermag sie überall angewandten, wo man eine Belastung der Außenlage, Gurtbögen, Gewölbe usw. vermeiden, oder doch wesentlich verringern will, und sein Hindernis besteht, die Last auf Hauptwände oder Pfeiler zu übertragen.

Die Bautechnik ist in der modernen Bautechnik angesehen werden, und es ist klar, dass die Konstruktion auch sehr entwicklungsfähig ist. Man vermag sie überall angewandten, wo man eine Belastung der Außenlage, Gurtbögen, Gewölbe usw. vermeiden, oder doch wesentlich verringern will, und sein Hindernis besteht, die Last auf Hauptwände oder Pfeiler zu übertragen.

Die Bautechnik ist in der modernen Bautechnik angesehen werden, und es ist klar, dass die Konstruktion auch sehr entwicklungsfähig ist. Man vermag sie überall angewandten, wo man eine Belastung der Außenlage, Gurtbögen, Gewölbe usw. vermeiden, oder doch wesentlich verringern will, und sein Hindernis besteht, die Last auf Hauptwände oder Pfeiler zu übertragen.

Die Bautechnik ist in der modernen Bautechnik angesehen werden, und es ist klar, dass die Konstruktion auch sehr entwicklungsfähig ist. Man vermag sie überall angewandten, wo man eine Belastung der Außenlage, Gurtbögen, Gewölbe usw. vermeiden, oder doch wesentlich verringern will, und sein Hindernis besteht, die Last auf Hauptwände oder Pfeiler zu übertragen.

Die Bautechnik ist in der modernen Bautechnik angesehen werden, und es ist klar, dass die Konstruktion auch sehr entwicklungsfähig ist. Man vermag sie überall angewandten, wo man eine Belastung der Außenlage, Gurtbögen, Gewölbe usw. vermeiden, oder doch wesentlich verringern will, und sein Hindernis besteht, die Last auf Hauptwände oder Pfeiler zu übertragen.

Die Bautechnik ist in der modernen Bautechnik angesehen werden, und es ist klar, dass die Konstruktion auch sehr entwicklungsfähig ist. Man vermag sie überall angewandten, wo man eine Belastung der Außenlage, Gurtbögen, Gewölbe usw. vermeiden, oder doch wesentlich verringern will, und sein Hindernis besteht, die Last auf Hauptwände oder Pfeiler zu übertragen.

Die Bautechnik ist in der modernen Bautechnik angesehen werden, und es ist klar, dass die Konstruktion auch sehr entwicklungsfähig ist. Man vermag sie überall angewandten, wo man eine Belastung der Außenlage, Gurtbögen, Gewölbe usw. vermeiden, oder doch wesentlich verringern will, und sein Hindernis besteht, die Last auf Hauptwände oder Pfeiler zu übertragen.

Die Bautechnik ist in der modernen Bautechnik angesehen werden, und es ist klar, dass die Konstruktion auch sehr entwicklungsfähig ist. Man vermag sie überall angewandten, wo man eine Belastung der Außenlage, Gurtbögen, Gewölbe usw. vermeiden, oder doch wesentlich verringern will, und sein Hindernis besteht, die Last auf Hauptwände oder Pfeiler zu übertragen.

Die Bautechnik ist in der modernen Bautechnik angesehen werden, und es ist klar, dass die Konstruktion auch sehr entwicklungsfähig ist. Man vermag sie überall angewandten, wo man eine Belastung der Außenlage, Gurtbögen, Gewölbe usw. vermeiden, oder doch wesentlich verringern will, und sein Hindernis besteht, die Last auf Hauptwände oder Pfeiler zu übertragen.

Die Bautechnik ist in der modernen Bautechnik angesehen werden, und es ist klar, dass die Konstruktion auch sehr entwicklungsfähig ist. Man vermag sie überall angewandten, wo man eine Belastung der Außenlage, Gurtbögen, Gewölbe usw. vermeiden, oder doch wesentlich verringern will, und sein Hindernis besteht, die Last auf Hauptwände oder Pfeiler zu übertragen.

Die Bautechnik ist in der modernen Bautechnik angesehen werden, und es ist klar, dass die Konstruktion auch sehr entwicklungsfähig ist. Man vermag sie überall angewandten, wo man eine Belastung der Außenlage, Gurtbögen, Gewölbe usw. vermeiden, oder doch wesentlich verringern will, und sein Hindernis besteht, die Last auf Hauptwände oder Pfeiler zu übertragen.

Die Bautechnik ist in der modernen Bautechnik angesehen werden, und es ist klar, dass die Konstruktion auch sehr entwicklungsfähig ist. Man vermag sie überall angewandten, wo man eine Belastung der Außenlage, Gurtbögen, Gewölbe usw. vermeiden, oder doch wesentlich verringern will, und sein Hindernis besteht, die Last auf Hauptwände oder Pfeiler zu übertragen.

Die Bautechnik ist in der modernen Bautechnik angesehen werden, und es ist klar, dass die Konstruktion auch sehr entwicklungsfähig ist. Man vermag sie überall angewandten, wo man eine Belastung der Außenlage, Gurtbögen, Gewölbe usw. vermeiden, oder doch wesentlich verringern will, und sein Hindernis besteht, die Last auf Hauptwände oder Pfeiler zu übertragen.

Die Bautechnik ist in der modernen Bautechnik angesehen werden, und es ist klar, dass die Konstruktion auch sehr entwicklungsfähig ist. Man vermag sie überall angewandten, wo man eine Belastung der Außenlage, Gurtbögen, Gewölbe usw. vermeiden, oder doch wesentlich verringern will, und sein Hindernis besteht, die Last auf Hauptwände oder Pfeiler zu übertragen.

Die Bautechnik ist in der modernen Bautechnik angesehen werden, und es ist klar, dass die Konstruktion auch sehr entwicklungsfähig ist. Man vermag sie überall angewandten, wo man eine Belastung der Außenlage, Gurtbögen, Gewölbe usw. vermeiden, oder doch wesentlich verringern will, und sein Hindernis besteht, die Last auf Hauptwände oder Pfeiler zu übertragen.

Die Bautechnik ist in der modernen Bautechnik angesehen werden, und es ist klar, dass die Konstruktion auch sehr entwicklungsfähig ist. Man vermag sie überall angewandten, wo man eine Belastung der Außenlage, Gurtbögen, Gewölbe usw. vermeiden, oder doch wesentlich verringern will, und sein Hindernis besteht, die Last auf Hauptwände oder Pfeiler zu übertragen.

Die Bautechnik ist in der modernen Bautechnik angesehen werden, und es ist klar, dass die Konstruktion auch sehr entwicklungsfähig ist. Man vermag sie überall angewandten, wo man eine Belastung der Außenlage, Gurtbögen, Gewölbe usw. vermeiden, oder doch wesentlich verringern will, und sein Hindernis besteht, die Last auf Hauptwände oder Pfeiler zu übertragen.

Die Bautechnik ist in der modernen Bautechnik angesehen werden, und es ist klar, dass die Konstruktion auch sehr entwicklungsfähig ist. Man vermag sie überall angewandten, wo man eine Belastung der Außenlage, Gurtbögen, Gewölbe usw. vermeiden, oder doch wesentlich verringern will, und sein Hindernis besteht, die Last auf Hauptwände oder Pfeiler zu übertragen.

Die Bautechnik ist in der modernen Bautechnik angesehen werden, und es ist klar, dass die Konstruktion auch sehr entwicklungsfähig ist. Man vermag sie überall angewandten, wo man eine Belastung der Außenlage, Gurtbögen, Gewölbe usw. vermeiden, oder doch wesentlich verringern will, und sein Hindernis besteht, die Last auf Hauptwände oder Pfeiler zu übertragen.

Die Bautechnik ist in der modernen Bautechnik angesehen werden, und es ist klar, dass die Konstruktion auch sehr entwicklungsfähig ist. Man vermag sie überall angewandten, wo man eine Belastung der Außenlage, Gurtbögen, Gewölbe usw. vermeiden, oder doch wesentlich verringern will, und sein Hindernis besteht, die Last auf Hauptwände oder Pfeiler zu übertragen.

Die Bautechnik ist in der modernen Bautechnik angesehen werden, und es ist klar, dass die Konstruktion auch sehr entwicklungsfähig ist. Man vermag sie überall angewandten, wo man eine Belastung der Außenlage, Gurtbögen, Gewölbe usw. vermeiden, oder doch wesentlich verringern will, und sein Hindernis besteht, die Last auf Hauptwände oder Pfeiler zu übertragen.

Die Bautechnik ist in der modernen Bautechnik angesehen werden, und es ist klar, dass die Konstruktion auch sehr entwicklungsfähig ist. Man vermag sie überall angewandten, wo man eine Belastung der Außenlage, Gurtbögen, Gewölbe usw. vermeiden, oder doch wesentlich verringern will, und sein Hindernis besteht, die Last auf Hauptwände oder Pfeiler zu übertragen.

Die Bautechnik ist in der modernen Bautechnik angesehen werden, und es ist klar, dass die Konstruktion auch sehr entwicklungsfähig ist. Man vermag sie überall angewandten, wo man eine Belastung der Außenlage, Gurtbögen, Gewölbe usw. vermeiden, oder doch wesentlich verringern will, und sein Hindernis besteht, die Last auf Hauptwände oder Pfeiler zu übertragen.

Die Bautechnik ist in der modernen Bautechnik angesehen werden, und es ist klar, dass die Konstruktion auch sehr entwicklungsfähig ist. Man vermag sie überall angewandten, wo man eine Belastung der Außenlage, Gurtbögen, Gewölbe usw. vermeiden, oder doch wesentlich verringern will, und sein Hindernis besteht, die Last auf Hauptwände oder Pfeiler zu übertragen.

Die Bautechnik ist in der modernen Bautechnik angesehen werden, und es ist klar, dass die Konstruktion auch sehr entwicklungsfähig ist. Man vermag sie überall angewandten, wo man eine Belastung der Außenlage, Gurtbögen, Gewölbe usw. vermeiden, oder doch wesentlich verringern will, und sein Hindernis besteht, die Last auf Hauptwände oder Pfeiler zu übertragen.

Die Bautechnik ist in der modernen Bautechnik angesehen werden, und es ist klar, dass die Konstruktion auch sehr entwicklungsfähig ist. Man vermag sie überall angewandten, wo man eine Belastung der Außenlage, Gurtbögen, Gewölbe usw. vermeiden, oder doch wesentlich verringern will, und sein Hindernis besteht, die Last auf Hauptwände oder Pfeiler zu übertragen.

Die Bautechnik ist in der modernen Bautechnik angesehen werden, und es ist klar, dass die Konstruktion auch sehr entwicklungsfähig ist. Man vermag sie überall angewandten, wo man eine Belastung der Außenlage, Gurtbögen, Gewölbe usw. vermeiden, oder doch wesentlich verringern will, und sein Hindernis besteht, die Last auf Hauptwände oder Pfeiler zu übertragen.

Die Bautechnik ist in der modernen Bautechnik angesehen werden, und es ist klar, dass die Konstruktion auch sehr entwicklungsfähig ist. Man vermag sie überall angewandten, wo man eine Belastung der Außenlage, Gurtbögen, Gewölbe usw. vermeiden, oder doch wesentlich verringern will, und sein Hindernis besteht, die Last auf Hauptwände oder Pfeiler zu übertragen.

Die Bautechnik ist in der modernen Bautechnik angesehen werden, und es ist klar, dass die Konstruktion auch sehr entwicklungsfähig ist. Man vermag sie überall angewandten, wo man eine Belastung der Außenlage, Gurtbögen, Gewölbe usw. vermeiden, oder doch wesentlich verringern will, und sein Hindernis besteht, die Last auf Hauptwände oder Pfeiler zu übertragen.

Die Bautechnik ist in der modernen Bautechnik angesehen werden, und es ist klar, dass die Konstruktion auch sehr entwicklungsfähig ist. Man vermag sie überall angewandten, wo man eine Belastung der Außenlage, Gurtbögen, Gewölbe usw. vermeiden, oder doch wesentlich verringern will, und sein Hindernis besteht, die Last auf Hauptwände oder Pfeiler zu übertragen.

Die Bautechnik ist in der modernen Bautechnik angesehen werden, und es ist klar, dass die Konstruktion auch sehr entwicklungsfähig ist. Man vermag sie überall angewandten, wo man eine Belastung der Außenlage, Gurtbögen, Gewölbe usw. vermeiden, oder doch wesentlich verringern will, und sein Hindernis besteht, die Last auf Hauptwände oder Pfeiler zu übertragen.

Die Bautechnik ist in der modernen Bautechnik angesehen werden, und es

neuer usw. Ihre Forderungen gehen also mit denen der Sozialdemokratie in gleicher Richtung. Aber von diesen Steuern wollen die Gunter nichts wissen, weil sie dann schließlich selbst in den Beutel greifen müssten, und nichts hoffen sie mehr als das. Wie also die Reichsfinanzreform zu stande bringen, wo die Ansichten der Blöckparteien so verschiedenartig sind? Soll die Regierung nun doch das so breit abgeschaffte Zentrum zu Hilfe rufen? Es ist klar, daß das Zentrum, wenn es die Regierung geforderten neuen Verbrauchssteuern mit den Guntern zusammen bewilligen würde. Ob es das aber unter diesen Umständen tun wird, das ist sehr fraglich; jedenfalls würde es seine nicht allzu befreidenden Bedingungen stellen und sich den Verzall der Volksinteressen auf anderen Gebieten gut begegnen lassen.

So ist die gegenwärtige Lage in der inneren Politik. Durch ihre Hintermänner läßt sich die Regierung so unter der Hand nach dem Preise erläutern, den das Zentrum für seine Zustimmung zum nächsten Beutezug auf die Taschen des Volkes fordert und bereitet dadurch die Stimmen für den Wiedereintritt des Zentrums in die Regierungssphäre vor. Zwischenzeitlich ist der Reichstagslager dabei einen leichten Versuch zu machen, die Liberalen für die Steuerpläne der Regierung bereitzubringen. Sowohl das im vorigen Jahre in Nordenreich geschah, als es sich um andere Vorlagen handelte, so auch jetzt wieder. Wie die Blöckpresse zu berichten weiß, ist vom Reichsministerium eine Deckschrift ausgearbeitet worden, die die Grundzüge der Reichsfinanzreform darlegt und eine Begründung der neuen Bedürfnisse des Reiches aufstellt. Diese Deckschrift soll verschiedenen innerhalb der Parteien maßgebenden Parlamentarien zugestellt werden, selbstverständlich streng vertraulich, und soll die Grundlage für die Nordenreicher Konferenzen abgeben, für die die Einführung bereits ergangen sind. Begleitet mit diesen Einführung sind von Bülow natürlich nur die führenden Geister der Blöckparteien, die ja bei dem vorausgegangenen Handelsgesicht zum Reichsvereinigungsbund bereits ihre herztragenden Talente im Volksbetrag erweitert haben. So wird auch diesmal bei dem für das deutsche Volk so eminent wichtigen gesetzgeberischen Werk der Reichsfinanzreform das Parlament vollkommen ausgeschaltet werden. Die kommenden Debatzen im Reichstag werden nichts weiter sein als Blöckwerk, aufgeführt, um den drinnen Michel über die staatsverhindernden Beträgerungen seiner Erwählten hinwegzutäuschen. Die eigentlichen Abmachungen sind vorher schon in Nordenreich bei Wein und Braten getroffen worden. Die von der Deckschrift geforderten neuen Steuern sollen angeblich die Summe von 300 Millionen Mark ausmachen. Diese Summe würde sich aber noch erhöhen, wenn der Ertrag aus den Reichseinnahmen in den übrigen Quartalen in der gleichen Weise nach dem Statist zu rechtfertigen, wie im ersten Quartal des neuen Rechnungsjahrs, wo bekanntlich ein Defizit von 66 Millionen zu verzeichnen ist. So berichtet wenigstens die Blöckpresse. Von dem jetzigen Stand der Reichsfinanzen, selbst abgesehen von dem gegen den Vorantrag für 1908 zu erwartenden 200 Millionendefizit, ist aber gar nicht daran zu denken, daß 300 Mill. neuer Mittel genügen könnten. Wäre diese Zahl richtig, würde dies nur bedeuten, daß die alte Schuldenwirtschaft auch nach der Südostischen Reform flott weitergeführt werden soll. Offenbar wird die niedrige Summe aber nur genannt, um die Eregung im Volke nicht frühzeitig zu entfachen, damit das Nordenreiche Schachergeschäftchen friedlich zu Ende geführt werden kann.

Der Aufschub soll am 15. August beginnen. Nach der "Ameinisch-Westfälischen Zeitung" haben nicht nur Parlamentarier, sondern auch Journalisten Einladungen nach Nordenreich erhalten "zwecks Rücksprache über die bevorstehenden parlamentarischen Arbeiten". Für Bülow schlägt also gleich zwei Fliegen mit einer Klappe: er korrumpiert nicht nur die Abgeordneten, sondern auch gleichzeitig die Blöckpresse — sowohl dies in höherem Maße als bisher überhaupt noch möglich ist.

Es ist zwar etwas führen, aber doch zweifeln wir einstweilen noch daran, daß sich der Freistaat von Bülow einspielen läßt. So, wenn er einen, wenn auch nur parteipolitischen, Vorteil darin sehen könnte, sich zu profilieren, so würden wir seinen Augenblick zweifeln, daß er mit beiden Händen danach greifen würde; aber so ist es doch klar wie ein Sommertag, daß über kurz oder lang das Zentrum wieder im Sattel sitzt, während das Freistaat unter dem schadenroten Geländer der Gunter hinausgeworfen sein wird. Daran ist unseres Erachtens gar nicht zu zweifeln. Also fügt sich der Freistaat, so tut er es ganz umsonst. Er wird aber vielleicht sagen, daß er es tun müsste, um das Zentrum nicht wieder einschließlich werden zu lassen. Das würde seiner bisherigen Haltung entsprechen, von der er erwartete, daß sie auch die Regierung zu Ausgleichsmaßen geneigt machen würde. Diese Tattif hat bisher schon Schiffbruch gelitten, so daß er sie kaum weiter befolgen kann, ohne sich lächerlich zu machen.

**Der Fall Schüding.** In Nr. 18 berührte der "Grundstein" ein Buch, das der Reaktion in der inneren Verwaltung Preußens gewidmet war. Das Buch erschien im Verlage der "Hilfe" und unter dem Pseudonym: Bürgermeister A. v. in B. Der Verfasser ist der Bürgermeister Schüding in Husum, einer schwäbischen Stadt. Dieser Mann hat bei der letzten Reichstagswahl für die freitümige Volkspartei kandidiert; er hat in mehreren Kreisen zum Reichsvereinigungsbund, zur Landtagswahl in Preußen und bei anderen Gelegenheiten offen und aufrecht im Sinne eines ehrlichen Liberalismus das Wort ergriffen und hat dabei selbstverständlich den Krebschädel des heutigen Regierungssystems, die überfüllte Zinserherrschaft auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens, beim rechten Namen nennen müssen. Natürlich könnte der Regierungskörper das nicht unerkannt hingehen lassen; denn ein Bürgermeister, ein Beamter, der der Disziplinärregierung des Preußischen Staates untersteht — darf der überhaupt eine eigene Meinung haben? Wenn schon, so doch nur eine, die sich nicht von der konserватiven Schablone entfernt. Aber eine liberale Meinung, und nun gar eine, die sich von dem landkundigen weitschroffen Liberalismus so unterscheidet, daß Nimmermehr! Und so ging denn die Regierung daran, dem Bürgermeister Schüding den Mund zu stopfen, und zwar durch ein Disziplinarverfahren zum Zwecke der Amis-

entfernung, wie man die trudene Guischtine in Preußen nennt. Die Geschichte ist der Regierung tatsächlich etwas peinlich geworden; denn die Maßregelung eines Bürgermeisters ist doch schon etwas aufstörriger als die Maßregelung eines Lehrers, von der man bald alle Woche hört. Das unangenehmste aber ist, daß es sich um einen Angehörigen der Blöckpartei handelt, um einen Mann, der eigentlich jetzt zu den Söhnen der Regierung gehört, und darum ist es möglich, daß man die Geschichte im Sande verlaufen läßt, um den Staubal nicht zu arg werden zu lassen. Zur Entschuldigung holt sich die herrschende Clique ein paar andere Opfer, deren Abstufung weniger lärm macht. Doch wie der Fall Schüding auch enden mag, ein wichtiger Beitrag zur Zeitschicht bleibt er doch, und es ist darum schön, daß der Bruder des Gewaltkriegers, der Professor Dr. W. Schüding in Marburg, das ganze Aufnahmemaßmaterial in einer kleinen Broschüre herausgegeben hat, die fürstlich im Buchverlag der "Hilfe" erschienen ist. (Siehe unter "Gingegangene Särtten" in dieser Nummer.) Darauf ist die alberne Verfolgungswut des preußischen Systems einmal dokumentarisch belegt worden und man kann die Leute, die sich bei jeder Gelegenheit über unseren "Terrorismus" entrüsten, gut damit zu Hause bringen.

#### Kriegervereine und Arbeiterbewegung.

Unsere Notiz in Nr. 32 des "Grundstein" über dies Thema wird noch durch folgendes ergänzt:

Der Kämpferbund deutscher Landeskriegerverbände hat für seine beiletzte nicht politische Tätigkeit folgende Leistige aufgestellt:

Die Kriegerverbände und Kriegervereine haben, soweit es die Vereinheitlichkeit der Verhältnisse in den einzelnen Bundesstaaten gestattet, die nachstehenden Grundsätze zur Durchführung zu bringen:

1. In den Verbands- und Vereinsversammlungen sind die Kameraden über die Sozialdemokratie aufzuladen und bei geeigneter Gelegenheit an die Verstärkung ihrer Pflicht zur Kämpfung der Sozialdemokratie zu erinnern.

2. Mitglieder der Kriegervereine können nicht gleichzeitig freien Gewerkschaften angehören, solange die sozialdemokratische Organisationen sind oder die sozialdemokratische Partei unterstützen.

3. Die beruflichen Interessen der Kameraden, die Arbeiter sind, sind außerhalb der Verbands- und Vereinsaktivität durch geeignete Kameraden zunächst zu fördern, insbesondere durch solche, die als Arbeitgeber oder Arbeitnehmer oder in anderer Eigenschaft dem gewerblichen und industriellen Leben nahestehen.

Zur Bekämpfung der Sozialdemokratie, die schon immer die Kämpfer der Gewerkschaften, angeblich, weil sie sozialdemokratische Organisationen sind. Sonderlich genau brauchen die Leute es ja nicht zu nehmen. Der Sozialdemokratie hat diese Kampfarbeit der Kriegervereine bisher nicht geschadet. Und das wird auch bei den Gewerkschaften der Fall sein. Wo noch eigenes Denken im Hirn der Kriegervereinler Platz findet, da werden sie um so leichter inne werden, daß für Arbeiter kein Platz in den Kriegervereinen ist.

#### Aus dem Lande des Elends.

Freiheit: Die Arbeitslosigkeit in Russland nimmt immer größere Dimensionen an und droht in Verbindung mit der bevorstehenden Hungersnot in 18 Gouvernements zu einer ernsten Gefahr für das ganze Land zu werden. Fast alle Industriezweige sind von ihr ergänzt, besonders schlimm aber sind die Verhältnisse auf dem flachen Lande; wo dann der Kreis der Bauernwirtschaft, die Zahl der Wanderarbeiter ungeheure Dimensionen, angenommen hat und die Arbeitslosenheide rapid gesunken sind. In den Kreisstädten und auf den Anfangsstationen Südrusslands lagern zahlreiche obdachlose hungrige Arbeiter, alle Städte an der Wolga sind mit Arbeitslosen überfüllt, und täglich treffen neue Trupps hungriger Bauern aus den Dörfern ein. Die Nachfrage nach Arbeitsmännern ist hierbei so gering, daß bloß 10—15 pft. Arbeit finden. Die übrigen ziehen, nachdem alle Mittel erschöpft sind, in entlaufenen Trupps in die Heimat zurück, und ihnen entgegen ergieben sich neue Ströme Arbeitsloser, die von der Not aufgeschreckt, hinzuziehen, um Brot und Arbeit zu finden. Die Gutsbesitzer und Plantagenbesitzer triumphieren: noch niemals war das Angebot an Arbeitsmännern so groß, der Arbeitslohn so niedrig, wie jetzt. In den Kreisen Schertschast und Tschigirin (Gouv. Kiew), wo sich die Ratsfundun von Tschetschen und Graf Dawydow befinden, wird einem erwachsenen Arbeiter pro Tag 25 Kop. und einer Arbeiterin 15 Kop. gezahlt. In den übrigen Kreisen dieses Gouvernements wird durchschnittlich 30—35 Kop. im Gouv. Bododen 20 Kop., im Gouv. Bessarabien 40—45 Kop. bei eigener Bezahlung gezahlt. Noch schlimmer sind die Verhältnisse auf den Gutsarbeitsfeldern im Südwürttemberg, wo die Arbeiter bei 17—18stündiger Arbeitsdauer durchschnittlich 20 Kop. pro Tag erhalten. Diefelben Löhne werden im Kreise Kancosch gezahlt. In den Kreisen Slobodsk und Tschetschen enthalten die Arbeiter bei einer Arbeitsdauer von 18—19 Stunden bei eigener Bezahlung 15 Kop. pro Tag. Im Kreise Tschetschen enthalten Arbeiterinnen auf den Mühlplantagen 10 Kop. pro Tag. Nicht besser sind die Lohnverhältnisse im Gouv. Tschernowitz. Es kommt häufig vor, daß die Arbeiter sich ohne welchen Lohn bloß für Befreiung auf den Gütern oder bei Großbauern verdingen.

Die allgemeine Regel ist, daß die Löhne der Landarbeiter, die in den letzten Jahren dank der Agrarbewegung und den Streiks bedeutend gestiegen waren, in diesem Jahre um 40—60 pft. gesunken sind. Sie sind jetzt niedriger als selbst zu Ende der 90er Jahre (nach der großen Hungersnot, obwohl die Lebensmittelpreise inzwischen um 25—35 pft. gestiegen sind).

Die Aussichten, die sich heraus für die nächste Zukunft ergeben, sind ungemein trübselig. Schon jetzt grässt in den Dörfern und auf den Sammelpunkten der Wanderarbeiter der Hungergriff und Storbut, und wiederum nimmt die Cholera ihren Zug durch das hungrige Russland auf. Von Baku über Astrachan und Saratow kommen Schiffe sie die Wolga hinauf und finden in den von hungrigen Arbeitslosen überfüllten Wolgastädten einen besonders fruchtbaren Boden.

## Maurerbewegung.

### Streiks, Aussperrungen, Massregelungen, Differenzen.

Sperren, über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden fernherin nicht mehr veröffentlicht.

**Zuzug von Maurern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:**

### Deutschland: Maurer:

**Hansastädte:** Lübeck (Sperre über Görner & Heidenreich);

### Schleswig-Holstein:

Rendsburg (Sperre über das Rader Kokswerk, das Stahl- und Walzwerk und die Karlshütte), Quickborn (Streik);

### Mecklenburg:

Güstrow (Sperre über Thielke), Sölze (Sperre über Holdorf), Ahrenshoop a. Fischland (Sperre über Helms);

### Brandenburg:

Wittstock a. d. D. (Streik), Neu-Buch (Sperre über Ehrlach), Königs-Wusterhausen (Sperre über den Schulbau, in Zernsdorf), Fürstenwalde (Sperre über Päteil), Potsdam (Sperre über Heilig, Ecke Wilhelmplatz);

### Ost- und Westpreußen:

Hammerstein (Sperre über Kofahl und Karge), Osterode (Sperre über Tessmanns Mohrungen), Rastenburg (Differenzen), Pr. Stargard (Differenzen);

### Schlesien:

Märzendorf (Sperre über Scheunel in Grebelwitz), Festenberg (Sperre über Steinbach aus Stelzig), Hundsfeld - Rosenthal (Sperre über Vetter aus Weide);

### Königr. Sachsen:

Leipzig (es sind gesperrt: Marien & Kunze, Bahnhofsgebäude, Berndt & Söhne, Berlinerstrasse, in L. Möckern K. Edlich, Hühnerbeinerstrasse), Leutgärt (Sperre über die Eisengießerei E. Becker & Co.), Kautzkleeberg (Sperre über David Ludley und L. Loos), Saupersdorf bei Zwickau (Sperre über Berger aus Schönheide), Mülsen (Sperre über F. Döhn in St. Niklas und Emil Meier in Ortmannsdorf);

### Provinz Sachsen und Anhalt:

Cracau b. Magdeburg (Sperre über Weingart), Stassfurt (Streik), Kauschberg (Sperre über Bautzmann aus Lützen);

### Thüringen:

Arnstadt (Sperre über Gressler), Ronneburg (Sperre über Kretschmar);

### Hannover, Braunschweig, Oldenburg und Lippe:

Misburg (Sperre über die Zementfabrik "Germania"), Munster, Westerstede u. Umgegend (Differenzen), Visselhövede (Differenzen), Nordenham (Sperre über die Bauten der Metallwerk - Aktiengesellschaft), Schöningen - Glessmarode (Sperre über Telge), Grusendorf (Sperre über Thiele aus Lehre), Wittingen (Differenzen);

### Hessen:

Bintel (Sperre über Ackermann in Oberkirchen);

### Westfalen und Rheinland:

Erbelried-Barmen (Sperre über den Unternehmer Wipperfürth aus Gerresheim und über die Arbeiter der Firma Dieder & Co. aus Stettin an der Gasanlage), Düsseldorf-Benrath (Sperre über Zensen), Kaiserswerth (Sperre über die Bauten der Diakonissenanstalt), Castrop (Sperre über Vellener);

### Baden-Pfalz, Elsass-Lothringen:

Karlsruhe (Sperre über Maag), Lahr (Sperre über Reinhard), Hassloch (Sperre über Steidel), Mülhausen (Sperre über Trapp, Entwässerungskanal);

### Bayern:

Fährkirchen (Sperre über Sterzer), Bayreuth (Sperre über Hoffmann, Realschule);

### Fliesenleger:

Kiel (Differenzen).

### Isolierer und Steinholzleger:

Celle (Streik bei der Firma Haacke & Co., auch bei deren Filialen in Berlin und Hamburg), Mannheim-Ludwigshafen (Sperre über die Mannheimer Isolierwerke und die Korksteinfabrik).

### Schweiz:

Olten (Streik), Bern (Differenzen);

### Oesterreich:

Hammern, Kladno, Kralupy, Ledec a. S., Triesch.

### Gau Köln.

Vom Zweigverein Barmen-Elberfeld wird berichtet: In Barmen-Elberfeld mußte am 28. Juli der Unternehmer Wipperfürth aus Gerresheim geherrschen, weil er den dort geltenden Arbeitsvertrag nicht anerkennen wollte. Es mußten 10½ Stunden gearbeitet werden, statt 9; bezahlt wollte er nach Leistung. Die sieben Maurer und sieben Hülfearbeiter aus Barmen und Elberfeld wurden entlassen, weil die Firma glaubte, es würden sich Unorganisierte melden, was aber bis heute nicht geschah. Nur blieben der Firma zwei Handlanger aus Gerresheim treu, dazu wurden dann noch zwei Handlanger aus Gerresheim als Maurer verhendet und zwar an Staatsseilbahnbauten. Es war bisher leider nicht möglich, die Gerresheimer Arbeitswilligen von der Arbeitszuhalten.

### Gau Danzig.

Trotz des Tariffs, der in Döferode 1. Oktbr. besteht, kam es dort am 23. Juli beim Unternehmer Podoll zur Arbeitsniederlegung. Dieser Herr hat Arbeitnehmer von der Stadt erhalten, die er in Tageslohn ausführen lässt. Er war der billigste und glaubte sich seinen vollen „Meistergrößen“ dadurch zu erhalten, da er einfach den Gestellen weniger Lohn gab. Der Tariflohn beträgt 44,- die Stunde, 56,- s. belam der Unternehmer von der Stadt und 40,- s. zahlte er dem größten Teil der Mauerer. Unterhandlungen mit Vertretern des Verbandes wies dieser Podoll fürscherhand mit dem Bemerten zurück, daß er mit dem Verbande nichts zu tun habe. Wir hatten aber mit ihm zu tun, was er darauf gleich merken sollte. Sämtliche Kollegen legten sofort die Arbeit nieder und verlangten der Tariflohn. Nun sollte die Polizei helfen. Doch die war für Herrn Podolls Hülfsleuten diesmal nicht empfänglich. Nur ein paar alte Weiber leiteten ihm die erwünschte Hülfe und schimpften auf der Straße hinter uns her über die Ungehoblichkeit und Unbarmherzigkeit der Mauerer. Das mußte Herrn Podoll auch nichts. Die Kollegen blieben fest, und so sah er: sich genötigt den verlangten Lohn, und eingeschüchtert sogar noch mehr, zu zahlen. Seinen Lieblingsgedanken, einen Mauerer fallen Blutes abzuschlagen, konnte er diesmal auch nicht zur Ausführung bringen. Schade darum; wir wären gerne dabei gewesen.

bringen. Schade darum; wir waren gern dabei gewesen.  
Die Lohnforderung der Kollegen in Pr. Starogard ist durch einen Vertragsschluß erledigt worden. Es wurde ein Vertrag bis zum 31. März 1910 abgeschlossen. Der Lohn, der bisher 40  $\text{z}$  betrug, erhöht sich sofort um 1  $\text{z}$  und beträgt vom 1. April 1909 an 42  $\text{z}$ . Das Landgeld wurde von 8 auf 5  $\text{z}$  erhöht und ist statt 5 km vom Mittelpunkt der Stadt, von 3 km an zu zahlen. Bei Landarbeitern, bei denen kein Unterflurraum zu beschaffen ist, muss den Arbeitern das Fahrgeld täglich erlassen werden. Wenn diese Erfolge nun auch nicht zufriedenstellend sind, so war doch unter den gegebenen Verhältnissen nicht mehr zu erreichen, um so weniger, als die Krise in nie gesehnter Stärke auf die Bauarbeiterfamilie in bisheriger Gegend lastet. Gegen fünf Stimmen stimmten die Kollegen in der Versammlung am 2. August diesen Abmachungen zu. Ihre Sache ist es nun, freu' der Organisation zu halten und für die Durchführung des Vertrages zu wirken.

## Gau Dortmund.

Aus Herne wird uns berichtet, daß über den Unternehmern Bellener in Castrop die Sperrre verhängt worden ist. Es gehört dem Unternehmerverband an und glaubt, den Tarif nicht anerkennen zu brauchen.

Die Differenzen mit dem Unternehmer M i h s e l e r in Buer sind geschlichtet. M. hat sich verpflichtet, den Tarif anzurechnend sämtliche Arbeiter, die vor der Sperrre bei ihm beschäftigt waren, wieder einzustellen.

## Gau-Hannover

Aus Vorauscheig wird uns geschrieben: Wie es scheint, sollen wir hier aus Differenzen mit Mitgliedern des Unternehmerverbandes gar nicht herauskommen. Der Maurermeister Telge aus Schapen, der schon einmal gesperrt werden mußte, führte einen Neubau an dem Schönlinger Bahnhof in Gleism ar do auf und zahlt 38,- Stundenlohn. Der dort übliche und von Braunschweiger Unternehmen gezahlte Lohn beträgt aber 55,-. Die Firma Manté, die mit aufgefordert war, ihr Angebot zu dem Bau abzugeben, konnte mit Telge nicht konkurrieren. Hier hätte der Arbeitgeberverband die Pflicht, den Telge unter allen Umständen anzuhalten, den üblichen Lohn zu zahlen, der er ja dadurch nur seine Bequemlichkeit zur Durchführung brächte. Ein in der letzten Generalversammlung des Arbeitgeberverbandes gefaschter Beschuß, auf diesen Fall sicher zutreffend, lautet: „Eines Mitglied eines dem Landesverbande angehörigen Arbeitgeberverbandes ist verpflichtet, die Ausführung von Arbeiten im Gebiete eines anderen Arbeitgeberverbandes bis möglichst der dort angewohnenden Leute bis von jenem Verbande festgesetzten Lohn und Arbeitsbedingungen einzuhalten.“ Hieran lehnt sich Herr Telge nicht, sondern er erläuterte den Maurern: „Ich kann und will nicht mehr zahlen.“ Die Bauteile des Telge sind deshalb gesperrt. Ein anderer Fall: Maurermeister Thiele aus Dehne, Mitglied des Arbeitgeberverbandes, der schon bei einer Lohnbewegung vor zwei Jahren seine schadensersatzhaften Sätze beklagte, hat diese auch jetzt wieder zum Ausland gebracht. Herr Thiele führt Koloniehäuser in Gründorf aus. Er ist bei jedem Hause (1. Etage und Echter) um 1200 billiger als die Konkurrenz. Eine Bauteilekontrolle hat ergeben, daß bei den Bauten keine Baubüde vorhanden war und daß auch keine Unfallberichtigungsschriften ausgehängt und durchgeführt werden. Auch wird die tarifmäßige Arbeitszeit nicht imgehalten. Thiele läßt dort elf Stunden arbeiten. Den Lohn für die elfte Stunde zieht er aber den Leuten ab, um angeblich davon Logisgeld zu bezahlen. Stattdessen, nun nach Bauteilekontrolle Ordnung zu schaffen, griff Thiele zur Massregelung der organisierten Arbeiter. Die Maurer wurden der Kleidung nach gefragt, wie im Verbande wäre. Trocken noch feiner den Hut gehabt hatte, sich zu beschweren, wurden zwei jüngere Kollegen von den jüng. dort arbeitenden Jörgen entlassen. Auch über diese Werftstelle ist die Strete herbeigefat.

Hoffentlich machen endlich die übrigen Kollegen von Lehre und auf und schließen sich dem Verbande an. Aus diesen beiden fassen man ersehen, daß es den Mitgliedern des Arbeitgeberverbandes nicht ernst ist, ihren statutarischen Bestimmungen zu entsagen. Der Abfall ist an § 2 über Zweck des Verbandes lautet: „Die Herbeiführung und Aufrechterhaltung beruflicher Verhältnisse zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern.“ Abfall b lautet: „Die gerechte Bewestigung der Arbeitsschönheit, je nach den örtlichen und zeitlichen Verhältnissen.“ Ein Unternehmer in Grünendorf zahlt 50,- die Stunde, Herr Dögegen zahlt 33,- 50,- 50,- Stundenlohn ist nicht zu viel bei den leuren Lebensarbeiter, sie fiebern in der Höhe herzlos. Wenn es heißt, die Arbeitnehmer zu terrorisieren, sind die Herren Baugewaltigen einig und wollen ihren Führern durch dick und dünn. Sobald aber die Arbeitgeber berechtigte Wünsche haben, dann pfeifen die Herren Unternehmer auf ihre eigenen Verhältnisse und ihren eigenen Verstand.

Aus Minden wird uns berichtet, daß der Unternehmer  
demann in Oberkirchen (Bohnbecker Rinteln-Hessisch

## Um zur Zeichnung Gau München.

Oldendorf-Oberkirchen nicht den tarifmäßigen Lohn zahlt. Über seine Bauten mußte die Spree verhängt werden, nachdem die im Beitrage vorgehegenen Instanzen vergeblich versucht hatten, Ateman zur Innehaltung des Tarifs zu bewegen.

In Treffung führt gegenwärtig ein Landsäuer Meisternamens Steinberger einen Neubau auf. Völklich kam er ihm in den Sinn, den bisher bezahlten Lohn um 4 - 5 pr. Stunde herabzuführen. Dies lieken sich die Kollegen natürlich nicht gefallen; auch bei den Bauhülfswerbeitern bestanden Differenzen. Nach dreitägiger Sperrteilung es zur Unterhandlung mit dem Gardeoffizieren Hartl. Herr Steinberger musste sämtliche Forderungen der Maurer und Bauhülfswerbeiter befriedigen.

## Gau Mainheim.

Über die Vertragsverhandlungen in Ober-Baden wird uns aus Freiburg i. Br. geschrieben:

Die diesjährige Tarifbewegung geht allmählich ihren Enden entgegen. Nur noch einige Reste von Widerstrebungen sind zu beseitigen. Zu diesen Resten gehören auch Freiburg und Lörrach im oberbadischen Kreis. Die Urteile, weshalb in beiden Orten trotz zahlreicher Verhandlungen bisher ein Abschluß des Vertrages nicht ermöglicht war, liegen lediglich bei den Unternehmern. Wenn man mit den Eigenschaften und Gewohnheiten zahlreicher oberbadischer Bauunternehmer vertraut ist, wenn man ferner den diesjährigen Stand der Arbeitsgelegenheit, besonders in Freiburg, kennt, so findet man allerdings eine Erklärung für das Verhalten der Unternehmervororganisation. Nirgends dürfte eine solche an Hochfähigkeit grenzende Behandlung der Gewerkschaften vorhanden, nirgends eine ähnliche bis zur Dächerdecke geöffnete Haarspalterei zu finden sein. Doch was man erneut, wird man fäen, und wenn die Herren einmal das ersten müßen, was sie da gefaßt haben, so werden sie sicher keine allzu große Freude an den Früchten erleben. Obwohl die Freiburger Innung, nach eigener Mitteilung, mußte, daß sie mit dem Gesellenauschuß einen Vertrag nicht abschließen konnte, hat sie diesem Mitte Dezember des vorigen Jahres doch das berühmte Berliner Vertragsmuster mit dem Erfuchen zugehen lassen, der Altgesetzgeber möchte es der Leitung des Zentralverbandes der Maurer überreichen. Die Innung bewußte dabei, daß sie die diesjährigen

Die Innung bemerkte dabei, daß sie von dieser Stelle Nachricht erwarte. Also nicht geradeaus, sondern hintersherum, auf einem Umwege, glaubte die Innung mit der Organisation, der Arbeiter in Verbindung treten zu müssen. Wie sich die Herren einen Vertragsschluß unter solchen Umständen gedacht haben, ist die Geheimnis. Sie sagten ancheinend nicht, daß es die Selbststättung der Organisationsleitung der Maurer verbiete, eine derartige Summung zu erfüllen. Für denfeine Menschen ist klar: die Innung war bei diesem Vorgehen zweifellos schlecht beraten; und man darf der Verfassung eines Innungsmitgliedes gern glauben, doch der Vorstehende für solche Sachen nie Zeit habe. Erst am 2. April dieses Jahres, also nach dem Abschluß der ersten Berliner Verhandlungen, bekam sich die Freiburger Innung darauf, daß sie Mitglied des deutschen Arbeitgeberbundes für das Bauwesen ist und demzufolge auch offiziell mit der Leitung des Maurerhandwerks in Verbindung treten muß, wenn ein Vertrag zu stande kommen soll. Am 15. April fanden die ersten Verhandlungen statt. Aber o Graus! Da hatten sich neue Schwierigkeiten aufgeworfen. Die Vertreter der Arbeiterorganisationen stellten die Frage in den Vordegrund, ob die Freiburger Unternehmer überhaupt vertragsfähig sind bzw. seien wollen. Berechtigten Anlaß zu dieser Frage boten die jahrelang geübten Vertragsberlebungen, während der Vertragsdauer, 1905 bis 1908. Die Ausflussung oder Mahrgelung der organisierten Arbeiter, Maurer wie Schreinärbeiter, war gang und gäbe. Besonders aber in der Lohnfrage trat klar an Tage, daß sich die Unternehmer sehr wenig an die vertraglichen Bestimmungen halten wollten. Nicht genug damit, daß eine Reihe von Innungsmitgliedern mit den bei ihnen eintretenden Arbeitern häufig weit geringere als die vertraglichen Löhne durch Sonderabmachungen vereinbarte, sondern auch der Vorstehende des badischen Landesverbandes, Heppeler, hielt ein derartiges Vorgehen für völlig in der Ordnung. Hieraus ist klar ersichtlich, wie weit man das Vertrauen hinfällig einer gerechten Überwachung der Verträge auf die Spitzen der Unternehmerorganisation ausdehnen kann und darf. Zu berücksichtigen ist in diesem Falle allerdings der zur Zeit außerordentlich minimale Einfluß des Landesvorstandes in der Innung. Man darf bei dieser Gelegenheit der Innung wohl den Rat seines, ja wünsche bei Frey, daß sie

wohl den Rat geben, die möge bei ihren Zusammenkünften zeitweilig Wörtergegnungen über die Auslegung der vertraglichen Bestimmungen sowie über die moralischen Pflichten, die den einzelnen Vertragskontrahenten aus dem Vertrage erwachsen. Sobiel sollte auch die Freiburger Innung nachgerade wissen, daß die früher geübten, vielgepreisenen Diktatur- und Willkürrechte in die heutige Zeit nicht mehr hineinpassen. Man kann den Herren nachsöhnen, wie schwer es ihnen fällt, sich von jenen Zuständen zu trennen, wenn man den wehmütigen Ruf des Herrn Hoppler am Schluß einer Verhandlung höre. — Stütz um Stütz wird uns allmählich entrißen! — Ja, Herr Hoppler, so ist es und wir geloben, dafür zu sorgen, daß sich dieser Prozeß befeinstigt. Wir wollen nicht mehr das frühere unterbürgere Geduldefein, sondern ein neues, tieferes, auf Gerechtigkeit beruhendes Vertrauen herbeiführen. Und wenn die Herren die Ausflößer in diesem Sinne als Verfehlung bezeichnen, so darf wohl mit Aug und Recht die Gegenfrage gestellt werden: Glauben die Unternehmer, es sei keine Vertragsverletzung, wenn, wie das in Freiburg üblich ist, der Maurer- und Bauhülfearbeiter für unvermeidliche Schädigungen an Bau- stoffen, Maschinen, Werkzeugen usw. ganz namhafte Verträge von dem fargen Arbeitslohn abgezogen werden? Ist es keine Verletzung des Vertrages, wenn auf das schamlose Treiben einiger dem Gewerbe fernstehender Denianer hinbroken, ehrlichen Arbeitern monatelang unter allerlei leeren Ausreden Beschäftigung vorerhalten wird? Ist es ferner keine Verletzung, wenn entgegen den vertraglichen Bestimmungen Sonderabmachungen über die Lohnhöhe getroffen werden? Wenn, wie es neulich geschrieben ist, unter Ausnutzung der schlechten Arbeitsauslo-

heit die Arbeiter vor ihrer Einstellung auf dem Baubureau unterschreiben müssen, daß sie statt 50 nur 47, 46, 45 und noch weniger Stundenlohn erhalten? Wirkt es nicht gerade abstoßend, wenn Maurer, die vorher anderthalb 53 3 Stundenlohn erhalten haben Freiburger Anwälte

so zu Innungen erhalten von freiburger Innungsmitgliedern mit 40 % entloht werden und der Organisationsleitungen auf den diesbezüglichen Vorhalt brüsst er lästig wird, man möge beim Gewerbegericht klagen? Es bedarf mehrfach starker weiteren Beweise mehr für die verhörende und verleidende Tätigkeit der freiburger Bauunternehmer. Dennoch sei ich darüber verwiesen, wie abhängend die Verhandlungen selbst wirken müssten. Jedes dritte Wort der Unternehmer war: Die Innung hat so oder so beschlossen, davon können wir nicht abweichen. Das war kein Verhandeln, sondern ein einfaches Diktieren. Zwischen durch mußte man mehrfach bemerken, daß der Verhandlungsleiter, Herr Heppeler, gar nicht über die Beschlüsse und die Absichten der Innung informiert war. Ein Beweis dafür, daß er als Mitglied an den diesbezüglichen Entscheidungen der Innung gar nicht teilnahm, obwohl er doppelt interessiert war. Zur Stärkung seines Einflusses und zur Förderung der Verhandlungen trug das nicht bei. Bei der Frage nach Bildung eines lokalen Schiedsgerichts beliebten die Herren eine Praxis, die zum Schluß die Arbeiterorganisationen herausforderte. Bei der Verhandlung am 13. Mai hatte Herr Heppeler den Auftrag übernommen, zwecks Bildung eines gemeinsamen Schiedsgerichts für Freiburg und Lahr eine Verhandlung zwischen den beiden Innungen herbeizuführen. Bis Anfang Juli war es Herrn Heppeler noch nicht eingefallen, der Leitung der Arbeiterorganisationen Mitteilung zu machen, ob und wie er seinen Auftrag ausgeführt habe. Ob in dieser Richtung überhaupt etwas unternommen wurde, Dennoch ging Herr Heppeler am 26. Juni dieses Jahres nach Berlin zur nochmaligen Verhandlung, um sich wiederholt sagen zu lassen, daß die örtlichen Differenzen durch ein örtliches Schiedsgericht beigelegt werden müssten. Er brachte dabei die Ausrede, die Meinungsverschiedenheit bezüglich der Lohnfrage habe ihn zu diesem Vorbergen veranlaßt. Demgegenüber ist festzustellen, daß von den Arbeitervorstattern in der Verhandlung am 13. Mai ausdrücklich erläutert wurde, die übrigen Differenzenpunkte seien bis zum Eintreffen der Antwort des Unterbarthreiten über die Lohnfrage sehr wohl durch ein örtliches Schiedsgericht zu Ende geführt werden. Gines solchen Treibens müde, flüchtete die Arbeiterschaft in die Offenlichkeit. Eine impfante öffentliche Verhandlung am 5. Juli sollte beitragen festzustellen, inwieweit man der Arbeiterschaft in Absicht und Form gerecht geworden war und erhob scharfen Protest gegen ein derartiges Gebaren. Am folgenden Tage (wohl unter dem Eindruck der Verhandlung) schloß die Innung mit, daß der Gewerbegerichtsvertretende, Dr. Thoma, als Vorsitzender des lokalen Schiedsgerichts ausgesetzt werde, sondern daß sie den Bürgermeister Dr. Niedel oder den Hofbauhauptmeister Bea, Landwirtschaftsraudient und badisches Herrenhausmitglied, in Vorlage bringe. Die Organisationsleitung antwortete der Innung auftragsgemäß, daß für die Arbeiterschaft keinerlei Veranlassung vorliege, von dem Vorschlag bestreitet den Bürgermeister Dr. Thoma, abzugehen. Die Innung dagegen beharrte auf ihrem Vorlage. Damit war die Sache erneut auf das tote Geleis gefahren. Auf eine Anregung des Gauwartandes der Mauren in Mannheim erklärte Herr Heppeler sich zu neuen Verhandlungen ohne Schiedsgericht bereit. Am 29. Juli fanden denn auch solche statt. Interessant waren diese, insoweit, als dort eine Art Rekabericht über den Verhandlungen der erheblichen Versammlung abgehalten werden sollte. Die Herren Innungsmänner fühlten sich durch das Vorgehen der Arbeiterschaft beleidigt und in der Offenlichkeit herabgesetzt, sie verlangten eine diesbezügliche Erklärung. Die Erklärung wurde den Herren zu teils, allerdings nicht in dem gewünschten Sinne: Von den Unternehmern wurde gestanden, daß Herr Heppeler in formeller Hinsicht schuldig zu sprechen sei. Dennoch konnte sich der Herr zu seiner Auflösung ausschwingen, daß der Bildungsgrad der Unternehmer es ihnen verbiete, auf die erfolgte Erklärung zu antworten. Ob Herr Heppeler nach vorstehender Darstellung zu diesem Auspruch berechtigt war, überlassen wir vor dem Urteil anderer. Außerdem erläutern wir uns bei gern bereit, bei passender Gelegenheit der Offenlichkeit einige Proben von dem Bildungsgrad einer Anzahl freiburger Bauunternehmer zu geben und hoffen, Herrn Heppeler damit einen Gefallen zu erweisen. Auf der anderen Seite ist die Behauptung kein Wagnis, daß die, wie Herr Heppeler mit seiner Auflösung treffen wollte, ihn und seinen Vorstandskollegen an Bildung mehrfach nicht nachstehen. Zum Beweise dafür sofort eine kleine Strophe: Es war Ihnen doch wohl bekannt, Herr Heppeler, daß am 1. August dieses Jahres, vormittags 9 Uhr, in Ihrer Weise Vertragserhandlungen stattfinden sollten? Sie sollen Ihre Teilnahme zugesichert haben, können Sie es mit Ihrem Bildungsgrad vereinbaren, daß Sie zu den angegangenen Verhandlungen einfach nicht erscheinen? Sie ist mehrfach nicht böse, daß man die Klaus- und Beurkstleiter der Arbeiterorganisationen zu der bestimmten Zeit in Lahr waren läßt und nicht einmal eine Entschuldigung für das Fehlen verfügt. Was würden Sie, Herr Heppeler, wohl sagen, wenn die ungebildeten Arbeitervorstatter derart verfahren würden? Was würden Sie ferner sagen, wenn man Sie logischerweise fragt, ob die dort entstandenen Unstufen haftbar machen würde? Darauf abgesehen davon, daß durch Ihre Verhülfen die Sache auch in Lahr nochmals verschärft worden ist. Sie wissen also, Herr Heppeler, welche Ausfälle soll man nicht machen, denn bei der ersten Gelegenheit kann man leicht selbst unter die Räder kommen. Sagt man die ganze Darstellung zusammen, so muß jeder gerechtfertigende Mensch zu der Auffassung kommen, daß nicht die Arbeiterorganisationen, sondern deren Leiter daran schuld sind, daß der Tarifvertrag in diesem Landesteil nicht rechtzeitig abgeschlossen wurde, sondern daß die Unternehmer, vornehmlich ihre Spitze, einzahlt und allein die Schuld tragen. Es steht ferner fest, daß die Tätigkeit der Organisationsleiter die Arbeiterschaft keineswegs versteht, sondern daß die Unternehmer durch ihre Maßnahmen und Verhälften eine Verhinderung herbeiführen, die sich mitunter, aus leidenschaftlichen Erregung steigern muß. Es kann aber auch noch daran gedacht werden, daß die Unternehmer, aus demselben Grund, die Arbeiterschaft in die Verhandlungen einzuladen, nicht gewollt haben, sondern daß sie aus einer gewissen Angst davor, daß die Arbeiterschaft die Verhandlungen zu einem Erfolg bringen könnte, auf die Verhandlungen verzichtet haben.

bestehen, daß die diesmalige Tarifbewegung den Arbeiterorganisationen beginnt, den Bauarbeitern allerorts unermüdliche Dienste geleistet hat. Für die Maurer und Bauhilfsarbeiter des oberbadischen Bezirkes sind das deutliche Zeugnis, wohin sie gehören. Ihre einzige Sorge muß die Ausbreitung der Organisation sein, damit bei der künftigen Abrechnung die Bilanz nicht zu Ungunsten der Arbeiterschaft ausfällt.

### Gau Nürnberg.

Die Unternehmer in **Schwabach** haben doch noch einmal versucht, Schwierigkeiten zu machen. Sie widen von ihrem früheren Angebot, 44 1/2 Stundenlohn beziehen zu wollen, ab und bieten 35 bis 37 1/2, worauf die Kollegen natürlich nicht eingehen konnten. Es kam zu sehr heftigen Ausschreitungen, wobei den Unternehmern durch ihre früheren uns gerichteten Schreiben nachgewiesen wurde, daß sie im Untergang sind. In dieser Aufführung ging man nach dreitägiger Unterhandlung auseinander. Vorher jedoch aus noch neuen Sperrern verhangt würden, hielten die Unternehmer am gleichen Tage nochmals eine Versammlung ab und beschlossen, den Schiedsspruch in vollem Umfang anzuerkennen. Am 4. August wurde der Vertrag abgeschlossen, der für Maurer und Tüncher ist 46 1/2 und für 1909 48 1/2, für Zimmerer 44 bezw. 46 1/2 und für Hüttsarbeiter 35 bezw. 37 1/2 Stundenlohn vorstellt. Alles deutlich der Überarbeitung u. dergl. wurden Verbesserungen erreicht. Nun ist die seit sieben Monaten andauernde Lohnbewegung zu Ende.

### Fiesenleger.

**Tarifbund der Arbeitgeber in Kiel.** Obwohl die vereinigten Firmen der Plattenfertigung in Kiel mit der Sektion der Fiesenleger einen Tarifvertrag abgeschlossen haben, glauben die Herren Arbeitgeber doch, nachdem sie sich dem Arbeitgeberverband angeschlossen haben, die Löhne einfach nach ihrem Belieben ändern zu können. Der alte Tarif hat noch bis zum nächsten Jahre Gültigkeit; aber in der letzten Woche des Monats Juli teilten die Zulieferer der Plattenfertigung den Zweigverein vorstand mit, daß vom 1. August an nur noch nach dem Hamburger Tarif gearbeitet werde. Der Hamburger Tarif ist gegenüber dem Kieler für die Arbeiter viel ungünstiger. Eine solche tariffeindliche Handlung werden sich die Plattenfertiger in Kiel nicht gefallen lassen. Bei den Firmen **Jasperson**, **Pippow** & **Greve** ist es diesjärfas schon zur Arbeitseinstellung gekommen. Beide Firmen sind gepackt. Der Zugang von Fiesenleger nach Kiel ist streng fernzuhalten.

Zu Kiel haben die Unternehmer im Plattengewerbe angekündigt, daß sie ein Tarifpreis reduzieren wollen. Es besteht dort zwar kein Kollektivtarif, aber jeder einzelne Unternehmer hat sich förmlich gebunden, die geltenden Arbeitsbedingungen bis zum Schluß dieses Jahres anzuerkennen. Nun ist es den Herren Platters plötzlich eingefallen, daß es für angemessen sein könnte, wenn sie ihrer Verbündlichkeit gegen die Gesellen losstehen. Die Kollegen sind damit natürlich keineswegs einverstanden. Die Firmen **Jasperson** und **Pippow** & **Greve** sind schon gepackt.

Berichten der Tagespresse entnehmen wir, daß die Fiesenleger in **Rheinland-Westfalen**, auf Grund eines Tarifvertrages die Arbeit wieder aufgenommen haben. Die Parteien einigten sich unter dem Vorstoss des Beigeordneten Rehorst in Köln nach feierbaren Verhandlungen. Nach dem Vertrag sind die Tarifpreise in einigen Orten, besonders dort, wo sie am niedrigsten standen, erhöht worden. Dagegen haben die höchsten Preise in Eberfeld-Barmen eine Kürzung erfahren. Der Vertrag erstreckt sich über fast ganz Rheinland und Westfalen.

### Isolierer und Steinholzleger.

**Celle.** Der Streit der Isolierer bei der Firma **Haade & Co.** in Celle dauert unverändert fort. Bis heute hat sich die Firma noch nicht bereit erklärt, mit dem Celler Ortsverein vorstand zu verhandeln. Wohl hat sie durch ihre Sitzung Berlin versucht, die Celler Kollegen handfeste zu machen, indem sie ihnen den Vertrag unterbreitete, den Lohntarif bis Weihnachten zurückzustellen und die Kollegen "nach Bedarf", mit Ausnahme der drei gemahrgelten und einiger anderer, wieder einzustellen. Ein solches Anstellen wurde natürlich von den Celler Kollegen entrichtet zurückgewiesen, die Firma müßte sich zu Unterhandlungen mit der Gewerkschaft resp. der Lohnkommision vernehmen, drittens wäre nach Weihnachten eine Erreichung beider Lohn- und Arbeitsbedingungen sehr fraglich. Wie nötig die Firma Leute braucht, geht daraus hervor, daß sie einem Kollegen drohte, seinen auf der gleichen Fabrik beschäftigten 65 Jahre alten Vater (1) auf das Straßenpflaster zu legen, wenn er (der Sohn) nicht am Montag fährt. Hier steht man das berühmte "warne Herz" der Westfälischen Überlebenskampf. Der junge Arbeiter ist bereits abgereist. Warten wir ab, ob die Firma ihre Drohung ausfüllt. Zweit hat die Firma ziemlich jedem Kollegen folgenden Brief geschickt:

"Es ist uns zu Ohren gekommen, daß an einige bei uns arbeitende Monture vollständig unverhohlene Behauptungen gefaßt worden sind in bezug auf die Anzahl der Monture, die noch für uns arbeiten. Es arbeiten die Mebheit, noch 40 Mann, draußen für uns, gegen welche das Häuslein derer, die nicht arbeiten, sehr klein ist. Täglich melden sich bei uns gute auswärtige Isolierer, die gern Stellung bei uns haben wollen, weil sie wissen, daß sie bei uns viel regelmäßiger Arbeit haben würden, als sie in ihrer gegenwärtigen Stellungen haben. Eine ganze Anzahl von denen, die bei uns ausgeschlossen haben, wollen wir nicht wieder beschäftigen aus verschiedenen Gründen, aber denen, die unserer Ansicht nur aus Unkenntnis sich haben bewegen lassen, mitzunehmen, wollen wir nochmals Gelegenheit geben, wieder anzufangen. Wir können natürlich nicht sämtliche sofort wieder einstellen, weil wir durch den Streit eine Menge Aufträge haben fahren lassen müssen. Dicenigen aber, welche arbeiten wollen, mögen sich innerhalb der nächsten drei Tage bei uns im Kontor melden, und wollen wir versuchen, dieselben nach und nach, so rasch wir es können, wieder einzustellen."

Aus alledem ist nur soviel mit Sicherheit zu erkennen, daß es der Firma darauf ankommt, um jeden Preis die Arbeiter einzuleiten und Streikbrecher zu erwerben. Die Arbeiter von Celle und Umgegend lassen sich aber durch

kapitalistische Wirtschaftsfeinde in der stärksten Ausübung ihrer Solidaritätspflicht nicht irreführen.

Leider haben sich die in der Berliner Filiale beschäftigten Holzleger auf Grund obiger Manipulation bereit gefunden, die Arbeit wieder aufzunehmen. Jedoch hoffen die Celler ganz bestimmt auf den Sieg und verharren einmütig auf ihrem Standpunkt.

### Die Bautätigkeit im ersten Halbjahr 1908.

#### Gau Mainz.

**Baden, die Pfalz und Teile der Rheinprovinz und dem Großherzogtum Hessen.**

Wenn wir die Bautätigkeit an der Zahl der beschäftigten Maurer bemessen wollen und zum Vergleich dieselben Orte heranziehen, in denen auch 1905 die Statistik aufgenommen wurde, so stellt sich das Zahlenverhältnis wie folgt: Es wurde im Frühjahr die Arbeitslosigkeit ziemlich groß. Privatbauten waren fast gar nicht vorhanden und die geplanten öffentlichen Bauten waren noch nicht in Angriff genommen. Dies geschah erst Ende Mai, wodurch die Arbeitslosigkeit dann ziemlich verschwand und sogar noch Kollegen von außerhalb Arbeit erhielten. Im Juni verschlechterten sich die Verhältnisse wieder dadurch etwas, daß die Spitalbauten im Rohbau fertig waren und ein großer Teil der Maurer entlassen werden mußte; für diese konnte auf anderen Bauten keine Arbeit beschafft werden. Erst als ein großer Teil norddeutsche Kollegen abreiste, verschwand die entstandene Arbeitslosigkeit. Augenblicklich stand ungefähr 20 1/2 Kollegen arbeitslos.

Folgende Gegenüberstellung möge dieses beweisen.

Es waren Maurer beschäftigt in:

	1905	1908
Baden	273	60
Preußen	149	37
Bruchsal	223	79
Durlach	211	132
Eppingen	109	26
Ettingen	131	96
Freiburg	881	479
Heidelberg	608	408
Karlsruhe	1608	520
Ludwigshafen	213	28
Mainz-Ludwigshafen	1535	1061
Neustadt	125	69
Wörth	658	511
Birkenfeld	161	102
Kastell	211	138
Weinheim	195	186
St. Johann-Saardürk	240	566
Worms	258	139

Aus dieser Gegenüberstellung ist klar ersichtlich, in welcher Weise die Krise im Gau Mainzheim wirkt. Besonders trübe steht es immer noch im Bezirk Karlsruhe ans. In diesem Bezirk waren 1905 zusammen 2978 Maurer beschäftigt und jetzt nur 1235. Schlimm dabei ist, daß mehr als 3000 Maurer im Bezirk anfänglich sind, wovon deshalb über die Hälfte zum Saarderstand greifen mußte. Aufstall ist in der Rückgang in Mainzheim und Ludwigshafen. Nur der angegebene Zahl fehlen die in der Amtshauptstadt beschäftigten. Besonders in Mainzheim herrscht seit zwei Jahren Wohnungsmangel. Die Zahl im November 1907 teuerste Wohnungen betrug nur 1.07 pfl. Die Mietpreise haben deshalb eine fast unerhöhlliche Höhe erreicht. Die Steigerung seit drei Jahren beträgt: für eine Einraumwohnung 12.4 pfl. für eine Zweizimmerwohnung 18.5 pfl. und für eine Dreizimmerwohnung 28.9 pfl. An Bauprojekten fehlt es nicht, und trotzdem ist die gehobene gute Bautätigkeit nicht gekommen. Auch der Saargau bringt diesmal einen starken Rückgang der beschäftigten Maurer. In den Saarstädten selbst (St. Johann-Saarbrücken, Malstatt-Dürkheim) sind jetzt 374 Maurer weniger beschäftigt als 1905. Dasselbe trifft für viele Industrieorte des Saargebiets zu. Eine Ausnahme machen nur St. Ingbert, Böckingen, Neunkirchen und St. Arnold. In diesen Bezirken wird lebhafter als sonst gebaut. In den ländlichen Gebieten liegt jedoch hierüber noch nicht vor, weshalb wir im Jahresbericht darauf zurückkommen werden.

Die vorhandenen Bauten sind auch im Gau Mainzheim zum großen Teil Staats- oder Gemeindearbeiten. Besonders zahlreich sind in Böckingen die Bahnhoftsbauten. Neun Bahnhäuser sind zur Zeit im Bau in Heidelberg, Durlach, Karlsruhe, Offenburg, Böckingen, St. Ingbert. Bei einer Anzahl Orte stehen Bahnhoftsbauten bevor. Auch an Kirchen- und Schulbauten fehlt es nicht.

In Freiburg besteht die Bautätigkeit hauptsächlich aus dem Neubau des Stadttheaters und der Universitäts.

Eine Belebung der Bautätigkeit dürfte 1908 kaum noch zu erwarten sein.

Ein Urteil für das kommende Jahr aufzusprechen, ist heute noch nicht angegangen.

Von **Worms** ist es nicht möglich ein Urteil der dortigen Verwaltung vor, den wir hier folgen lassen. Nach einer im ganzen Verwaltungsgebiet in der ersten Juliwoche aufgenommenen Statistik arbeiteten bei 35 Internenbauten auf 78 Neubauten und 15 Umbauten und Reparaturen 549 Maurer. Von ihnen waren 38 unorganisiert, wovon 18 als "unveröffentlicht" gerechnet werden können. Aus dem Karlsruher Bezirk zählen wir 172 Kollegen. Das Stadium, in der sich die Neubauten befinden, war folgendes: 9 in der Ausgrabung, 4 im Keller, 10 im 1. Stock, 8 im 2. Stock, 6 im 3. Stock, 12 im 4. Stock und 24 teils im Rohbau, teils im Zug fertig. Wir glaubten immer, in diesem Jahre eine bessere Konjunktur zu haben als 1907, wurden aber durch die große Zahl kleinerer Bauten getäuscht. Im Juli 1907 waren in der Stadt Pforzheim allein auf 62 Neubauten 564 Maurer beschäftigt, diesmal nur 485. Bemerkenswert ist noch, daß wir im vergangenen Jahr 188 Italiener zählten und jetzt etwa 40. Wir haben natürlich kein Verlangen davon, wären vielleicht froh, wenn wir die von allen Himmelstrichtungen anstammenden deutschen Kollegen unterbringen könnten. Im zweiten Quartal 1908 wurden an Bauten fertiggestellt: An bewohnbaren Gebäuden (mit 132 neuen Wohnungen): 28 Hauptgebäude, 12 Nebengebäude, 2 Stadtbauten und 7 kleine Veränderungen; an unbewohnbaren Gebäuden: 10 Neubauten und 3 Provisorien. Zum Abschluß gelangten drei Gebäude. Im zweiten Quartal sind 156 Baugelände eingereicht worden; davon sind 91 genehmigt und 20 abgelehnt worden. Wenn wir in Nr. 15 des "Grundstein" sagten, daß auch in der Umgegend fast gebaut wird, so können wir dies heut mit Zahlen belegen.

Allein aus dem 32 Ortschaften umfassenden Amtsbezirk Pforzheim (also ohne Berücksichtigung der drei angrenzenden württembergischen Oberämter) sind im ersten Halbjahr 1908 190 Baugelände eingelaufen. Davon sind 74 Wohnhausneubauten,

hier von wieder 12 mit Scheinen und 116 sonstige größere Bauobjekte, wie Scheinen, Umbauten, Stäle u. a. Von den eingereichten Baugesuchen sind 80 noch nicht genehmigt.

### Gau Straßburg.

(Elsass-Lothringen und Teile der Rheinprovinz.)

Die Bautätigkeit im Gau Straßburg mußte als schlecht bezeichnet werden, wenn nicht eine ganze Reihe von städtischen und staatlichen Bauten ausgeführt würden. Eine Privatbautätigkeit ist fast garnicht vorhanden. In den Hauptzonen des Gaus liegen die Verhältnisse folgendermaßen. Im Straßburg war im Frühjahr die Arbeitslosigkeit ziemlich groß. Privatbauten waren fast gar nicht vorhanden und die geplanten öffentlichen Bauten waren noch nicht in Angriff genommen. Die geschah erst Ende Mai, wodurch die Arbeitslosigkeit dann ziemlich verschwand und sogar noch Kollegen von außerhalb Arbeit erhielten. Im Juni verschlechterten sich die Verhältnisse wieder dadurch etwas, daß die Spitalbauten im Rohbau fertig waren und ein großer Teil der Maurer entlassen werden mußte; für diese konnte auf anderen Bauten keine Arbeit beschafft werden. Erst als ein großer Teil norddeutsche Kollegen abreiste, verschwand die entstandene Arbeitslosigkeit. Augenblicklich stand ungefähr 20 1/2 Kollegen arbeitslos.

Folgende Gegenüberstellung möge dieses beweisen.

Es waren Maurer beschäftigt in:

	1905	1908
Baden	273	60
Preußen	149	37
Bruchsal	223	79
Durlach	211	132
Eppingen	109	26
Ettingen	131	96
Freiburg	881	479
Heidelberg	608	408
Karlsruhe	1608	520
Ludwigshafen	213	28
Mainz-Ludwigshafen	1535	1061
Neustadt	125	69
Wörth	658	511
Birkenfeld	161	102
Kastell	211	138
Weinheim	195	186
St. Johann-Saardürk	240	566
Worms	258	139

Aus dieser Gegenüberstellung ist klar ersichtlich, in welcher Weise die Krise im Frühjahr im Vergleich im Bereich zu früheren Jahren schlecht. Erst in den letzten Wochen ist eine kleine Besserung eingetreten, durch die Zwangsaufnahme einiger städtischer und staatlicher Bauten. Die Privatbautätigkeit steht fast vollständig; es wird aber erwartet, daß im Spätherbst auch hier eine Besserung eintrete. Arbeitslosigkeit ist nicht vorhanden, aber gegen 1907 und 1908 dürfen immerhin 400 bis 500 Maurer weniger beschäftigt sein. Die Hauptzufahrt der schlechten Privatbautätigkeit scheint die Mietkollegen darin, daß die Unternehmer wegen der bevorstehenden Wohnungsnot eine Arbeit künftig aufzuhalten halten. Die Privatbautätigkeit ist nicht vorhanden, aber gegen 1907 und 1908 dürfen immerhin 200 Maurer weniger beschäftigt sein.

In **Wiesbaden** war die Bautätigkeit im Frühjahr im Vergleich zu früheren Jahren schlecht. Erst in den letzten Wochen ist eine kleine Besserung eingetreten, durch die Zwangsaufnahme einiger städtischer und staatlicher Bauten. Die Privatbautätigkeit steht fast vollständig; es wird aber erwartet, daß im Spätherbst auch hier eine Besserung eintrete. Arbeitslosigkeit ist nicht vorhanden, aber gegen 1907 und 1908 dürfen immerhin 400 bis 500 Maurer weniger beschäftigt sein. Die Hauptzufahrt der schlechten Privatbautätigkeit scheint die Mietkollegen darin, daß die Unternehmer wegen der bevorstehenden Wohnungsnot eine Arbeit künftig aufzuhalten halten. Die Privatbautätigkeit steht fast vollständig; es wird aber erwartet, daß im Spätherbst auch hier eine Besserung eintrete. Arbeitslosigkeit ist nicht vorhanden, aber gegen 1907 und 1908 dürfen immerhin 400 bis 500 Maurer weniger beschäftigt sein. Die Hauptzufahrt der schlechten Privatbautätigkeit scheint die Mietkollegen darin, daß die Unternehmer wegen der bevorstehenden Wohnungsnot eine Arbeit künftig aufzuhalten halten. Die Privatbautätigkeit steht fast vollständig; es wird aber erwartet, daß im Spätherbst auch hier eine Besserung eintrete. Arbeitslosigkeit ist nicht vorhanden, aber gegen 1907 und 1908 dürfen immerhin 400 bis 500 Maurer weniger beschäftigt sein.

Schlecht war die Arbeitslosigkeit auch im Wiesbaden. Hier herrschte überall große Arbeitslosigkeit. Wohl sind die deutschen Kollegen so ziemlich in Arbeit, aber Scharen von Italienern suchen freien Arbeit liegend unter. In der größten Stadt, in Düsseldorf, werden drei Arbeiterwohnhäuser, ein Fabrikgebäude und zwei Privatbauten ausgeführt. Außerdem sind am Bahnhof noch 12 bis 15 Maurer beschäftigt; das ist die ganze Bautätigkeit. Im Wiesbaden blüht besonders die Textilindustrie, und hieron wird berichtet, daß in fast allen Fabriken nur fünf Tage in der Woche gearbeitet wird und weitere Einschränkungen bevorstehen.

Von Trier lassen sich nähere Angaben nicht machen, nur soviel steht fest, daß die Bautätigkeit äußerst schlecht ist und daß der größte Teil der dortigen Kollegen außerhalb Arbeit suchen muss.

Wenn die Arbeitslosigkeit in den großen Städten nicht größer wird, obwohl die Bautätigkeit überall ziemlich stark ist, so liegt dies daran, daß in Trier, in den kleinen Orten und Städten größere Staatsbauten ausgeführt werden, wobei viele auswärtige Kollegen, die sonst in den größeren Städten arbeiten, darunter auch viele Italiener, untergebracht sind. In Wiesbaden und Düsseldorf wird eine große Landesrennenstall gebaut, in Schirmeck eine Lungenheilstätte von der Landesversicherung, in Neuburg eine große Kaserne. Dann bieten mehrere Bahngebäude, Brücken u. a. an verschiedenen Orten viele Arbeitsgelegenheiten. Würden, wie gesagt, diese Bauten nicht vorhanden sein, dann würde die Zahl der Arbeitslosen im Gau bedeutend größer sein.

### Gau Stuttgart.

(Württemberg, Hohenzollern und Teile von Baden.)

In diesem überwiegend ländlichen Gau, dem großen Städte und Industrieorte von übertragender Bedeutung fehlen, wie die Wirtschaftslage schon im vorigen Jahre nicht so gut, wie in den anderen Teilen des Reiches. Die Bevölkerungswachstum ist hier nicht so groß, so daß das Bevölkerungswachstum schon schon nicht allzu starklich werden kann. Die Wirtschaftsgebäude sind in den letzten Jahren ziemlich viel erneuert oder vergrößert worden und damit ist den Bedürfnissen jährlich einmal genügt worden. Damit muß sich Schwaben abfinden, denn das Land hat kleine Städte, trägt nicht Berge überwältigend. Aber wie es den Jahren Aufstieg der Konjunktur nicht mithält, so verfügt es auch deren Sinken



**Berichtigung.** In der Schlussabrechnung der Ortsvereine der ehemaligen Freien Vereinigung der Maurer Deutschlands sind zwei Fehler zu berichtigten. Der bei Freienwald vermerkte Betrag am 31. Dezember 1907 von M. 18,35 hätte auch in den Spalten „Summe“ und „Bestand“ stehen müssen, da er in der Gesamtsumme enthalten ist. Bei Schärding muss es in der ersten Spalte nicht M. 372,68, sondern M. 327,68 heißen. Die Gesamtsumme ist richtig.

### Berichte.

(Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Vortragsnachrichten sendet man sofort an die Redaktion des Nach- organs. Nur kurze Mitteilungen können noch Dienstagsmorgen für die laufende Nummer bearbeitet werden.)

**Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß Feststellungen und Adressenveränderungen nur dann für die laufende Nummer verübtigt werden können, wenn sie Dienstags vormittags in unseren Händen sind.**

**Antonienhütte.** Donnerstag, den 30. und Freitag, den 31. Juli, nahmen die Kollegen Menzel und Janach in unserem Zweigverein die Satzung auf. Aus der statutären Erhebung kann man erfahren, daß nicht mal ein Drittel der Kollegen in unserem Zweigvereinsgebiete der Organisation angehört, obgleich die Kollegen Krug und Zimmermann täglich darin agitatorisch tätig waren. Diese beiden Kollegen haben wir Mitglieder gut vieler zu verdanken; durch ihre Bemühungen haben wir eine starke Bahnung von Mitgliedern erhalten. Wir alle freuen uns jetzt über diese Leistung, die diese tapferen Kollegen zu stande brachten. Denn hier im oberhessischen Industriegebiete, wo große Schäke verborgen liegen, hier, wo wir Maurer unser Ziel sicher erlangen könnten, liegt ein schwarzer Schleier vor den Augen der Kollegen. Erwähnen wollen wir auch hier zwei vornehme Unternehmer, den Herrn Jäsch und den Herrn Pfeil, in Hochstetten wohnhaft. Bei dem ersten arbeiten auf zwei Bauten zwei Gesellen, die noch nicht mal den vollen Stundentlohn erhalten, aber eine Masse Lebhaber um sich haben, die noch im dritten Lebhaber Steine schleppen und Kalt mischen müssen, obgleich hier genug Arbeiter dazu vorhanden sind. Daran denkt der Herr Unternehmer Jäsch nicht, daß die Lebhaber in den nächsten Jahren auch Gesellenlohn erhalten wollen. Aber er wird ihnen auch nicht den vertragssicheren Lohn auszahlen, weil sie doch keine Gesellenarbeit werden verübt können. Sie werden einfach ihren Aufschub bekommen und gehen müssen. Bei dem Herrn Pfeil ist es ein wenig besser; denn dieser hält auf zwei Bauten 17 Gesellen, wovon aber nur einer der Organisation angehört. Bei diesem Unternehmer denken die Kollegen nicht mal an die im Vertrag festgelegte Verpflichtung. Das müssen Menschen sein, die gern arbeiten aber nicht eifen. Dort arbeiten die frommen Kunden, die vor zwei Jahren in Neudorf als Streifbrecher arbeiteten und unseren Kollegen Böns einst am späten Abend mit Pantoffeln und Knütteln totschlagen wollten. Diese Kollegen sind es, die heute die Christen heimbringen, zu den unsere Kollegen vor zwei Jahren getötet haben. Aber wir dürfen uns nicht fürchten vor diesen Schwarzen. Nein, wir müssen sie weise machen. Darum immer heran zur kräftigen Agitation, damit wir in Zukunft nicht befürchten brauchen, daß uns die Unternehmer folgen können. Wir müssen so lange agitieren, bis wir alle am Bau der Organisation angehören.

**Bayreuth. (Gottesfürchtig und dreist-Gesetztagung.)** Am 20. Juli legten am Neubau der Oberrealschule sämtliche Maurer und Baubüroarbeiter die Arbeit nieder wegen fortgesetzter Schikanierung unserer Kollegen durch die Unternehmer. Als nun anderen Tag durch Zeitungsbüro bekannt wurde, daß hier Streit ausgebrochen sei, hatte ein Bruder in Christo aus Marktredwitz nichts Eiligeres zu tun, als hierherzukommen, um die Arbeit aufzunehmen, was ihm jedoch nicht gelang, indem unsere Kollegen tapfer auf dem Posten waren. Auf die eindringlichen Ermahnungen und genaue Information seitens der Streifenden erwiderte das Christentum in ganz probanter Weise, es sei ihm ganz gleich, er fange an zu arbeiten, sein Arbeitsschreiber Schödel aus Marktredwitz hätte einen Brief erhalten, wonach hier sowohl Maurer anfangen könnten als nur wollten, und er habe den Auftrag von seinem Christenführer, hier zu arbeiten. Nach vieler Mühe gelang es trotzdem, das Christentum abzuschließen, jedoch stellte daselbst noch ein heftiges Verlangen, das darin ging, für seine Mühewaltung noch eine Entschädigung von M. 5 aus der Streitkasse zu fordern. Dann lehrte er noch zum Schlus in einer hiesigen Wirtschaft ein, zog sich stolt und ging fort, ohne etwas zu bezahlen. Er heißt Franz Lindner und ist der frühere Vorsitzende des christlichen Bauarbeiterverbandes in Marktredwitz.

**Bremen.** Einen für das Baugewerbe wichtigen Entschluß fällte am 4. August auf unserer Sitzungen das im Vertrage vorgegebene Schiedsgericht. Als unparteiische Leiter war der jeweilige Vorsitzende des Gewerbegebiets von beiden Parteien gewählt worden. Gegenstand der Verhandlung war der vom Verband der Maurer gestellte Antrag, daß die von ihnen verhängte Bauperrre über den Bau an der Dennewitzstraße, wo unsere Kollegen um sieben Tage Lohn betrogen wurden, nicht dadurch illusorisch gemacht wird, daß der Unternehmer Frösch, gedeckt durch den corporativen Arbeitsvertrag, den Bau weiter führt. Bemerkte sei, daß diesem Bau früher der Unternehmer Kitter vorstand, der sich eines Tages selber, angeblich zu Lohnwecken geben ließ und dann damit auszüchtete. Der obenerwähnte Antrag wurde so begründet: Durch die Sperrre sollen die Interessenten an dem Bau gehalten werden, den geplante Maurer den fehlenden Lohn zu zahlen. Es ist durch Abschluß des Vertrages nicht beabsichtigt, faulnen Manipulationen durch Vorschub zu leisten, daß durch das Vertragserhältnis gebedete Unternehmer, in diesem Fall der Unternehmer Frösch, die Wirkung der Sperrre durchzutragen. Es wurde dem Antrage gemäß entschieden. Die Unternehmer stimmten zwar dagegen, erklärten sich jedoch bereit, bei ihren Mitgliedern

dahin zu wirken, daß dem Vertrage eine Bestimmung angefügt wird, wodurch derartige Fälle in Zukunft unmöglich gemacht werden. Es wurde eine zwei Tage währende Auszahlung der rücksändigen Löhne veranlassen wollen, andernfalls sollte die Sperrre weiter geführt werden. Die am Beginn der Verhandlung aufstehenden Bedenken, ob der Vertrag schon zu grunde gelegt werden könnte, da dieser von den bietigen Bauarbeiter noch nicht anerkannt sei, wurden dadurch bejaht, daß beide Parteien denselben für sich als gültig erklärten. Schon vor Ablauf der Frist erhielten wir von den Unternehmern Mitteilungen, daß die resternden Löhne ausgezahlt werden sollten. Da das Strohmännersystem im Baugewerbe in letzter Zeit überhand nimmt, seien die Kollegen davon gewarnt, dort, wo der Lohn am Sonnabend aus irgendwelchen Gründen nicht gezahlt wird, die Arbeit fortzuführen, ohne auf den Christlichen Wege die Organisationsleitung zu benachrichtigen. Wir dürfen es als einen Nebeneffekt des Vertragserhältnisses betrachten, daß wir dadurch in der Lage sind, unsere Kollegen in den meisten Fällen vor Verzug durch die Baubößen zu schützen. Das ist ein Erfolg, den wir durch Geseze bisher nicht erreichen konnten.

**Colmar i. S.** Der Baubüroarbeiterstreit ist zu Gunsten der organisierten Arbeit beendet. Zu diesem Siege haben die Colmarer Kollegen kräftig beigetragen, indem sie die Solidarität, wie sie im Kartellvertrag festgelegt ist, ablebten, leider mußten einige Kollegen wegen Streitbrechern ausgeschlossen werden. Die ausgeschlossenen wurden sofort von den Christlichen aufgenommen. Es sind jetzt in Colmar 15 Maurer christlich organisiert und alle 15 waren Streitbrecher. Hier kann man leben, wie weit „christliche Liebe“ geht.

Die Colmarer Kollegen mögen dies bejubigen. Was mit den Christlichen in Colmar los ist, beweist der Baubüroarbeiterstreit.

**Dresden.** Am 1. August fand im „Sächsischen Hof“ in Döhrn eine leider schwach besuchte Versammlung statt. Nach einem Vorträge des Kollegen Friedrich-Dresden nahm man Stellung zu den Vertragsverhandlungen. Nach dem zweiten Berliner Schiedsgericht ist für die Amtshauptmannschaft Birna für das Jahr keine Verhinderung von April 1908 an über eine Woche von 3 1/2 festgesetzt worden. Der Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes für die Amtshauptmannschaft Birna ist von der Gauleitung schriftlich um Anerkennung und Unterzeichnung des Vertrages ersucht worden, hat aber bis heute noch nicht geantwortet, obwohl diese Angelegenheit bis zum 1. August geregt sein sollte. Von den Kollegen wurde der Schiedsgerichtsrat nach kurzer Debatte angenommen. Die Abrechnung vom zweiten Quartal lag den Kollegen gebracht und veranlaßte sich keine weitere Debatte. In „Gewerkschaftliches“ wurden die Kollegen ernannt, sich bezüglich der Abstempelung der Arbeitslosenbeiträge mehr an die Vorschriften der Zahlstelle zu halten. In Zukunft sollten die Kollegen den Versammlungen ein regeres Interesse entgegenbringen.

**Erkelenz.** Sonntag, den 26. Juli, tagte in Baierdorf eine allgemeine Baubüroarbeiterversammlung. Als Referent war Kollege Müller aus Nürnberg erschienen. Er schilderte in längeren Ausführungen den Zweck und Nutzen der Organisation. Hierauf wurde eine Diskussion eingetragen. Zum Abschluß wurde den Kollegen aus Herz gezeigt, die Organisation nicht als Bautenfach zu betrachten, wo man nur eintritt und austritt, sondern jeder müsse festhalten an dem Amt der Organisation. Hierauf wurde die Versammlung geschlossen.

**Freyhau-Krotoschin.** Am 2. August hielt der hiesige Zweigverein eine Mitgliederversammlung ab. Zugleich wurden die Vorsitzbrecher Rottmann, Oubrig und Starcke aus dem Verband ausgeschlossen. Schon wurde W. Kötter als Vertretermann gewählt zur Abwehrbewahrung der Fahne und der Gegenstände, die sich bei Heider bis jetzt befanden. Hierauf nahm Kollege Molina das Wort. Er führte der Versammlung die Entwicklung unseres Verbandes vor Augen. Es wurde dann eine Bautenkontrollkommission gewählt, die am 3. August sämtliche Bauten in Krotoschin und Umgegend kontrollieren und feststellen will, wieviel Gesellen, Arbeiter und Lehrlinge in Tätigkeit sind. In Punkt „Vertriebenes“ sprach Kollege Moh sein Bedauern aus, daß die Kollegen so faulmig geworden sind. Der hiesige Zweigverein habe mit seinen 380 Mitgliedern schon zwei Versammlungen nicht abhalten können, weil der Besuch so schlecht war. Moh gab die Spur hieran der Verwaltung. Dadurch kam es zu einem erregten Streit zwischen dem Vorstand und Moh. Der Vorstand drohte, sein Amt niederzulegen. Auch waren zwei Vorsitzbrecher anwesend, Richard Wengler und Wolf Schäpe, die in den Verband übertraten wollten; dem Erstgenannten wurde die Aufnahme verweigert, weil er in der ihm gestellten Kritik den Beschlüssen der Versammlung nicht nadegkommen ist. Dem Zweiten wurde der Nebertitel gestattet, da ihm aber die M. 5 Buße, die er bezahlen sollte, zu viel war, entließ er. Die Versammlung beschloß auf Antrag des Kollegen Moh, alle Mitglieder, die sich aus Vorsitzbrechern schuldig gemacht haben und dem Verband weiter angehören wollen, haben 14 Tage Kritik vom festgestellten Datum an; erfolgt die Zahlung des Bußes bis dahin nicht, so werden sie aus dem Verband ausgestoßen. Auf Antrag des Kollegen Oubrig wurde beschlossen, am 16. August eine Vorstandssitzung abzuhalten, zu der alle Polizei der hiesigen Umgegend eingeladen werden sollen, um ihnen wegen der Stärkung der Organisation zu unterhandeln. Zum Abschluß erinnerte der Vorsitzende die Versammlung daran, daß Verbandslokal in Krotoschin in Ehren zu halten und es zu besuchen; wenn dies nicht geschehe, könne es uns leicht entzogen werden.

**Göttingen.** Am 30. Juli tagte hier eine Mitgliederversammlung, die trotz des schlechten Wetters gut besucht war. Zunächst referierte Kollege Molina aus Breslau über gewerkschaftliche Fragen in trefflicher Weise. Er kritisierte scharf das Unternehmertum und führte den Kollegen die heutige Situation klar vor Augen, wofür ihm reicher Beifall gezollt wurde. Im Anschluß hieran sprachen noch einige Kollegen im Sinne des Referenten. Hierauf gab der Kassierer den Quartalsbericht vom letzten Quartal bekannt, dessen Richtigkeit von den Reisenden bestätigt wurde. Schon gab Kollege Hartmann der Versammlung bekannt, daß sich die vorige Versammlung schon mit der

Erhebung von Lofalsfondbeiträgen beschäftigte. Es sprachen einige Kollegen über die Mühseligkeit einer aktionsfähigen Lofalsfond; es wurde betont, daß es keinem Kollegen schwer falle, die paar Pfennige zu zahlen, wenn der gute Wille vorhanden sei. Es wurde beschlossen, um die Lofalsfondaktionen zu machen, einen einmaligen Beitrag von 60,- pro Mitglied im dritten Quartal zu erheben. Es sind also für die Monate Juli, August und September je 20,- zu zahlen, die durch Lofalsfondzuramen zu quittieren sind. Entbunden von diesem Vorschrift sind Mitglieder, die keine Unterstützung wegen Krankheit von der Hauptfond abweichen, ferner arbeitslose Mitglieder, wenn die Arbeitslosigkeit die Dauer von 14 Tagen erreicht und die dann dem Zweigverein vorstand während der Zeit gemeldet wird.

**Guben.** Mittwoch, den 5. August hielt der hiesige Zweigverein seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Zugleich brachte der Vorsitzende die zweite Verbandsversammlung feststellte. Alsdann erstattete der Kassierer den Kassenbericht vom zweiten Quartal. Die Einnahme der Hauptfond betrug M. 1553,10; die Ausgabe M. 490,57, der Kassenbestand M. 1082,53. Die Einnahme der Lofalsfond betrug M. 1080,58, die Ausgabe M. 236,75, der Bestand M. 848,83, den sind M. 703,62 auf der Sparkasse belegt. Die Reisenden bestätigten die Richtigkeit der Abrechnung und auf ihren Antrag wurde der Kassierer entlastet. Schon gab der Kollege Börsen einen Bericht vom Sommervergnügen; dieses brachte eine Einnahme von M. 61,85 und erforderte eine Ausgabe von M. 77,65. Es wurde wieder darauf hingewiesen, daß die Kollegen mit den Streitbrechern nicht so in freundschaftlichen Verkehr treten möglichen. Vom Vorsitzenden wurde alsdann eine Bautenstatistik verlesen. Am Vorabend zu der vom vorigen Jahre war daraus zu ersehen, daß in diesem Jahre die größeren Geschäfte kaum soviel Gesellen beschäftigten als im vorigen Jahre zur gleichen Zeit. Obgleich die Bautätigkeit in unserem Zweigverein in diesem Jahre sehr schlecht ist, mußte man in der Versammlung doch von Vergangen gegen den Tarif hören, was die Kollegen gegen Aufregung brachte. Es wurde mitgeteilt, daß die drei Kollegen Gustav Schmolting, W. Hobris und P. Schulz nach Feierabend bis gegen 10 Uhr bei einem hiesigen Zimmermann arbeiten. Es ist dieses Arbeiten nach Feierabend um so bedauerlicher, als bei der schlechten Baufinanzierung in unserem Zweigverein viele Kollegen arbeitslos herumlaufen, die gerade bei Tage arbeiten möchten. Die Versammlung war der Meinung, daß das Verhalten der Kollegen sehr gerugt werden müsse. Sie verurteilte das Verhalten dieser Kollegen und sprach ihren Unwillen darüber aus. Alsdann kam noch ein schwerer Vorwurf gegen die Solidarität vor Sprache. In einer Stolzengrub arbeiten drei Kollegen aus unserem Zweigverein als Maurer; ihr Stundentlohn auf den Bauten beträgt 42,-. Sie beantragten eine Lohnzulage von 15,- pro Stunde in der Grube, erhielten aber bei der Zahlung nur 5,-, also nur 10,- pro Stunde. Als die Kollegen nach den anderen 5,- fragten, fühlten sich die Herren Bors geteilt beledigt, und die Kollegen wurden entlassen. Darauf nahmen vier weitere Kollegen, P. Girsig, B. Börsig, J. Buchholz und Schuster, die Arbeit dort wieder auf bei einem Lohn nur 50,- pro Stunde. Es ist schamhaft, daß sie ihr unsolidarisches Verhalten nicht einsehen und als Verbandsmitglieder das schwere Verbrechen begehen, indem sie ihren Kollegen, die sich den viel zu niedrigen Lohn etwas verbessern wollen, in den Rücken fallen. Solche Kollegen, die sich ohne Müht auf die Gebote der Solidarität über alles hinwegsetzen und sturköpfig weiterstreiten, sind nicht länger als Mitglieder zu betrachten. Sie seien keinen „Grundstein“ und kein Statut, sondern auch in einer Versammlung, oder hören nicht, was in der Versammlung beraten und beschlossen wird. Es wurde beschlossen, die Kollegen zu einer Sitzung einzuladen, damit sie ihr Verhalten rechtfertigen. Falls sie nicht erscheinen, soll in der nächsten Versammlung weiter darüber entschieden werden. Darauf wurde die Versammlung geschlossen.

**Gaggenau.** Sonntag, den 2. August, hielt der hiesige Zweigverein seine Generalversammlung ab, in der auch die Vorstände der Zahlstellen vertreten waren. Kollege Dege erstattete den Tätigkeitsbericht. Die meiste Arbeit entfällt auf die Lohnbewegung. Auch hier wollen die Unternehmer den Schiedsgericht nicht anerkennen. Zweimal haben schon mit den Unternehmern Sitzungen stattgefunden, in denen erläutert wurde, daß für Hafte und Gewerkschaftsverband gegen den Schiedsgericht beim Einigungsamt Protest eingelegt sei. Die Unternehmer erklärten, sie würden eher aus dem Arbeitgeberverband austreten, als die Erhöhung des Lohnes um 1,- bewilligen. (Siehe Unternehmermanier.) Das größte Ausbeutung wird in Hemen getrieben. Daselbst kann infolge des Schiedsgerichts der Lohn 50,- pro Stunde betragen, aber es werden Löhne von 37 bis 50,- geahnt. Leider hat die Organisation keinen Protest eingelegt. Die Unternehmer erklärten, sie würden eher aus dem Arbeitgeberverband austreten, als die Erhöhung des Lohnes um 1,- bewilligen. (Siehe Unternehmermanier.) Das größte Ausbeutung wird in Hemen getrieben. Daselbst kann infolge des Schiedsgerichts der Lohn 50,- pro Stunde betragen, aber es werden Löhne von 37 bis 50,- geahnt, so daß der Durchschnittslohn 46,9,- beträgt. Leider hat die Organisation keinen protestierenden Einfluß, um die Unternehmer zu zwingen, die tarifistischen Löhne zu zahlen. Auch in den anderen Lohngebieten Gevelsberg, Wilspe, Altenwerde, Schwerte und Hohenlimburg wird von den Unternehmern die Erhöhung des Lohnes nicht strikt durchgeführt. Obgleich schon zweimal an die Unternehmer in den genannten Lohngebieten geschrieben ist, eine Sitzung stattfinden zu lassen, damit die noch zu regelnden Punkte erledigt werden, halten es die Vorstände der Ortsgruppen des Arbeitgeberverbandes gar nicht für nötig, zu antworten. Die Anlegesetzung ist im Baugewerbe sehr flau. Wohnungsnot und keine Bautätigkeit sind vorhanden. In den anderen Lohngebieten ist die Arbeit so leidlich. Die vom Kassierer Seppenwitz verlesene Abrechnung vom zweiten Quartal gab für die Hauptfond eine Einnahme und Ausgabe von M. 3116,10. Die Einnahme der Lofalsfond betrug M. 1618,36, die Ausgabe M. 1461,44. Bestand: M. 151,29. Die Abrechnung vom Sommervergnügen hatte eine Einnahme von M. 225,95, die Ausgabe betrug M. 215,17, so daß ein Überschuss von M. 10,78 verblieb, der der Lofalsfond überwiesen wurde. Beschllossen wurde, daß am 13. September ein Rekutentenabschluß stattfinden soll. In „Bereitschaften“ wurde das Verhalten der thüringischen Maurer in Wetter a. d. R. die Hünfeldergerarbeit (Streifbrecherarbeit) verübt und der Bericht in der Baugewerkschaft auf dem am 13. September in Bönen mitgearbeitet hat, und der den Kollegen Seydel bis zum Weihwasser.

**Kaufbeuren.** Am 2. August fand hier eine gut besuchte Mitgliederversammlung statt. Kollege Birnämer aus München hielt ein ausführliches Referat über: "Die moderne Arbeitersbewegung und ihre Gegner", das großen Beifall fand. In der darauf folgenden Diskussion wurden von einigen Kollegen die örtlichen Verhältnisse erläutert. Wenn wir auch einen Tarif haben, so gibt es doch immer Arbeit, um ihn aufrecht zu halten, denn die hiesigen Unternehmer ziehen durchweg langer auswärtige Arbeitskräfte hierher, um Nebenkosten an Arbeitern zu haben und so den Lohn herunterdrücken zu können. Schwarze Listen brauchen sie nicht, denn sobald ein organisierter Maurer das Arbeitsverhältnis löst, wird er einstäd von seinem alten Meister mehr eingesetzt, und ist somit gezwungen, den Ort zu verlassen. Auf diese Weise helfen die Unternehmer den Zweigverein sprengen zu können, was ihnen aber nicht gelingen wird. Darum, Kollegen von Kaufbeuren, helft nicht mit, daß wir den letzten Mann für uns gewinnen, um so die schwarzmacherischen Pläne der Hauseigentümer zu durchkreuzen. Auch sei den Kollegen aus Herz gelegt, sich mehr und mehr der politischen Organisation und der Arbeiterschule zuzuwenden. Mit einem kräftigen Appell an die Kollegen, weiter zu arbeiten für unsere Sache, schloß der Vorsitzende die schön verlaufene Versammlung.

**Kontin.** Eine öffentliche Maurerversammlung tagte hier am 2. August in Tuchel zwecks Gründung einer Betriebsabstimmung. Das Referat hielt Kollege Gehr-Danzig. Sämtliche anwesenden Kollegen, etwa 20 bis 25 an der Zahl, ließen sich in den Verband aufnehmen. Die Zahlstelle wurde dem Zweigverein Konitz zugewiesen, von wo aus die Vorbereitungen zu ihrer Gründung (vom Kollegen Fennner) betrieben worden waren. Daß jetzt die Tucheler Kollegen zur Gründung der Zahlstelle gekommen sind, war die höchste Zeit, denn so scheint, wie die Lohn- und Arbeitsbedingungen in Tuchel und Umgegend sind, sind sie wo anders kaum noch anzutreffen. Die elf bis zwölfständige tägliche Arbeitszeit ist nicht etwa nur auf dem Lande, sondern auch in der Stadt ganz und gäbe, und zwar bei einem Tagelohn von 3,20 bis 4,-. Dieser Zustand muß so schnell wie möglich befreit werden, wogegen es allerdings einer guten Organisation bedarf. Da in Tuchel etwa 50 bis 60 Maurer arbeiten, aber erst 20 bis 25 dem Verband angehören, so bleibt den organisierten Kollegen noch ein gutes Stück Arbeit, bis sie die unorganisierten dem Verband zugeschafft haben werden. Nun, die Kollegen, die in der Versammlung zugegen waren, haben versprochen, diese Arbeit so schnell wie möglich zu leisten und nicht, eher zu rühen, bis der letzte Maurer aus Tuchel und Umgegend dem Verband als Mitglied angehört. Mit so gezeichnet, dann wird auch in Tuchel möglich werden, was wo anders schon sehr lange hinreichlich der Beispielerstellung der Lohn- und Arbeitsbedingungen möglich war. Dazu gehört vor allen Dingen Einigkeit und geschlossenes Handeln. Das mögen die Tucheler Kollegen beherzigen.

**Königshütte.** Donnerstag, den 6. August, hielt der hiesige Zweigverein seine Monatsversammlung ab, die gut besucht war. Rundschuß der Kassierer die Abrechnung vom zweiten Quartal bekannt. Dann referierte Genof Otto Herzig über die statistischen Erhebungen. Hierauf verfasst er eine Statistik über das Leben der organisierten Kollegen. Von 190 Kollegen lesen die "Wolfswoche" 29, "Königshütter Postzeitung" und "Tageblatt" 8, andere Zeitungen 2; im politischen Verein sind 11, im Arbeitertumverein 2; im Kriegerverein einer. Der Genof beklagte, daß noch viele Kollegen es nicht für notwendig hielten, die Arbeiterschule zu lesen. Aber ein erfreulicher Urteil gab er über den Kriegerverein. Dann wurde Kollege Bugiel als Vorsitzender gewählt.

**Leipzig.** Die Mitgliederversammlung am 3. August beschäftigte sich nochmals mit dem Schiedsgericht. Der Kollege Jacob verlas das Schreiben des Arbeitgeberverbandes. Die Unternehmer wollen den Vertrag nicht anstrengen, wenn die hiesigen Kollegen, beziehungsweise deren Leitung, nicht unterschreiben. Nun sprach der Kollege Jacob in eingehender Weise die Lage in Leipzig und sagte, daß in diesem Jahre die Arbeitsgelegenheit schlechter sei als 1907; es seien 500 Kollegen weniger am Ort beschäftigt. Außerdem herrsche noch Gelöton, obgleich hier nur 1/2 p. st. leerstehende Wohnungen vorhanden sind, während bei geöffneten Wohnungsverhältnissen mindestens 3 p. st. leer stehen müßten. Referent besprach nun auch noch das Zustandekommen des Tarifs; mit allen Paragraphen ist er auch nicht einverstanden, es habe aber nicht mehr herausgeholt werden können. Kollege Jacob wünscht, daß die Kollegen den Vorstand am Ort ermächtigen, den Vertrag zu unterschreiben. In demselben Sinne sprachen noch die Kollegen Kost und Berthold. Der Kollege Bielert wurde von der Versammlung nicht angehört, weil er anderer Ansicht war als die Versammlung. Alle anderen Diskussionsredner sprachen sich in schrofer Weise über das Zustandekommen des Tarifs aus; es sei keine Sache, über die Köpfe der Mitglieder hinweg derartige Verträge zu schließen zu bringen. Es soll auch auf den Verbandsabstand zur Sprache kommen, damit ein solches Verfahren nicht wieder eintrete. Der Kollege Kost hat zur Zeit auf dem Standpunkt gestanden, daß wir nur auf Grund des alten Vertrages verhandeln, und nicht die Resolution des Kollegen Jacob annehmen sollten. Unsere Aufgabe sei es, daß wir das Ereignis auch in schlechten Zeiten festhalten. Aus der Diskussion war zu erkennen, daß die Kollegen nicht unterreden wollen. Der Kollege Berthold machte noch die Mitteilung, daß einem tüchtigen Kollegen schon der Lohn von 85,- auf 45,- reduziert worden sei. Es wurden noch die Kollegen Thalheim, Siegling, Städter und Bechstädt als Türkontrolleure gewählt.

**Mainz.** Der Zweigverein Mainz und Umgegend nahm vom 27. Juli bis 1. August eine Statistik über die Zahl der beschäftigten Poliere, Maurer und Lehrjungen auf. Ebenso wurden die gesuchten Stundenlohn für Maurer mit aufgenommen. Die Statistik erstreckte sich über 24 Orte. Für Mainz und Rastatt kamen 18 Unternehmer in Betracht, die 85 Poliere, 429 Maurer und 66 Lehrjungen beschäftigten. Für den Stadtbezirk Mainz kastell beträgt die tägliche Arbeitszeit 10 Stunden. Der niedrigste Stundenlohn ist 80,-, der höchste 88,-. Der Durchschnittslohn beträgt 48,95,-. Bei der Auf-

stellung wurden 12 Zahlstellen ermittelt. Der Tarifvertrag bestimmt 50,- Stundenlohn für Maurer, mit Ausnahme der Maurer, die infolge Alters oder Unzulänglichkeit in ihrer Leistungsfähigkeit beschränkt sind, für jugendliche Arbeiter, sowie für Junggelehrte im ersten und zweiten Jahre nach beendigter Lehre. Im Mainzer Umkreise wurden in 22 Landorten bei 97 Unternehmern 7 Poliere, 440 Maurer und 46 Lehrlinge gezählt. In den 22 Orten stand der niedrigste Stundenlohn für Maurer auf 18,-, der höchste auf 51,-. Tagessachen wurden 25 Lohnsätze bezahlt; für den einzelnen Ort kam die größte Lohnunterschiedszahl für tägliche 22 Orte zusammen, beträgt 45,50,- pro Stunde. Die tägliche Arbeitszeit beträgt in 17 Orten 10 Stunden, in 5 Orten 11 Stunden. Verträge bestehen in 11 Orten. In dieser Stelle sei festgestellt, wie "ehelich" die Unternehmer es mit der Vertragsabschließung nehmen. Hier nur einige Beispiele: In Oppenheim und Neustadt i. d. Bergstraße schlossen wir mit den Unternehmern im April 1907 einen Vertrag mit zehn Stundeniger Arbeitszeit, und mit einem Stundenlohn von 15,- im Jahre 1908, bis zum 1. März 1909. Man sollte glauben, die Unternehmer befänden jenes Vertragsstreit, die Verträge zu halten; aber weit gefehlt. Die wirtschaftliche Krise fand den Unternehmern sehr willkommen. Die Verträge wurden willentlich von den Unternehmern gebrochen; die tägliche Arbeitszeit wurde auf 11 Stunden ausgedehnt, der Stundenlohn ist durchschnittlich bis auf 34,90,- herabgedrückt worden. Die Leitung des Arbeitersorganisation wurde vorstellig bei den Unternehmern, aber ohne Erfolg. Darauf können die Arbeiter wieder reagieren, daß nur eine gesetzte Organisation diesen Geburgen der Unternehmer Einsicht gebieten kann. In diesen beiden Orten ist jedoch noch ein großer Teil Maurer der Organisation nicht angehörig.

**Mainz-Ludwigshafen.** Die Generalversammlung des Zweigvereins am 2. August wies einen mäßigen Besuch auf. Der Kassenbericht vom zweiten Quartal zeigt nicht die glänzenden Ziffern, wie der vom gleichen Quartal des vorigen Jahres; der Grund dafür ist im Bericht näher zu finden. Die Hauptfasse vereinahmte an Einnahmen und Beiträgen M. 15 490,50, wodurch M. 1270,48 an Ort verbleben, während M. 2782,67 an die Hauptfasse abgeflossen wurden. Die Kassenfalle hatte mit einem Kassenstand von M. 10 690,36 eine Einnahme von M. 16 920,68. Nach Abzug aller Ausgaben im Betrage von M. 5014,25 bleibt ein Kassenstand von M. 11 906,41. Von den am Orte veranlagten Einnahmen für die Hauptfasse sind folgende bemerkenswerte Posten zu nennen: für Krankenunterstützung M. 481,50, für Sterbegeld M. 420, für Medizinschul-M. 62,70, für Infektionsunterstützung M. 115, für Gemahrgeld M. 299,65, für Lohnbewegungen, Streiks und Streiken M. 3210,38. Die Kollegen waren in der diesmaligen Lohnbewegung der festen Meinung, daß alles, was in früheren Jahren bei solter Bautätigkeit (haupts. war die Organisation Nebenfache) gescheint wurde, wieder gut gemacht werden könnte. So stellten die Kollegen nur diesem einen Zorn an, ohne die Begeisterungen einer Lohnbewegung und die wirtschaftliche Lage zu beachten. Darauf sind auch die aufregenden Versammlungen und der unvergleichliche Abschluß der Lohnbewegung zurückzuführen. Die Lohnbewegung in diesem Jahre hat gelehrt, daß, wer ein richtiges Urteil in solchen Sachen haben will, unablässige die Arbeiterbewegung und den Gang des Wirtschaftslebens muß; denn die wirtschaftliche Frage wird bei Lohnbewegungen immer ein ausschlaggebender Faktor bleiben. Diesmal haben unsere Kollegen gerichtet und darf geurteilt. In der ärgsten Auseinandersetzung stellte ein Teil die Zahlung der Verbandsbeiträge ein und anderen ging die Gründung von Sonderorganisationen durch den Kopf. Zugleich sollte die Organisation sogar an dem falschen Geschäftsgang schuld sein. Die Behauptung, die anfänglich aufgestellt wurde, die Unternehmer hielten die Arbeit zurück, hat sich nicht bewährt. Im Monat Mai wurde die Bautätigkeit und die Zahl der Maurer festgestellt, daraus ist zu erkennen, daß die Bautätigkeit gegen die vorhergehenden Monate zurückgegangen ist und nochgeht. Einige Zahlen davon teilen wir hier mit: Angestrichen wurden 34 bis zum Keller gebrachte Bauten; davon waren beschäftigt 162 Maurer. Das Dachstuhl und Ausbau waren 71 Bauten mit 384 beschäftigten Maurern. Die logische Folge davon war, daß die Arbeitsgelegenheit zurückgegangen ist. Zur ganzen wurden für Mainz-Mainz-Ludwigshafen auf den Bauten 1221 Maurer beschäftigt. In der statistischen Aufnahme in der Woche vom 26. Juli bis 21. August wurden nur noch 1025 Maurer beschäftigt. Das oben gelegte ist also eingetroffen und eine Besserung ist vorläufig nicht zu erwarten. In einer Konferenz der Zahlstellenleiter wurde über den nunmehrigen Stand des Zweigvereins Bericht erstattet und beschlossen, in den Zahlstellen Sitzungen resp. Versammlungen abzuhalten. Darauf folgte eine Haussagitation, um die Mitglieder an ihre Pflichte zu erinnern. Durch die Haussagitation wurde festgestellt, daß ein großer Teil der Mitglieder 4, 5, 6 und mehr Wochen mit ihren Beiträgen verhindert, die Kollegen erklärten, ihre Beiträge nachzuhallen zu wollen, wenn auch nicht sofort, so doch in Laufe der Zeit. Einige verhalten sich noch passabel. Aber auch diese werden bald Einsicht kommen. Die Haussagitation erstreckte sich über 32 Zahlstellen. Neben unserer Organisation hat sich nun doch eine "reale (statistische) Vereinigung" gegründet, die in Freiburg den besten Nachschlag findet. Einige Kollegen sind bereits wieder zur Einsicht gekommen. Nun den Kollegen in dieser Frage Klarheit zu schaffen, haben drei öffentliche Versammlungen stattgefunden mit dem Thema: "Welchen Schaden haben die Arbeiter durch ihre Berufspflicht in verschiedenen Organisationen?" Referent sprach über Silberkult aus Berlin. Der Redner bekräftigte die Frage vollständig und förderte Material zu Tage, durch welches die Überlastungen entwaffnet wurden, nur hätten die Versammlungen besser den Schluß sein sollen. Die Beteiligung an den Verbandsversammlungen steht besser keinem. An der Hauptwoche haben sich 24 Zahlstellen und an der Stichwoche nur 16 beteiligt. Gestohlt wurden die Kollegen Müller-Merheim, Kleines-Nordcar und Käfer-Mannheim. Die Mitgliedszahl betrug am Schluß des Quartals 3142. Abgehalten wurden 4 Mitgliederversammlungen des Zweigvereins, 42 Versammlungen in Zahlstellen und 11 Plakatversammlungen, Sitzungen des Zweigvereinsvorstandes, 9, andere 9, Verkettungen vor dem Gewerbeverein wurden 2 wahrgenommen. Die soziale Agitation geschah durch

drei Blätter und elf Aktenkästen in einer Auflage von 12 500. In Differenzen mußte die Zweigvereinsleitungen zweimal eingreifen. Die Söldigungskommission mußte sich in zwei Sitzungen mit der Firma Bingert beschäftigen. Nächstes darüber ist im "Grundstein" Nr. 24 mitgeteilt. Mainzheim ist immer noch ein Ort, zu dem der Strom der Zimmerer und Dieburger Maurer fließt. Statt zufrieden zu sein, Arbeit zu haben, verlangen diese Kollegen für sich ein Sonderrecht. Die Zeit, die sie durch Ab- und Zugang zur Arbeit verlieren, wollen sie in den Wochenenden nach 8 Uhr abends nacharbeiten, sie stellen sogar der Wohnung, sich an die zehnständige Arbeitszeit zu halten, Gewalt gegenüber. Es ist Zeit, daß dort der in Frage kommende Zweigverein über diese Frage Auflärung schafft. Lohnbewegungen in den Zahlstellen mit Tarifabschlüssen sind erledigt in Wöhl ohne, in Dürkheim mit Arbeitszeitfeststellung. Gründungen wurde eine Lohnverbesserung von 4,- pro Stunde. In Mitteldeutschland gezogen waren wir in fünf Tagen. Sperren sind noch verhängt in Heppenheim a. d. Bergstraße und in Höchst.

**München.** Donnerstag, den 30. Juli, hielt die Sektion der Rödiger ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab, die aber trotz der wichtigen Tagessordnung schwach besucht war. Der Vorsitzende und Obmann der Sektion luden auch in schwäbischen Worten die Gleichmäßigkeit und die Interesslosigkeit der Rabiter. Am Mittwoch und auf der Baustelle gebärden sie sich immer wie die Unzufriedenen, aber wenn es gilt, zu etwas Stellung zu nehmen, haben sie nicht einmal den Mut, zur Versammlung zu kommen. Der Vorsitzende beklagte sich auch bitter über einige Kollegen, die immer über den letzten Tarifabschluß und über das Verhalten der Verbandsleitung hierbei losziehen, selbst oder nicht die Männer sind, die sie sein sollen. So berichtete er, daß er einem Kollegen aufmerksam gemacht habe, er solle die Rabiter üblichen Löhne verlangen. Dieser teilte die Sektion mit und bemerkte zu diesem: "Ich für meine Person wäre mit diesem Lohn schon zufrieden, wenn ich aber nicht mehr verlange, so lädt mir mein Obmann keine Ruhe." Einige Münchner Kollegen arbeiteten in Reichenhall auf Rabits. Der Obmann machte ihnen wegen der Löhne schriftliche Mitteilung; anstatt aber die Löhne zu verlangen, gaben sie den Brief dem Unternehmer, wahrscheinlich, um den Obmann wieder annehmen zu können. Der Obmann erklärte, er sehe sich deshalb veranlaßt, seinen Posten als Obmann der Sektion der Rabiter aufzugeben, denn statt einer Unterstützung bei den Kollegen zu finden, werde er immerfort denunziert. Kollege Schäfer rügte ebenfalls das Gebaren dieser Nach Kollegen und erwiderte den Obmann, sein Amt nicht niedergzulegen, denn wegen einiger solcher Nach Kollegen weiche man nicht, sondern bleibe erst recht auf seinem Posten, um mit diesen Kollegen gründlich abrechnen zu können. Als noch einige Kollegen den Obmann erfügten, doch auf seinem Posten zu bleiben und ihm versprachen, daß sämtliche Rabiter ihn unterstützen und mit diesen Nach Kollegen abrechnen würden, behielt er seinen Posten als Obmann der Rabiter. In einem weiteren Punkt führte der Obmann aus, daß die Kollegen durch die große Arbeitslosigkeit gezwungen sind, Kunden zu verlassen und sich andernwohl nach Arbeit umzusehen. Mit welchen Mitteln aber unsere Kollegen in der Schweiz (Bern und Zürich) bekämpft werden, zeugt nicht mehr von einer internationalen Solidarität. Es wurde dort einige Kollegen Arbeit angeboten, die sie auch annahmen. Es waren dies lauter ältere Verbandsmitglieder. Sie meldeten sich vorwiegend in Bern an, arbeiteten dort auch einige Zeit und wurden dann nach Zürich vermittelt. Auch dort meldeten sie sich im Verbandsbüro an und fragten, ob sie dort arbeiten dürfen, was auch bejaht wurde. Als sie aber die Arbeit beginnen wollten, erklärten die Weißpucher: "Wenn die Münchner anfangen, dann legen wir die Arbeit nieder", und so wurden die Kollegen gezwungen, wieder nach Hause zu fahren, um in München das Heer der Arbeitslosen noch mehr zu vergrößern, obwohl in Zürich Arbeit in Hülle und Fülle vorhanden ist. Daß die Weißpucher nicht nur in der Schweiz, sondern auch in anderen Städten und nicht zuletzt in Bayern, so vorgehen, wurde von mehreren Kollegen bestätigt. Wer nicht in den Stuttgarterverband über in der Schweiz in den Gipfelverband eintritt, hat schon bald seinen Anspruch mehr auf Rabits, Bugs oder Fabrikarbeit, obwohl in verschiedenen Städten diese Arbeiten bis vor ganz kurzer Zeit ausschließlich von Rabits, Bugs oder Fabrikarbeitern verrichtet werden. Wenn von diesen Verbänden so vorzeitig vorgegangen wird, muß und wird einmal der Maurerverband hierzu ganz energisch Stellung nehmen. Auch in München sind die Anzeichen hierfür schon vorhanden. Die Stuttgarter machen jetzt schon Rabits- und Bugarbeiten und so geht es fort, bis es kommt wie in Straubing und Augsburg, von wo hier in München bei einer Firma unorganisierte Weißpucher beschäftigt sind. Hier liegt sogar noch die Verstärkung vor, daß noch mehr von diesen Herren herbeigesogen werden. Nach lebhafter Debatte schloß der Vorsitzende, Kollege Kastenbauer, die Versammlung und ermahnte die Kollegen, auf die Abwesenden bald einzutreffen, daß die nächste Versammlung eine Musterversammlung werde.

**Osterode i. Ostpr.** Am 28. Juli tagte hier eine Mitgliederversammlung, in der auch der Gauleiter Gehr anwesend war. zunächst nahm die Versammlung den Kassenbericht vom zweiten Quartal entgegen, der genehmigt wurde; die Entlastung des Kassierers wurde ausgesprochen. Sodann beschäftigte sich die Versammlung mit dem Bauunternehmer Podoll von hier und mit dem Maurermeister Lehmann aus Mühlingen. Mit Podoll hatten wir uns im vorigen Jahre schon einmal zu beschäftigen, und heute straft er sich immer noch, den Vertrag zu verhindern. Er hat an der höheren Mädchenschule, an der Knabenschule und am Gymnasium die größeren Reparaturen auszuführen, zahlt aber den Kollegen statt 4,- nur 40,- und meinte, als die Kollegen ihm deshalb zur Riede stellten, er lasse sich von seinem Kommandieren, sondern zahle einen Lohn, wie es ihm passe. Auch daß Eingreifen des Vorsitzenden und des Kollegen Müller-Merheim, Kleines-Nordcar und Käfer-Mannheim. Die Mitgliedszahl betrug am Schluß des Quartals 3142. Abgehalten wurden 4 Mitgliederversammlungen des Zweigvereins, 42 Versammlungen in Zahlstellen und 11 Plakatversammlungen, Sitzungen des Zweigvereinsvorstandes, 9, andere 9, Verkettungen vor dem Gewerbeverein wurden 2 wahrgenommen. Die soziale Agitation geschah durch

zeug ist es bei diesem Unternehmer auch nur sehr schlecht bestellt. Um eine Reparatur an einer Wand auszuführen, stellte sein Polier Emil Löbert eine lange Leiter an die Wand, ohne die Haltbarkeit der Leiter zu prüfen oder sie abzusteifen. Die Folge davon war, daß Löbert damit durchbrach und sich schwere Verletzungen zuzog. Wie sattverstandig Herr Podoll ist, mag daraus ersehen, daß er in früheren Jahren Füchtersunternehmer war und als solcher den Strafenzoll abgeföhrt und den Chausseen den Kies zugeschüttet hat. Später übernahm er Kanalisationsarbeiten und Chausseebauten und hat es dabei zum Kapitalisten gebracht. Wie sinnvollig der Herr ist, geht daraus her vor, daß er meinte, ein Huhn könne er nicht schlagen, aber einem Maure können er den Kopf abschneiden. Dieser faulere Herr ist auch Preisdrücker, indem er die Tagelohnarbeiten zu einem Stundenlohn von 50 Pf. übernimmt, was bei den übrigen Unternehmern große Erbitterung hervorruft hat. Der Unternehmer Lehmann hat hier zwei große Familienhäuser auszuführen; er beschäftigt dort nur Maure aus Wohnung, während die hiesigen davon ausgeschlossen sind. Die Arbeitszeit ist 11 Stunden und der Tagelohn beträgt 4 Pf. Es wurde beschlossen, den Bau zu sperren und zu verhindern, daß dort arbeitenden Kollegen zu organisieren. Zum Schluß wurde den Kollegen ans Herz gelegt, die Versammlungen besser zu besuchen.

**Ruhrort.** Der hiesige Zweigverein hielt am 9. d. M. seine Generalversammlung für das zweite Quartal ab, die nur möglich besucht war. Von dem Kassenwart gegebenen Bericht entnehmen wir folgendes: Beitragssummen wurden 5918 Stück an die Mitglieder verabreicht. Die Einnahme für die Hauptklasse betrug M. 3524,80. An die Hauptklasse wurden abgezahlt M. 1774,86. Am Ort wurde von den Hauptfasseldeuren für Streit, Reise- und Bergunterstützung verausgabt M. 1749,94. Die Einnahme der Vorsitzenden betrug im selben Quartal M. 1493,89, die Ausgabe M. 1060,98, so daß der Überschuss M. 432,91 beträgt. Die durchschnittliche Beitragssumme betrug pro Mitglied 11,8 Marken. Die Mitgliederazahl ist infolge der minimalen Bautätigkeit zurückgegangen. Der größte Rückgang war in Mors, wohin die Bautätigkeit im zweiten Quartal vollständig brach lag. Auch im Bezirk Ruhrort-Meiderich-Hamborn war die Arbeitsgelegenheit im Baugewerbe sehr gering, jedoch sind Anzeichen vorhanden, daß für diese Orte im Laufe des dritten Quartals die Konjunktur besser wird. Im weiteren Verlauf der Versammlung wurde beim zweiten Punkt der Tagesordnung: Ergänzungswahlen des Zweigvereinsvorstandes, der Kollege Willi Görres als erster Vorsitzender gewählt. Nach einigen anregenden Worten des aus dem Zweigvereinsvorstand austretenden Kollegen Schneider wurde die Versammlung geschlossen.

## Centralkrankenkasse.

(Grundstein zur Einigkeit)

In der Woche vom 2. bis 8. August sind folgende Beträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Homburg M. 1000, Stiel 300, Hanau in Westf. 200,58, Salmünster 200, Brieg (Kreis Breslau) 200, Liebenwalde 150, Wiesenburg 130, Heilbronn 100, Haßberge 100, Cannstatt 100, Geesthacht 100, Jordan Paradies 100, Alt-Biesau 100, Alt-Glienick 100, Groß Wartenberg 100, Neuzelle 90, Schönhausen a. d. Elbe 86,72, Teterow 85, Wiesbaden 80, Westerhoven 80, Neuhaus a. d. Elbe 70, Soden 64, Bückow 60, Schwerin 50, Jessen (Kreis Halle) 50, Weimar 50, Hilbert 15,48, Lichtenrade 50. Summa M. 3775,68.

Büchsen erhielten: Karlsruhe i. Baden M. 200, Faulbach 180, Dresden-Schleiden 150, Görlitz 150, Niederbretzheim a. N. 110, Geuhin 100, Hohenfels 100, Bechelnbach 100, Altenbrunnsdorf 100, Döberan 100, Wettberg 100, Landshut 60, Wiesbaden 50. Summa M. 1400.

Karl Reits, Hauptfassierer, Wilhelmstr. 57.

## Vom Bau.

Unfälle, Arbeiterschutz, Subventionen etc.

**Annaberg.** Infolge ungenügenden Abbedens fiel auf dem Neubau des Unternehmers Hempel in der Karlsbaderstraße in Buchholz ein Mauer herunter. Eine schwere Achselverletzung war die Folge davon. Ordentliches Rätseln hält der dortige Polier Achsfäßer aus Trossendorf für unnötig. Achsfäßer ist ein gewölkiger Mann, Kommen Handgetzel zur Versammlung auf den Bau, so überweist er diese dem Feuerholz. Ein tüchtiger Kerl.

**Antonienhütte.** Obwohl wir erst in Nr. 27 des "Grundstein" einen bedauerlichen Unglücksfall vom hiesigen katholischen Kirchdorfer berichtet haben, geschieht doch nichts, um die Arbeiter mehr vor Schaden zu bewahren. Am 30. Juli stürzten wieder zwei Gerüste zusammen, die aber kein größeres Unglück anrichteten, weil die unten beschäftigten Arbeiter rechtzeitig aus Seite sprangen. Die Gerüste waren auf Steinen aufgesetzt und sehr mangelhaft abgeschwertet. Die Schuld an dem Unfall hat der bauleitende Polier, weil die Gerüste in größter Haste gemacht werden müssen und er sich von der Haltbarkeit der Gerüste nicht überzeugt. Sagt einmal ein Kollege etwas über die Wirkungsweise oder will man für die Organisation eintreten, so wird man gleich entlassen, wie das schon bei drei Kollegen geschehen ist. Sagt, nachdem sie zwei Unfälle ereignet haben und nachdem ein Menschenleben verloren ist, sieht man sich vielleicht verantwortlich, defertiges Gerüst herzustellen.

**Berlin.** Ein schwerer Bauunfall ereignete sich Donnerstag den 6. August, an dem neuen Durchstich für den Großschiffahrtsweg bei der Jungfernheide. Dort soll bei Hohenzollernbrücke eine Brücke gebaut werden, zu welchem Zweck über dem Schacht ein Holzgerüst aufgestellt worden ist. Donnerstag nachmittag brach ein Balken in dem Augenblick, als der Arbeiter Sura mit einer Kipplöre das Gerüst passierte. Neben ihm stand ein Jugendlicher und der Polier B. Alle drei Personen stürzten in den Schacht. Während die beiden letztgenannten mit leichteren Kontusionen davonkamen, erlitt Sura einen Bruch des Oberschenkels und anscheinend innere Verletzungen. Er

wurde mittels Röhrischen Krankenwagens nach dem Krankenhaus Moabit übergebracht.

**Berlin.** In Charlottenburg ist Donnerstag, den 6. August, ein Schwundbau zusammengebrochen. Am Königs weg 52 saß ein Teil eines vierstöckigen Wohnhauses, das bereits bis zur Dachhöhe gebieben war, in sich zusammen und begrub vier Arbeiter unter den Trümmern. Drei von ihnen wurden schwer verletzt in das Krankenhaus Westend geschafft, während die vierte mit leichteren Verletzungen davonkam. Der Neubau wird aufgeführt von dem Baumeister Habermann aus Steglitz, der in seiner Person Baumeister und Polier vereinigt. Die zum Bau verwendeten Steine sowie auch das Holz sind nach Ansicht von Fachleuten mehr als unverwertlich. Dazu kam, daß der nach allen Seiten hin freistehende Bau in seinen Wänden ungenügend verankert wurde. Die Verankerung betrug kaum einhunderthundert Stein. Der Bau wurde mit großer Hekt von Ablöschungen aufgeführt. Innerhalb 4½ Wochen war der Bau bis zum Mitten emporgeschafft! Das Baumaterial hatte Baer aus Friedenau geliefert. Donnerstag nachmittag um 4 Uhr erfolgte nun die Katastrophe: Als der größte Teil der Arbeiter sich glücklicherweise nach den nahe belegenen Wirtschaften begeben hatte, um zu verstehen, stürzte die ganze vordere Hälfte des Wohnhauses in sich zusammen. Drei Männer und ein Stäfer lagen unter den Trümmern. Die Feuerwehr wurde alarmiert; doch ehe sie erschien, waren die Verunglückten bereits befreit. Zwei Männer und der Stäfer hatten neben Stichwunden auch noch anscheinend schwere innere Verletzungen davongetragen. Der Vierter, der aus dem vierten Stock, also am höchsten, gefallen war, kam bei dem Sturz noch am besten weg. Er konnte sich ohne fremde Hilfe befreien und sich nach seiner Wohnung begeben. Die am anderen Tage vorgenommene Untersuchung hat ergeben, daß die Ursache des Einsturzes auf die Verwendung schlechten Materials und schlechter Arbeit zurückzuführen ist.

**Chemnitz.** Am 5. August stürzte auf dem Güntherischen Neubau im Stadtteil Altendorf ein Putzgerüst zusammen und riß die darauf arbeitenden Männer zweier Stockwerke in die Tiefe. Keiner Befall ist es, daß nur ein Maurer etwas schwer verletzt ist. Der Unfall ist nur der mangelhaften Ausführung des Gerüsts zuzuschreiben, die wiederum, wie so oft bei Unfällen, durch die Ablöschinderei verschuldet ist. Wir meinen aber auch, daß es der Polier von dem betreffenden hätte sehen müssen, daß ein herartiges Gerüst überhaupt nicht zum arbeiten benutzt werden darf. Der betreffende Polier scheint sich um die Bauarbeiterentscheidungen nicht zu kümmern. Es ist schon vorgekommen, daß die Bauarbeiterkommission mehrere Anzeigen erstatten mußte, ehe man Abfälle schuf. Einerseits ein Kollege eine Einrede, so wurde er mit der Entlassung bedroht. Der Baubehörde ist hier Gelegenheit zum Eingreifen gegeben.

**Biebrich.** Erstaunend mehrten sich in diesem Jahre die Bauunfälle, so daß es an der Zeit ist, wieder einmal auf die ungenügenden und nicht von Fachleuten betriebene Baurevision hinzuweisen. Im Mai verunglückte der Maurer Dreicer zu Tode, weil man Balken aus einem Umbau von oben herausnahm, anstatt von unten, wobei man erst ein Gerüst hätte bauen müssen. In derselben Woche stürzte der Giebel eines Neubaus bei der Gedächtniskirche ein. Hier gelang es den Arbeitern, sich durch Abpringen zu retten. Am 28. Juli brach beim Schulneubau der Maurer Hertel durch ein Brett und riss einen Beinbruch davon. Zwei Tage später verunglückte daselbst noch ein Arbeiter. Am 30. Juli brach in der Wollseife in der Wollseife ein Gerüst auf, dem sieben Mann beschäftigt waren; ein Arbeiter trug Steine trug davon, einige andere leichtere Verletzungen. Am 3. August, mittags, brach ein Gerüst beim Neubau der Idiotenanstalt zusammen und riß fünf Steinträger mit in die Tiefe, die sämtlich und zwei von ihnen schwere Verletzungen davontrugen. Zum Glück waren auf dem Gerüst noch keine Maure und es war auch fast gar nicht belastet, das zeigt aber um so mehr, mit welchem irreführenden Leichtsinn beim Räumen vorgegangen wird. Die Blütenlese der größten Unfälle mag vorlaufig genügen. Nun besteht am Orte eine Bauarbeiterkommission, die daran arbeitet, den größten Unfallständern zu steuern. Als diese sich an die Polizeiverwaltung wandte, um die Bevestigung zum Betreten der Bauten zu erlangen, lehnte die Polizeiverwaltung das mit der Begründung ab, daß dies ein Eingriff in das freie Verfügungrecht des Unternehmers sei. Als ob nicht jede Verfügung über jedes Gebäude einen Eingriff in den Bauten des eingeladenen bedeutet. So ist es selbst die Bauarbeiterkommission im beübungsfähigen Bereich dieses Rechts, was immer etwas sagen will. Doch es kommt noch schlimmer. Die Bauarbeiterkommission arrangierte eine Versammlung, zwangsweise Bevestigung der Unfälle, und teilte zu diesem Zweck Handzettel auf den Bauten aus. Leblich ist es, daß solche Bekanntmachungen immer an die Bauten gehängt werden. Am nächsten Tage gingen Polizeibeamte auf die Bauten und sammelten diese Zettel ein, zu welchem Zwecke, konnten wir bis heute nicht ergründen. In der Versammlung selbst erklärte Polizeiinspektor Reim in Biebrich, im Auftrag seiner vorgesetzten Behörde, ist nicht bekannt. Er setzte sich an einen Teller und schrieb sich die Manchetten voll. Man ließ ihm gewähren, und erst als andere Sachen zur Verhandlung kamen, wurde er aus dem Tische gewiesen; denn wenn die Polizeiverwaltung Auskunft haben will, so kann sie dieselbe auf andere Art leicht erhalten. Jetzt ging es aber los: Kommissar und Schule kontrollierten die Bauten mit großem Eifer, was an und für sich sehr erfreulich wäre. Merkwürdigweise befahlen nur aber einige Arbeiter Strafmandate, denen doch nur vom Polier die Arbeit angebietet worden waren. Allerdings muß ja auch ausgegeben werden, daß sich viele Bauarbeiter leichtfertig über Unfallgeschichten hinwegsetzen.

Der technische Aufsichtsbeamte der Bauvergenossenschaft mag den besten Willen haben, doch ist dieser nicht in der Lage, gründlich zu kontrollieren, da viel zu viele Bauten seiner Kontrolle unterstehen. Nun aber ein Fall, der allen die Konne aufzeigt. Auf der Poststraße beim Postamt führt die Unternehmer Adler und Scholz einen Neubau auf. Als man die dritten Balken legen wollte, merkte dieser Baumeister er, daß in der dritten Etage das Mauerwerk schwächer war, und dementsprechend die Balken länger sein müßten. Aber trotzdem wurden diese Balken verlegt. Sie belasten M. 6 bis 9 cm Auflage. Ein Balken lag sogar ganz vor der Mauer. Der städtische Baumeister merkte bei der Abnahme nichts, und das Haus steht da als ständige Gefahr für die Bewohner. Der Fall wurde in der Versammlung besprochen und sehr kritisiert, aber bis jetzt ist keine Aenderung vorgenommen worden, obwohl der Fall zum Stadtgerecht geworden ist. Offenbarlich tragen diese Zeilen dazu bei, daß der Bau abgebrochen werden muß, bevor er bewohnt wird. Der Herr Baumeister braucht nur den dritten Balken freistemmen zu lassen, um sich zu überzeugen, daß diese Angaben wahrheitsgemäß sind. Die Beleidigung solcher Arbeit liegt ja auch im Interesse des gesamten Publikums; denn Balkenlagen mit 6 oder 7 cm Auflage sind einfach unerheblich. An den geschilderten Zu ständen mögen die Arbeiter des Baugewerbes erkennen, daß unser Ruf nach sachmäßiger Bauausübung und Kontrolle durch Beute, die hierzu aus dem Baugewerbe herauszuwählen sind, dringend notwendig ist.

**Neubründenburg.** Am 1. August verunglückte unter Kollege Fritz Weißhauer dadurch, daß er von einer Leiter, die er oben noch eine kurze Leiter angebunden hatte, 10 m tiefe herunterstürzte. Ancheinend hat er beide Arme gebrochen und ist im Gesicht schwer verletzt worden.

**Thale.** Bei den Ausbautätigkeiten für einen Wasserbehälter in Steinbachthal passierte am 5. August, vormittags 10 Uhr, ein schwerer Unglücksfall. Von den sieben, etwa 5 bis 6 m hohen und 1 m unter höhleren Böschung, wo die Arbeiten durch Kippwagen das Erdreich wegfräsen, stürzte eine Wand, in der sich zwei große, unglaublich tiefen Felsen befanden, herunter. Der Arbeiter Fr. Brand aus Thale und der Maurer H. Hinze aus Rattenstedt wurden durch die Erdmassen verschüttet. Brand erlitt eine sehr schwere Beinbrüche und eine schwere Kopfverletzung. Hinze kam mit dem Kopf zwischen beide Felsen zu liegen, so daß der Kopf zerquetscht wurde und der Tod sofort eintrat. Dies ist innerhalb acht Tagen der dritte Unglücksfall. Die Unfallvorschriften wurden erst jetzt eingehalten.

**Wiesbaden.** Sonnabend, den 8. August, ist der erste tödliche Unfall entworfene Maurer Hugo Gang auf eine schreckliche Art verunglückt. G. war beim Ausmauern einer 2 m tiefen Fundamentgrube, als ihm einstürzende Erdmassen den Kopf auf einen eben von ihm vermauerten Stein zerquetschte. Nasenbein und Stirnknöchen waren gebrochen und eingedrückt. Noch lebend, aber hoffnungslos, wurde G. am Tagessicht gebracht. Der Unfall ist auf augenscheinlich leichtfertige Absteigung zurückzuführen. — In Weimar sieht es überhaupt sehr traurig aus mit der Durchführung der Schubvorschriften. Es wird kein einziger Bau aufgeführt, der nicht Anlaß zu Klagen gibt. Die geringste Kritik zieht hier freilich sofortige Maßregelung nach sich, wie der Fall Kleinbünzle beweist. Derzeitliche Kritik am Bau Güdelthier das Gehlen des Verbandsfests; prompt wurde er ausgesperrt, so daß es ihm nicht möglich ist, irgendwo Arbeit zu erhalten. Wieviel wäre hier zu trüben! Bauten ohne Abdichtung, ohne Dampf- und Schutzgerüste; ungenügende Aborten, Baubuden, wo Wind und Wetter ungehindert Zugang haben. Wenn werden sich die Kollegen in Weimar auf ihre Pflicht besinnen?

\* **Gegen die Bauarbeiterkommission.** Sonderbare Unfälle entwidmet der Vorstand der Hannoverschen Baugewerbevereinigungskommission in einem "vertraulich" verhandelten Befluss, dessen Inhalt lautet:

An die Mitglieder der Hannoverschen Baugewerbe-Berufsgenossenschaft.

Wenn auch die meisten in der Baubetriebe vorkommenden Unfälle lediglich auf die durch die Eigenart der Bauarbeiten und die damit nun einmal unabänderlich verbundenen Gefahren zurückzuführen sind, so werden doch andererseits erheblicherweise manche Unfallverleihungen durch die eigene Schuld der Verantwortlichen verursacht. Und hierbei spielt die Unachtsamkeit in Wohlern, bei Bedienung der Maschinen, auf den Werk- und Bauplätzen usw. eine Rolle.

Die Unachtsamkeit ist in Wohlern, bei Bedienung der Maschinen, auf den Werk- und Bauplätzen usw. wird in sehr feinen Fällen dadurch verursacht, daß unbedarfte Personen an irgendwelchen Baustellen die Baustellen und die dort Beschäftigten in ihrer Arbeit und der erforderlichen Aufmerksamkeit stören. Unter anderem wird auch von Unbefugten, denen nicht ein Schein von Berechtigung dazu zugeteilt, verucht — sie nennen sich Mitglieder der Bauarbeiterkommission — die Baustellen und Werkplätze zu revidieren, und soll es sogar vorgenommen sein, daß von diesen Leuten Protokolle aufgenommen und die Polizei zur Unterschrift verlangt sind. Dazu durch unbedarfte Personen an irgendwelchen Baustellen die Arbeit gefördert wird und die Sorgfalt der Arbeitnehmer leidet, bedarf wohl weiterer Ausmusterung ganz abzusehen davon, daß die sogenannte Bauarbeiterkommission oft gar nicht fähig ist, darüber zu urteilen, ob ein Bericht gegen die Unfallverhütungsbefreiung vorliegt und eventuell welche Maßregeln zu dessen Beleidigung zu treffen sind.

Wir können auch nicht dulden, daß neben uns und den sonst dazu berufenen staatlichen und kommunalen Organen irgendwelche Personen sich willkürlich mit der Kontrolle der Bauten usw. befassen. Jedenfalls muß seitens der Herren Genossenschaftsführer dafür Sorge getragen werden, daß unbedarfte Personen die Baustelle und sonstige Betriebsstätten nicht betreten.

Wir ersuchen deshalb dringend, ein diesbezügliches Verbot zu erlassen und alle Kontrollen zur Vorlegung ihrer Legitimationskarte usw. zu veranlassen. Die Polizei resp. das Aufsichtspersonal bitten wir darum zu instruieren, Personen, die sich nicht als von uns angestellte Aufsichtsbeamte oder als öffentliche Beamte ausweisen können, von den Betriebsstätten usw. zurückzuweisen. Die Kontrolle der Bauten kann nur Sache der durch das Gesetz dazu berufenen Organe sein. Nebenkontrollen nicht dulden.

Der Vorstand der Hannoverschen Baugewerbe-Berufsgenossenschaft.

G. Kaiser.

Nach der Ansicht des vereinlichen Genossenschaftsverstandes haben also — um gleich auf den "springenden Punkt" des ganzen Quatius zu kommen — die Bauarbeiterkommissionen die Schuld an den vielen Unfällen. Wenn die Kontrollen der Arbeiter auf die Bautelle kommen, dann ziehen sie die Aufmerksamkeit der Be-

beschäftigen auf sich, diese achten dann nicht mehr auf die Berufsgefahren, sterben nur blind auf jene Unberufenen, treten vorbei und brechen den Hals — das Unglück ist fertig! Die Schützkommission hat die Leute auf dem Gewissen. Punktum. Das ist ja wahrlich eine Entdeckung, die sich der Genossenschaftsbund schleunigst patentieren lassen sollte. Doch Scherz befeiste: daß man auf solche Kindereine verschafft, ist uns durchaus nicht unangenehm, denn es ist ein schönes Zeugnis dafür, daß doch sehr viele Kommissionen ihre Sache ernst nehmen und ihre Pflicht tun; eben darum werden sie den Unternehmern lästig. Das schadet indes nichts, denn wir können uns natürlich nicht nach dem Wohl- oder Überwellen der Unternehmer richten, sondern haben Leben und Gesundheit unserer Berufskollegen zu hüten. Dass wir dabei nicht immer die Unternehmer auf unserer Seite haben würden, das wüssten wir längst.

**Höfliche Bauspekulanten.** Drei höfliche Herren: Hohenlohe, und Fürstenberg und Hendel von Donnersmark, haben einen Teil ihres Besitzrechts an der Gründung beziehungsweise Erweiterung von Terrain- und Baugesellschaften aufgeboten. Hohenlohe und Fürstenberg sind Teilhaber der Berliner Terrain- und Baugesellschaft, die demnächst auch die bekannte Baugesellschaft Bosnau & Knauer eintritt. Hendel von Donnersmark hat eine andere Gesellschaft, die Berliner Terrainzentrale, gegründet, um sein Gelände in Niedorf, Pantow, Mariendorf, Stolpe und Beelendorf für Bauspekulation zu verwerben. Über die Vereinigung der Terraingesellschaft mit Bosnau & Knauer haben diese Firmen folgende Kundgebung veröffentlicht:

Die Berliner Terrain- und Bau-A.-G. Empfang seit längerer Zeit das Bedürfnis, eine organisierte Bauabteilung zu bilden, um dadurch ihren Geschäftsbereich in der Ausführung eigener und fremder Bauten zu ergänzen und zu erweitern. Zu diesem Zweck beabsichtigt sie unter Ausnutzung einer Fusion, die Firma Boswau & Knauer G. m. b. H. durch Eintritt ihrer Stammanteile dergestalt in sich aufzunehmen, daß sie gegen nominal M. 4.000.000 Stammanteile der Firma Boswau & Knauer G. m. b. H. mit Gewinnberechtigung ab 1. Januar laufendes Jahr M. 8.000.000 nominal ihrer neuen Aktien mit Dividendenberechtigung ab 1. Januar 1908 gewährt. Der überwiegend größere Teil der Gesellschafter von Boswau & Knauer hat sich bereits mit dem vorgeschlagenen Umtausch einverstanden erklärt. Das weitere Kapital ist für die Erwerbung eines am Teltowkanal gelegenen Terrainkomplexes von ca. 130.000 Quadratrufen in Bschlendorf einschließlich des chemischen Gutsbuchs Schönenhöfen bestimmt. Der derzeitige Besitzer dieses Terrains (Küchl & Körber) erhält an Zahlungs Statt Aktien II. Serie in Höhe M. 7.500.000, welche erst vom 1. Januar 1919 ab voll dividendenberechtigt sind. Bis dahin erhalten die Aktien II. Serie eine Dividende bis zu 4 pct., wodurch die Aktien I. Serie eine Dividende von 10 pct. bekommen haben werden, während der alsbald zur Dividendenbereitung noch herbeileitende Gewinn im Verhältnis des Aktienkapitals zwischen den Inhabern der Aktien I. und II. Serie geteilt wird. Zur Konsolidierung der Verbindlichkeiten der Berliner Terrain- und Bau-A.-G. und der Firma Boswau & Knauer G. m. b. H. sowie zur Schaffung von weiterem Reiterskapital soll eine hypo-

Stellung von weiterem Betriebskapital soll eine hypothekarisch sicherstellende, mit 5 pgt. verzinsliche und zu 103 pgt. rückzahlbare Obligationsscheine in Höhe von 20 000 000 ausgebare werden, deren Übernahme durch ein Banken- und sonstiges Konsortium gesichert ist. Die Firma Bosvau & Knauer G. m. b. H. hat seit ihrem Beschluss auf ihr jetziges Stammkapital zugesagt auf ein solches von M. 4 000 000 stets eine Dividende von 15 pgt. verteilt. Das Ergebnis des Jahres 1907 hätte ebenfalls die Verteilung einer Dividende von 15 pgt. ermöglicht, wenn die Gesellschafter im Hinblick auf die schwierige Lage des Gebäudemarktes und auf die ungünstigen Bedingungen des Baugeschäfts am Ende des Jahres es nicht im Interesse der Erhaltung ihrer Betriebsmittel vorgesehen hätten, den ganzen Gewinn auf neue Rechnung vorzutragen.

**Unfälle im Tiefbau.** In dem Fachorgan der Tiebauunternehmerverbandschaft der Vorland der Tiebau-Berufsgehilfschaft eine Übersicht der in den Jahren 1908, 1907 und bis Ende Juni 1908 zur Anmeldung gekommenen Unfälle. Trotzdem nun die Zahl der im Tiebau beschäftigten Personen seit dem 1. Januar 1908 um etwa 12 000 zurückgegangen ist, so daß die Unfallzahlen eine erhebliche Steigerung erfahren, Unfälle wurden vermehrt.

	1906		1907		1908	
	Heber- haupt	darunter	Heber- haupt	darunter	Heber- haupt	darunter
Januar . . . . .	1072	19	1021	27	1730	18
Februar . . . . .	1062	11	815	10	1174	11
März . . . . .	1049	15	962	21	1268	22
April . . . . .	904	6	998	19	1286	27
Mai . . . . .	1121	18	1107	20	1344	18
Juni . . . . .	1103	13	1251	23	1376	30
Juli . . . . .	1163	8	1201	21	—	—
August . . . . .	1115	21	1212	20	—	—
September . . . . .	1031	20	1188	18	—	—
Oktober . . . . .	1070	19	1172	28	—	—
November . . . . .	1011	15	1179	25	—	—
Dezember . . . . .	1100	16	1259	20	—	—

Die enorme Steigerung der Umsätze wird durch das Erscheinen der Regierung auf Wünsche der Unternehmer, insbesondere durch die Begünstigung aus sländischer Arbeitsträfte erschärflich. Aber was schlägt die "nationalen" Parteien die Zunahme der Gefährdung von Menschenleben und Menschenleid, wenn der Unternehmerkreis doch möglich

**\* Submissionen.** Bei der Vergabeung von Erdarbeiten bei der Verbreiterung der Strecke Goslar-Neuertug erlangte der Höchstforderer **M. 160 000,-** der Mindestforderung **M. 55 000,-** Kommentar überfüllt, der

deren für **55 000,-** Kommentar überprüft  
Für die Ausführung von Sinnenpforten im Mittelbau des  
Kaufhausesneubaus in Hainrichs erlagen acht Angebote vor:  
D. Küster M. 18 411,19, Lehmann M. 15 488,58, W. Brauns  
4. 14 473,15, Raabke & Jettlöder M. 15 223,77, Schönfieß  
6. 17 126,59, Boswau & Krauer M. 15 762,47, Gesellschaft  
Spezialbauausführungen M. 18 552,47, G. Brauns  
18 16 745,49. Bei der Geringfügigkeit und der Art der Arbeit  
wurde diese

### Ans anderen Bergen.

**Eine große Seltenheit.** Der Arbeitgeberverband das deutsche Holzgewerbe hat ein Mitglied ausgeschlossen, das selbst sich förmlich weigert, den Beschlüsse der Senatsberatungskommission sowie den vertraglichen Bestimmungen zu folgen. Der inzwischen ausgetragene Streit wurde im Arbeitgeberverband für berechtigt erklärt und den Mitgliedern freigegeben, die streitenden Arbeiter der Firma (Grobe) zu entfehlten. Wie die "Holzarbeiter-Zeitung" schreibt, würde ein Abschluß kaum publiziert werden, wenn Grobe schon vorher ausgetreten wäre; man hat dem Widerstehen einmal zeigen wollen, was ihm passiert, wenn er fahrlässig wird. Wir glauben, daß diese Annahme richtig ist. Grobe, nach der erste ist der widerstreitig war, andere gingen ihm voran, und aber nicht ausgeschlossen wurden, auch wurden Streits bei ihnen nicht für berechtigt erachtet. Dies zu tun, war im Falle Grobe sehr bislig und nur ame.

**Sohnbewegungen der Zimmerer im ersten Halbjahr 1908.** Der "Zimmerer" berücksichtigt eine übersehende, die Sohnbewegungen im ersten Halbjahr 1908. Danach bei 780 Bärfstellen mit 52 852 Mitgliedern, die der Bogen umfaßt, nicht weniger als 380 Sohnbewegungen anmeldet, bei denen 33 181 Mitglieder in Frage kommen. 100 Mitglieder entfielen also 626, die für Sohnbewegungen in Betracht kamen: Freiheitlich handelte es sich bei den Bewegungen weniger um solche, die von den Mitgliedern ausgegingen; die größere Hälfte, nämlich 195 mit 56 Beteiligten, wurden durch den Arbeitgeberbund für deutsche Baugewerbe verursacht, der den Arbeitern ein Pflichtarbitrat aufzutragen wollte. Bis zum 27. Juni waren 280 Sohnbewegungen, für 24 898 Beteiligte, bekannt, davon 258 für 23 330 Beteiligte durch Verhandlungen, die 832 Mitglieder durch erfolglose Streiks, 8 für Mitglieder durch Streiks ohne Erfolg und 4 für 912 Mitglieder durch Zurückziehung der Forderungen. 173 Sohnbewegungen wurden durch die zentralen Verbänden veranlaßt. Der Stundenlohn wurde erhöht um 1  $\frac{1}{2}$  für 34 Bärfstellen mit 2441 Mitgliedern, um 2  $\frac{1}{2}$  in 72 Bärfstellen 7316 Mitgliedern, um 2  $\frac{1}{2}$  in 3 Bärfstellen mit 385 Mitgliedern, um 3  $\frac{1}{2}$  in 30 Bärfstellen mit 2297 Mitgliedern, um 5  $\frac{1}{2}$  in 4 Bärfstellen mit 110 Mitgliedern. Für Bärfstellen, und 10 Beiträge wurden die Lohn- und Arbeiterhöfe tariflich geregelt; sie gelten für 18 772 Mitglieder. 100 Sohnbewegungen sind noch nicht erledigt, denen 8281 Mitglieder in Frage kommen. Die Bärfstreiks im ersten Halbjahr betragen 60, doch 18 Ausgangen mit insgesamt 1913 beteiligten Mitgliedern. Der durchschnittliche erreichbare Kostensatz in Höhe von 168.

Der „Bulant“. Die Aussperrung auf der Bulantwerft Nr. 30 des „Grundstein“ zieht noch weitere Kreise, die Aussperrung hat inzwischen noch mehrere tausend Arbeiter betroffen und droht noch immer größerer Umfang anzunehmen. Es fällt die Schuld nun auch auf die Nieter, die ein recht ständiges Verhalten an den Tag legen. In weiteren Abhandlungen der Organisationsleiter mit den Werftleitung eine Abstetzung der drößelndsten Mißstände vereinbart worden; die Aussperrung sollte aufgehoben werden. Das ist nicht geschehen, weil die Nieter im Laufe der Aussperrung weitere Forderungen aufgestellt, von deren Bewilligung die Wiederannahme der Arbeit abhängig machen. Eine Abstetzung von Vertretern der ganzen beteiligten Gewerkschaften in der Sache und entschuldigt sich dafür, daß die Aussperrung fortgesetzt, um nicht einen Kampf hervorzurufen, der bei der gegenwärtigen Wirtschaftslage kaum durchgeführt werden kann. Das lehnten die Nieter ab. Die Leitungen des Metallarbeiterverbandes, des Fabrikarbeiterverbandes, des Schmiede-Verbandes, des Holzarbeiterverbandes, des Verbandes der Zimmerer, der Kupferschmiede und der Schiffszimmerer haben sich darauf mit einem Flugblatt an die Ausgesperrten gewandt, worin der Tatbestand noch kurz dargelegt und den Nieter zugleich erklärt wird, daß die Organisationen ihren Kampf nicht unterlassen können, erfüllt darin:

Die Aussperrung der ganzen Arbeiterschaft des „Bulsan“-Weise, weil die Mietern in begreiflicher Eregung über die Art und Weise der Verhandlung mit der Direktion die Nebenbedingungen eines Tag verweigerten. Die Plötzlichkeit der Aussperrung machte es den Organisationsvertretern unmöglich, aufzutreten, und hatten daher die Mietern die Sympathie, Offenheit und - bis jetzt auch die Unterstützung der Organisationen. Während der Verhandlungen stellten die Mietern Forderungen auf, die über das hinaus gingen, was die Urfahrt der Aussperrung war. Es wurde vor der Aussperrung von den Mietern nur die Regelung der Nebenbedingungen verlangt. Dieses Verlangen erfüllte die Richtlinie des „an“ und sicherte auch Regelung der schlecht bezahlten Mietern. Damit war die Urfahrt der Aussperrung befehligt. Als der Organisationsvertreter wurde in einer ganzen Reihe von Versammlungen erklärt, und auch durch dementsprechende Beschlüsse gefestigt, daß alles, was über die Regelung der Nebenbedingungen hinausging, als Wunsch der Direktion verstanden werden sollte, aber in keinem Fall eine Erweiterung des Kampfes Nichtbewilligung nach sich ziehen darf.

Die Richter haben es abgelehnt, ihre Forderungen zurückzunehmen, obwohl auch eine Konferenz der Verbrauchersleute aller Gewerkschaften mit 68 gegen 10 Stimmen sie dazu aufgerufen hat. Sie haben die Organisationsvertreter sogar durch Unterbrechungen und Lärmstörungen gehindert, ihre Meinungslarens Ausdruck zu bringen.

Damit haben die Nieter aus der Aussperrung einen An-  
spruch gemacht.  
Dieser Angriffsstreit konnte von den Vorständen der freien  
Gesellschaften unter kleinen Umständen genehmigt werden, weil  
Forderungen der Nieter gegen die Abmachungen mit der  
deutschen Schießwaffenschule von 4. Mai 1907 verstoßen.  
Wir mußten den Mitgliedern in Betracht kommenden  
Konsequenzen auch belehrt sein, daß sie auf Unterstützung  
durch die Nieter nicht rechnen könnten.  
Um diesen Dingen kam aber noch der Umstand, daß die  
deutschen Schießwaffenschulen und der Verband der  
deutschen Eisenindustrie sich mit dem „BuFa“ fol-  
gerichteten und die sämtlichen Werken am 12. August  
Betriebe der Metallindustrie durch einen Stettin herab, um

kommenden Sonnabend 60 p.ßt. ihrer Arbeiterschaft aussperren wollen. Es würden nach oberflächlicher Schätzung zu den ja 7000 schon ausgeherrten Arbeitern noch 42 000—45 000 dazu kommen. Ein solcher Kampf kann nur geführt werden, wenn er Aussicht auf Erfolg hat.

„An einem Erfolg aber ist in vorliegenden Fall nicht zu denken, darüber find sich außer den Rittern wohl die ganzen Steffiner Arbeiter klar.“

Noch einmal beriefen die Mieter, und wieder lebten sie die Wiederaufnahme der Arbeit ab, trotzdem die Organisationsleiter eindringlich zum Frieden rieten. Nun haben die Unternehmerorganisationen (der Bund, deutscher Geschäftsbüroherrn und der Verband der Stettiner Eisenindustriellen) eine Ausdehnung der Aussperrung beschlossen. Am 8. August sind zunächst in Stettin 5000 Arbeiter der Eisenindustrie entlassen worden. Weitere Abseitensetzungslösungen sind für die nächsten Tage bevor; so soll angeblich am 12. August die Aussperrung auf den Hamburger Werften beginnen. Von der Bereitstellung der Eisenindustriellen war beim Gesamtverband der deutschen Metallindustriellen der Antrag gestellt worden, falls die Stettiner Aussperrung wirkungslos bleiben sollte, unvergänglich eine Generalaussperrung aller den Gesamtverbänden angehörenden Betriebe vorzunehmen! Eine Antwort hierauf ist noch nicht erfolgt. Es verlautet, daß im Laufe nächster Woche in Berlin eine Vorstandssitzung des Gesamtverbandes der deutschen Metallindustriellen stattfindet, die sich mit dem Stettiner Antrag beschäftigen wird. Dann soll definitiv über weitere Aussperrungen beschlossen werden.

Polizei und Gerichte.

\* Das Reichsvereinigungsgesetz und der Bürgermeister von Meseritz. Unter Verbaud hat in Mesaritz mehrere Mitglieder, die eine Bauschule von Zweigverein Posen bilden. Da die Zahl der Nichtorganisierten noch ziemlich gross ist und die Wohnverhältnisse in seinem Verhältnis zu der lebigen Leitung stehen, so entschloss sich die Zweigvereinsleitung, eine Versammlung zu veranstalten. Die Einladungen dazu erhielten an Nichtorganisierte durch die Post. Der Bürgermeister von Mesaritz muss auch eine von den Einladungen erhalten haben, denn um das Uebel abzuwenden und die Arbeiter davor zu beobachten, dass sie ebenfalls durch die gewerkschaftliche Organisation mehr Löhne erzielen könnten und dadurch gute Steuerzahler würden — bissher erreichten die Mesaritzer Männer dass staatssteuerpflichtige Einkommen von über 900 mark — verfaßte dieser hochwürdig Herr folgendes Dokument:

Polizei-Verwaltung  
der Kreisstadt Wesel 1908.

Lagebuch Nr. II, Sch. 47/08.

Wie ich in Erfahrung gebracht habe, soll morgen nachmittags 2 Uhr in Ihren seitens des Centralverbandes der Maurer eine Versammlung stattfinden.

Mit Rücksicht auf den befehligen Raum Ihrer Gattzammer, die aus diesem Grunde für Versammlungszweck völlig ungeeignet sind, verbotte ich hiermit, daß Sie das Abhalten einer Versammlung in Ihren Räumen gestatten.

Sollten Sie den entgegen handeln und morgen oder später in Ihren Räumen Versammlungen abhalten lassen, so würden Sie jeden einzelnen Fall in eine Ordnungskarre von M. 30 — dreißig Mark — genommen werden, auch hätten Sie die sofortige Räumung und zeitweilige Schließung Ihres Lokals zu geworben.

Am den Gaukinit Heeren Dreher, hier

Mit Behändigungsschein.  
Der „heilkränkste Mann“ her Moskauinner ist folgender:

Der "Befreite Raum" der Galzjimmer ist folgender: Das eigentliche Galzjimmer hat folgende Maße:  $8,20 \times 9,94 \text{ m} = 86,82 \text{ qm}$  Bodenfläche bei  $3,05 \text{ m}$  Höhe ergibt das  $112,30 \text{ cbm}$  Luftraum. Das zur Versammlung vorgesehene Billardzimmer hat  $5,75 \times 8,60 \text{ m} = 32,25 \text{ qm}$  Bodenfläche, bei  $3,05 \text{ m}$  Höhe  $9,86 \text{ cbm}$  Luftraum. Man rechnete auf eine Beteiligung von höchstens 40 Personen, es finden aber wenigen 60 in diesem Raum Platz, und da die diese Versammlung nicht anmeldepflichtig war, geht auch die etwaige Überfüllung den Herrn Bürgermeister nichts an, sondern ist Sache des Versammlungsleiters. Mithin kann vom befreiten Raum keine Rede sein. Nach den Reichsvereinsgeges können Versammlungen aber nur verboten werden, wenn eine "unmittelbare Gefahr" für die Versammlungsteilnehmer vorhanden ist. Eine solche Gefahr scheint aber selbst der Bürgermeister von Weieritz nicht zu erledigen, denn sonst hätte er sicherlich davon neben den Straf- und sonstigen Drohungen Weieritz genommen. Nach den Erklärungen des Staatssekretares des Innern bei Beratung des Gesetzes ist dieser Eingriff nichts weiter als ein Missbrauch der Amtswillen und demnach müsste der Bürgermeister von Weieritz nach § 839 des Strafgesetzbuches mit Gefängnis bestraft werden. Eine heitere Seite hatte diese Einladung für die Erstklässleren. Zur feierlichen Zeit der Verabsammlung erschien der Oberstadt- und Landwehrmeister im Lofal, ihm folgte nach kurzer Zeit ein reitender Gendarm, der seinen Gaul im nebenstehenden Schützenhaus in Sicherheit gebracht hatte, und im Schützenhaus selbst hatte noch ein reitender Gendarm und zwei Fußgendarmen Posto gefasst. So ungestraft dieser ganze Zugang bereits war, erlaubte sich der Oberstadtmeister trotzdem noch auf den Bierhall einzumischen, daß er die Unterhaltung verboten sollte, weil er darin einen Vortrag erledigte. Als sich aber der Kollege Schütz-Polen mit einem Donnerwetter solche Ernennungen verwehrte, trat Ruhe ein und die weitere gemütliche Unterhaltung

\* Zur Handhabung des Reichsvereinigesches im Osten wird uns berichtet: Einschließlich berichteten wir über ungewöhnliche Handlungen eines Gendarmen in bezug auf die Ausübung unseres Besitzes- und Veräußerungsberechtes in Chrifburg, Wehr, und folgten hinzu, daß gegen dies Gebaren des Gendarmen Beschwerde beim Landrat erhoben sei. Heute können wir die Antwort des Landrats der staunenden Welt verkünden. Sie lautet:

Der Landrat Stuhm, den 28. Juli 1908.  
Nr. II. 6350.

Vielleicht ist das nun gerade nicht, aber es ist doch wenigstens etwas. Sicher lässt das Antwortschreiben aus dem Landratsamt nicht erkennen, ob auch die übrigen Gendarmen über das Vereins- und Verfassungsschrein der Arbeiter belehrt worden sind. Ist das noch nicht geschehen, so sollte man es schnell tun, damit uns bei abhuliger Gelegenheit nicht etwa ein anderer Beamter unsere Verfassungen unmöglich macht. Es braucht nicht immer Herr Philipp zu sein.

Wie notwendig die Belehrung der Beamten im allgemeinen gerade auf diesem Gebiete ist, beweist weiter ein Fall in Tuchel. Hier wurde den Wirt, der sein Lokal zur Versammlung zur Verfassung stellte, von der Polizei verboten, die Versammlung tagen zu lassen. Die Polizei erklärte, die Versammlung sei nicht angemeldet und dürfe nicht tagen. Als wie davon erfuhr, ging der Gauleiter mit dem Beiratmann zum Polizeibureau, um Auflösung in der Sache zu erlangen und dadurch zu wirken, das die Behörde ihre ungültige Maßnahme zurücknehme. Hierbei nutzten wie die Erfahrung machen, das die betreffenden Beamten nicht genugt oder falsch informiert waren. Als später auch der Herr Bürgermeister in das Vereinsgesetz hineingeschaut hatte, befanden wir, die Mitteilung, das die Versammlung tagen dürfe. Sämtliche Beamten früher in das Vereinsgesetz hineingeschaut, oder waren sie von ihren Vorgesetzten genugt belehrt worden, so brachten wir, als Vorgesetzten, nicht erst als Institutoren der Beamten zu dienen.

### Verschiedenes.

\* Eine halbe Stadt brennt. Am 5. August ist in der badischen Stadt Donaueschingen ein Brand ausgebrochen, der mehr als die Hälfte der Stadt einnahm. Nach den amtlichen Ermittlungen sind 125 Wohnhäuser und 168 Nebengebäude mit einem Versicherungswert von M. 1.625.000 abgebrannt. 214 Familien sind obdachlos. Das Feuer hat auch viele öffentliche Gebäude zerstört. Nach einem aber nicht bewiesenen Gericht soll es durch spielende Kinder ausgelöscht worden. Der Widerstand unserer kapitalistischen Weltordnung beweist, das über dies Unglück freuen werden, weil es dadurch Verstärkung gibt.

\* Von der Eroberung der Luft. Am 4. August ist der Graf Zeppelin mit seinem neuen Luftschiff aufgestiegen, das Rheinlande bis Mainz hineingeflogen und hat sich dann wieder südwärts gewendet, um über Stuttgart nach dem Ausgangspunkt bei Friedelsheim am Bodensee zurückzufahren. Unter Stuttgart, auf den Hügeln, in der Nähe des Dorfes Götterdingen, war der Graf genügt, zu landen, und während der Ballon veranlaßt lag, überflogte ihn ein Gewitterwurm. Der Ballon riss sich los und durch eine Entzündung des Gases, über deren Ursachen man noch streitet, verbrannte der ganze Ballon. Man nimmt an, daß eine elektrische Entzündung des Gases erfolgte, die durch das Gewitter verursacht worden ist. Gegen das System Zeppelins soll damit nichts bewiesen sein. Was sich als notwendig herausgestellt haben soll, sind stärkere und zuverlässige Motorräder. Überhaupt bedeutet dies Unglück nicht das Scheitern der Blaue Zeppelins. Es sind ihm jetzt von Privaten, wie vom Reiche, sehr große Summen zur Verfügung gestellt worden, daß er sofort wieder ein neues Luftschiff bauen kann. Wie jede große Erfahrung, so beurteilt man auch diese lediglich unter dem Gesichtspunkte der militärischen Verwendbarkeit.

### Gewerbliche Rechtsplege und Arbeiterversicherung.

Frankenkasse und Sozialdemokratie. Professor Dr. Stier-Semlow hat sich in der Zeitung "Der Tag" zur Frankenkassenfrage geäußert und da u. a. folgendes geschrieben:

"Ich weiß, daß eine große Anzahl von Kassen parteipolitisch, insbesondere im Interesse der Sozialdemokratie ausgenutzt werden. Das ist gewiß zu missbilligen. Aber wenn die Majorität der in den Kassen befindlichen Arbeiter tatsächlich Sozialdemokraten sind — und das ist zweifach so ist, wird niemand bestreiten —, dann ist es eben nicht mehr als natürlich, daß auch die Zeitung der Kasse von Sozialdemokraten besorgt wird. Ich füge, um kein Mißverständnis zu erzeugen, ausdrücklich hinzu, daß ich persönlich meiner Überzeugung nach sozialdemokratisch gerichtet bin und die Sozialdemokratie als Partei als Gegenwart empfinde. Allein dies macht mich nicht wankend in der Überzeugung, daß gerade der einzige vollständige Zweig der Arbeiterversicherung, nämlich der des Krankenversicherungsschreins, nur dann seine Aufgabe voll erfüllen kann, wenn er getragen ist von dem Vertrauen derer, für die die Einrichtung bestimmt ist."

Entscheidend ist der Behauptung zu widersprechen, daß die Krankenkassen durch Sozialdemokraten parteipolitisch ausgenutzt werden. Es ist bis jetzt nicht möglich gewesen, auch nur einen einzigen solchen Fall wirklich nadzutun. Den übrigen sind die Ausführungen des Herrn Dr. Stier ganz verständig.

In seinem "Reformblatt für Arbeiterversicherung" verurteilt dieser Herr sehr entschieden den Terrorismus der Arbeiter. Er schreibt:

"Der Leipziger Verband der Aerzte terrorisiert nach unserer Kenntnis eine große Zahl von Aerzten, die nicht für die freie Aerztemahl sind. Wir bekommen wöchentlich zahlreiche Briefe von disziplinierenden Aerzten, die sich jedoch meistens nicht getrennen, in der Offenheit ihrer Stimme zu erheben. Wir missbilligen die Anonymität, können sie aber begreifen, denn der Leipziger Verband arbeitet mit allen Mitteln, mit denen ein Interessenverband nur arbeiten kann. Er hat den Bann der sozialen und beruflichen Rechtigkeit zu vergeben und macht davon, wenn es not tut, Gebrauch. Er umjäubt die Majorität der an der freien Aerztemahl wirtschaftlich interessierten Aerzte und bildet deshalb eine erbrüderliche Macht, gegen die der andere Teil, wenn er noch so sachliche Gründe hat, zur Zeit noch nicht aufkommen kann."

Wenn Aerzte in ihrem berechtigten Interessenkampfe gegen das Kapital es ablehnen, mit Streikbrechern zu arbeiten, dann führt man über solchen "Terrorismus". Und wenn sie die Streikbrecher gebührend bestrafen,

nimmt die Strafjustiz sie beim Kragen. Wenn aber ein Aerzteklingel Verbrechen, die sich seinem Willen nicht erfüllen wollen, brutal terrorisiert, dann ist es ganz in der Ordnung.

### Eingegangene Schriften.

Vom "Wahren Jacob" ist die 16. Nummer des 25. Jahrgangs erschienen. Sie bringt die Niederschrift eines vorsichtigen Bildes unseres verstorbenen Franz Josef Gehrhart nach einem warm empfundenen Nachruf. Des Weiteren enthält die Nummer eine längere Abhandlung "Wilhelm Weitling, der deutsche Gleichheitskommunist". 1808 bis 1871 von Eduard Bernstein, der ein Porträt Weitlings beigegeben ist. Aus dem sonstigen Inhalt erwähnen wir, die beiden farbigen Bilder "Musische Gastfreundschaft" und "Adam und Eva im zwanzigsten Jahrhundert".

Von der "Neuen Zeit" (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 45. Heft des 26. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes hören wir hervor: Das Reich auf Kündigung. — Landtagswahlen und Wahlrechtstreit. Von Hans Bloch. — Das ländliche Genossenschaftswesen. Von Emilie Vorderbelebe. (Schule). — Die nationalpolitischen Gewerkschaftsorganisationen in Preußen. Von Josef Küchle (Posen). — Literarische Rundschau. Fabian Society. Parish Councils and Village Life. Von J. B. Astor. — Beischriftenblatt.

Die "Neue Zeit" erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteure zum Preise von M. 2,25 pro Quartal zu beziehen; jedoch kommt dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzige Heft kostet 25 Pf. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

### Brieftaschen.

Gadenstedt b. Peine, G. B. Du fragst nach einer Baufirma, die Arbeiten im Auslande, gar im überseeischen Ländern ausführt, und will dort arbeiten. Wir können Dir leider eine solche Firma nicht nennen. Vielleicht kann es einer der "Gründung" Leser.

Steinenberg, G. B. Derartige Vereine müssen von der Organisationsleitung beglaubigt werden, sonst können wir sie nicht aufnehmen.

Northheim, G. S. Ohne das Statut der Kasse zu kennen, können wir die Frage nicht beantworten.

Breslau. Man hat uns damals nichts über den Unfall geschildert, was sollen wir nun mit dem Bericht über das daraus entstandene Strafverfahren?

Berlin, G. S. Der Bericht über den Baueinsturz wurde für die nächste Nummer zurückgestellt.

### Anzeigen.

Anzeigen werden nur durch Vermittlung der Zweigvereins- bzw. Zahlstellen- oder Sekretärsvorstände angenommen. Geschäftsanzeigen sind ausgeschlossen.

### Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlicht wir alle Totenfälle der Verbandsmitglieder, von denen uns innerhalb einer Woche nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird. Die Seite kostet 15 Pf.)

Berlin. (Sektion der "Roter"). Am 8. d. M. starb unser Mitglied **Rudolf Wetzel** im Alter von 56 Jahren plötzlich an Herzschlag.

Böckwitz. Am 2. August starb unser Verbandskollege **Clemens Kleinen** aus Müdenberg, im Alter von 29 Jahren an Lungentuberkulose.

Dresden. Am 7. August starb unser Verbandsmitglied **Ernst Fleischer** aus Reichenbach im Alter von 39 Jahren durch Ertrinken.

Eppen a. d. Ruhr. (Sektion der Kruppischen Maurer.) Am 6. August starb unser Kollege **August Sturm** im Alter von 22 Jahren, infolge eines Sturzes aus dem Fenster.

Geide. Am 4. August starb unser Hilfsstabskollege **Wilhelm Nitz** im Alter von 36 Jahren an Typhus.

Hohenfels. Am 2. August starb nach langem, schwerem Leben unser treuer Verbandsmitglied **Wilhelm Pynlin** im Alter von 24 Jahren an Stehlöffelwundkrankheit.

Karlsruhe. Ruhheim. Am 28. Juli starb unser Verbandskollege **Theodor Siegel** im Alter von 26 Jahren an Lungentuberkulose.

Landsberg a. d. W. Am 5. August starb unser langjähriges Mitglied **Paul Sagert** in Gladbach im 49. Lebensjahr durch Unfall.

Timmenrode. Am 5. August starb infolge eines Unfalls unser treuer Verbandsmitglied **Heinrich Hinrich** aus Lattenstedt im Alter von 24 Jahren.

Waldbrodt. Am 2. August starb unser treuer Kollege, Mitgründer und Kassier des Zweigvereins **Georg Luck** im Alter von 31 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!

### Antonienhütte.

Der Vorstehende Anton Bias wohnt jetzt Neudorf bei Herrn Twardzik.

**Reichenhall.** Die Kollegen, welche am Pfingstmontag in Reichenhall gearbeitet haben und denen den betreffenden Tage der Lohn für eine Stunde abgezogen wurde, werden aufgefordert, ihre Postmacht dem Zweigverein Reichenhall zu überleihen, indem die Sache geregelt ist. [M. 1,80] **M. Westenhuber**, Vorstehender.

**III.** Unser Verkehrslokal befindet sich im "Wilhelm Mann", Bötzbergstrasse 2. Geschäftliche Sachen sind dorthin zu senden. [90 Pf.] **Der Vorstand.**

Wer kann die Briefe meines Sohnes, des Maurers **Franz Wasserberg**, angeben. Bitte um Nachricht! [90 Pf.] **Franz Wasserberg**, Bericht 1. A.

**Hermannus Watermann**, geboren am 4. September 1880 zu Leer (Ostfriesland), wird von seiner Mutter gesucht. Kollegen, die seinen Aufenthaltsort kennen, werden gebeten, dies mitzuteilen.

**Georg Watermann**, Leer (Ostfriesland), Augustenstr. 33.

**Konrad Fräulein**, geb. 18. Oktober 1888 zu Gorlitz, Buchn. 449306, zuletzt in Sonderburg, soll seinen Eltern Nachricht über seinen Aufenthaltsort geben. Mitteilungen in dieser Sache wolle man richten an [M. 1,50] **Wilh. Stadt**, Schwimmbad, Krausestr. 18.

Der Kollege **Albert Altner**, geboren zu Leizsch bei Halle a. d. S., Verb.-Nr. 25.058, wird ersucht, seine Adresse am seinen Vater gelangen zu lassen. Kollegen, denen der Aufenthaltsort Altners bekannt ist, mögen dies dem Zweigverein Halle an der Saale melden. [M. 1,50]

**Wilh. Stadt**, Schwimmbad, Krausestr. 18.

Der Kollege **Albert Altner**, geboren zu Leizsch bei Halle a. d. S., Verb.-Nr. 25.058, wird ersucht, seine Adresse am seinen Vater gelangen zu lassen. Kollegen, denen der Aufenthaltsort Altners bekannt ist, mögen dies dem Zweigverein Halle an der Saale melden. [M. 1,50]

**Hammer b. Jatznick.** Sonntag, den 23. August:

### Sommervergnügen.

Die Kollegen von Hammer und Umgegend werden freundlich eingeladen. [M. 2,40] **Der Vorstand.**

### Limbach i. Sachsen.

Sonntag, den 23. August:

### Sommerfest

bestehend in Konzert, Gartenbesichtigung und Ball. Die Kollegen von Limbach und Umgegend sowie die umliegenden Zweigvereine sind hierzu freundlich eingeladen. [M. 3,30] **Der Vorstand.**

### Osterode i. Ostpr.

Sonnenabend, den 22. August, Abends 8 Uhr:

### Großes Sommerfest

in Buchwald.

Konzert, Theater und Ball. Sämtliche Kollegen mit ihren Familien und die umliegenden Zweigvereine werden ergeben eingeladen. [M. 8] **Das Festkomitee.**

### Sachsa.

Sonntag, den 23. August, nachm. 3 Uhr:

### Erstes Stiftungsfest

Alle Kollegen von nah und fern werden hierdurch freundlich eingeladen. [M. 2,70] **Das Festkomitee.**

### Stavenhagen.

Sonntag, den 23. August 1908:

### \* Stiftungsfest \*

im Lokal des Herrn Linow.

Beginn 6 Uhr. Eintritt 50 Pf. Ende 1 Uhr. Sämtliche Mitglieder von Stavenhagen und Umgegend werden freundlich eingeladen. [M. 8] **Der Vorstand.**

### Versammlungs-Anzeiger.

Die Verbandskollegen werden dringend gebeten, alle Versammlungen zu besuchen.

### Verbandsversammlungen der Maurer.

Sonnenntag, den 16. August.

Croppenstedt. Nachm. 4 Uhr im Lokal des Herrn Witte. Luckenwalde. Nachm. 3 1/2 Uhr im Vereinslokal. Nebra. Nachm. 2 1/2 Uhr bei Mögling in Liederstedt. Neugersdorf. Nachm. 4 Uhr im Restaurant "Zum Ausbaum". Schwerin. Abends 8 Uhr im Arbeitslokal. Wiesenburg. Nachm. 2 Uhr im Vereinslokal.

### Dienstag, den 18. August.

Hamburg. (Sektion der Gewerke und Kunsteinarbeit.) Abends 9/2 Uhr im Gewerbeschulhaus (Wandelhalle).

Striegau. Abends 7 Uhr im "Gasthof zum Fürst Bismarck". Werda. Sofort nach Arbeitsloßtag in der "Feuerfuge". Bücher mitbringen.

### Mittwoch, den 19. August.

Freistadt. Abends 7 Uhr in "Gothof zum goldenen Schwan". Referent anwesend.

### Donnerstag, den 20. August.

Grünberg i. Schl. Abends 6 1/2 Uhr in Adams Lokal.

### Sonnabend, den 22. August.

Aken. Abends 8 1/2 Uhr.

### Sonntag, den 23. August.

Würzburg. Abends 10 Uhr im "Ostfalen". Wichtige Tagesordnung.

### Sonntag, den 30. August.

Langenwetzendorf. Nachm. 4 Uhr bei Sporn.

Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.